

1/1991 • DM 5,–
ISSN 0175-9485
wir selbst
Zeitschrift für nationale Identität
Amerikas Frieden
oder: Die Supermacht läßt die Maske fallen!

„Bomben in Nordirland...

...und in der Bretagne, nationalistische Parteien in Schottland und Wales."

Die Ursachen ergründet dieses Buch über Geschichte und Kultur der Kelten:



Erhältlich im »wir selbst«-Buchdienst
Postfach 168, 5400 Koblenz
Telefon 0261/32337
DM 12,80



Politisches Nachrichtenmagazin der Unabhängigen Ökologen Deutschlands

- berichtet parteifrei, aber parteinehmend über aktuelle Strömungen und Trends der politischen Ökologie
- will einen Beitrag leisten, daß zusammenwächst, was zusammengehört: Umweltbewußtsein und dezentrale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Naturschutz und Föderalismus
- ist die wertkonservative Antwort auf das linksalternative Projekt »Die Grünen«

Erscheinungsweise: 4mal jährlich für ganze 25,— DM (einschließlich Versand)

2 Probenummern (4/1990 und 1/1991) zum Preis von 5,— DM erhältlich bei:

ARBEISGEMEINSCHAFT UNABHÄNGIGER ÖKOLOGEN DEUTSCHLANDS
Bratbeerenwinkel 6 · 3257 Springe-Völksen

IM TANZ DER ELEMENTE



Ein Buch über Kult und Ritus des zeitgenössischen Heidentums !

Björn Ulbrich
542 Seiten
44 Abb.
49,80 DM

"Für den Wissenssucher hält Ulbrich ... ein breites Spektrum an Detailinformationen bereit. Überzeugend wirken die Ausführungen über einen erdreligiös begründeten Naturschutz." *esotera 11/90*

IDEEN MIT BIß



Ausführlich besprochen in "wir selbst" 3-4/90 !

Stefan Ulbrich (Hrsg.)
250 Seiten, 15 Abb., 32.- DM

Arun - Verlag, Wolfflau 88, D - 8313 Vilsbiburg, Tel: 08741/6353

VERTREIBUNG VERHINDERN

VERTREIBUNGEN
— bedeuten Elend und Heimatlosigkeit für derzeit **20 Millionen** Menschen, davon nur etwa 11,5 Millionen registriert und "betreut"
— treffen vorwiegend ethnische, rassische oder religiöse Minderheiten in der "Dritten Welt"



BEDROHT UND VERTRIEBEN
— Kurden, Äthiopier, Assyrer, Stammesvölker in Indien und Bangladesh, Indianer in beiden Kontinenten
— von Bürgerkrieg und Völkermord, von Rassenwahn, Habgier und Landraub
— von ökologischem Raubbau, von Entwicklungsprojekten und falschverstandenem Fortschritt



HELFEN SIE UNS MIT IHRER SPENDE
— die Weltöffentlichkeit aufmerksam zu machen auf diese Menschenrechtsverletzungen
— gegen diese Vertreibungen zu protestieren

GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER
Gemeinnütziger Verein

Postfach 2024
3400 Göttingen
Tel. 0551/55822-3

Spendenkonto:
Postgiro Hamburg
935-200 BLZ 200 100 20

IMPRESSUM

WIR SELBST
Zeitschrift für Politik und Kultur

WIR SELBST erscheint im Verlag Siegfried Bublies, Postfach 168, 5400 Koblenz, Telefon 0261 / 32337, Telefax 0261 / 38344.

Einzelheft 5,— DM. Abonnement für 6 Ausgaben 33,— DM, Schülerabonnement (mit Bescheinigung der Schule) DM 20,—.

Bankverbindung: Volksbank Mittelrhein e.G., Kto.-Nr. 14 224 386, BLZ 570 900 00; Postgiroamt Ludwigshafen, Kto.-Nr. 153 981-679, BLZ 545 100 67. Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste 1/1990.

Herausgeber: Siegfried Bublies

Chefredakteur und verantwortlich: Gerhard Quast

Redaktion: Peter Bahn, Marcus Bauer, Werner Olles, Roland Wehl

Bisherige Autoren: Herbert Ammon, Alfred Ardelt, Günter Bartsch, Josef Beuys, Kirsten Brunn, Konrad Buchwald, Paulus Buscher, Wolf Deinert, Hellmut Diwald, Winfried Dolderer, Peter Dudek, Henning Eichberg, Siegmar Faust, Horst Groepper, Heinz Gruber, Sebastian Haffner, Eike Hennig, Wolli Herber, W. Herbst, Eckhard Holler, Theo Homann, Jens Jessen, Günter Kießling, Arno Klönne, Detlev Kühn, Bernd G. Längin, Hermann Langkitsch, Anton G. Leitner, Hans Dietrich Lindstedt, Jochen Löser, Hrvoje Lorković, Günter Maschke, Uwe Meenen, Götz Meidinger, Wolf Oschlies, Lothar Penz, Günter Platzdasch, Sieghard Pohl, Lutz Rathenow, Rüdiger Rosenthal, Rainer Schmidt, Theodor Schweisfurth, Wolfgang Seiffert, Richard Sperber, Johannes Stüttgen, Rhea Thoenges, Wolfgang Venohr, Gerd Vonderach, Peter Weinmann u.v.a.

Titelbild: George Grosz: *»Friede II«* (1946). Leinwand.

Nachdruck: Bei vorheriger schriftlicher Anfrage gerne erwünscht.

Quellennachweis: Das Gespräch mit Alfred Mechtersheimer wurde gekürzt nachgedruckt aus: Projekt Deutsche Zukunft, herausgegeben von Fritz Wiedemann, München: Karrasch Verlag, 1991.

Inhaltsübersicht

Ein Abo kommt überallhin!

Kyffhäuser-Denkmal (1890 bis 1896 erbaut)

Bestellschein:

wir selbst

Hiermit bestelle ich WIR SELBST. WIR SELBST erscheint sechsmal im Jahr. Ein Jahresabonnement kostet DM 33,— (6 Hefte á 5,— + DM 3,— Portokosten). Schüler (mit Bescheinigung der Schule) erhalten sechs Nummern für DM 20,—.

Sollte ich WIR SELBST nicht mehr lesen wollen, kann ich drei Monate vor Ablauf eines Kalenderjahres kündigen.

Name ....

Vorname ....

Straße/Nr. ....

PLZ/Wohnort ....

Datum/Unterschrift ....

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Vereinbarung innerhalb einer Woche (Poststempel entscheidet) schriftlich widerrufen kann. Die Abobestellung ist nur gültig, wenn Sie diese Vertrauensgarantie ebenfalls unterschrieben haben.

....

Datum/Unterschrift

Gewünschte Zahlungsweise für WIR SELBST (bitte ankreuzen)

☐ bequem und bargeldlos durch Bankeinzug:
Bankleitzahl ....
Kontonummer ....
Geldinstitut ....

☐ gegen Rechnung

☐ liegt als Scheck bei.



....

Datum/Unterschrift

Editorial

In den Beiträgen Henning Eichbergs und Alfred Mechtersheimers — beide verfaßt in den Wochen des massenhaften Bombardements auf irakische Städte und Militäreinrichtungen — mündet die Analyse in die Prognose, daß das Ende des Golfkrieges zugleich der Beginn des Niedergangs der amerikanischen Weltmacht sein werde. Schneller als geahnt demaskiert sich nun der Weltpolizist USA, dem der massenhafte Aufmarsch in Saudi-Arabien und der Einsatz seiner High-Tech-Militärmaschinerie zur Befreiung des besetzten Kuwaits und Wiedereinsetzung einer feudalen Fürstenclique willkommener Anlaß war, seine neue Weltführungsrolle zu demonstrieren. Nachdem die kuwaitischen Ölquellen freigebombt waren, ließ Bush mit dem verlogenen Hinweis auf das ansonsten wenig beachtete völkerrechtliche Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates den nun vollends in Mordrausch verfallenen irakischen Diktator wochenlang die kurdische Bevölkerung massakrieren und Millionen aus ihrer Heimat vertreiben.



International Herald Tribune

Zeichnet sich hier nicht die Vision einer apokalyptischen Welt(un)ordnung ab, in der das Recht stets das Recht des Stärkeren ist und in der die Ansprüche der Völker auf Selbstbestimmung und nationale Identität keinen Raum haben? Die nicht enden wollende Tragödie des kurdischen Volkes, im Interesse der britischen Kolonialmacht verteilt auf die Staaten Iran, Irak, Syrien und Türkei, jahrzehntelang unterdrückt, ihrer Sprache und Kultur beraubt, unter Giftgas gelegt und nun zu Tausenden erschlagen und vertrieben, steht für ein Ordnungsmodell, in dem die Völker nicht mitgedacht sind.

Ganz in der Tradition des angelsächsischen Kolonialismus, in dem alles machtpolitische Kalkül auf die Förderung der eigenen Interessen gerichtet ist, kaschiert durch den protestantisch-fundamentalistischen Impetus, dies alles doch nur im Dienste des Kampfes gegen das Böse zu vollbringen, stoßen die USA nun an die Grenzen ihrer imperialen Expansion: die Bereitschaft der Kolonisierten, in dem Kolonialherren den moralisch und kulturell Überlegenen zu sehen.

Schon die Demonstration der »Überlegenheit westlicher Zivilisation« in Gestalt hochpräziser Luft-Boden-Raketen bei den Luftwaffeneinsätzen im Irak war geeignet, die ohnehin große Kluft zwischen europäisch-amerikanischer und arabischer Lebenswelt zu vergrößern und aus dem schwelenden Kulturkonflikt einen höchst spannungsgeladenen Zustand zu machen. Das Amalgan aus Haß, Neid, Über- und Unterwertigkeitsgefühlen und auf seiten der Araber auch verständlichen Angst vor einem Verlust der eigenen Identität bildet einen explosiven Zündstoff, der für die Zukunft wenig Gutes verheißt.

So verwandelt sich Amerikas vordergründiger Sieg, sichtbar in den Steinwüsten ausradierter Straßenzüge Bagdads, der Welt genüßlich und stolz von Militärs via Videoclip als Produkt einer überlegenen Waffentechnologie vorgeführt, mit zunehmenden zeitlichen Abstand in eine moralische Niederlage. Daß dieser Sieg keineswegs von einer kulturellen oder zivilisatorischen Überlegenheit des Westens zeugt, wird bald jedes arabische Kind wissen.

Wie lange werden sich vor diesem Hintergrund wohl die amerikanischen Truppen und ihre ökonomische Nachhut im Nahen Osten halten lassen?

Und welche Auswirkungen hat dieser Krieg auf das neuvereinigte Deutschland, dessen scheckheftwedelnde Hilflosigkeit einmal mehr Unverständnis und Häme bei unseren Nachbarn hervorrief?

Von der gleichermaßen befürchteten wie erwarteten politischen Führungsrolle der Deutschen in Europa war nichts zu spüren. Degradiert zum Oberzahlmeister des amerikanischen Krieges am Golf, war Deutschland die seiner politischen Statur angemessene Aufgabe im Spiel der Mächte zugewiesen worden. Daran wird sich wohl auch so lange nichts ändern, wie in unserem Land »Antiamerikanismus« als Todsünde selbst unter Linken gilt und nicht als die — verständliche — Abwehrreaktion eines selbstbewußten Volkes gegen eine politisch-kulturelle hegemoniale Idee.



US-Soldaten in Saudi-Arabien siegessicher: *»Dieser Krieg ist der Krieg Amerikas«*

Henning Eichberg

Amerikas Krieg und Ende?
Ein Szenario

Perfekte Waffensysteme werden auf dem Bildschirm vorgestellt — aseptische Video-Games. Uniformierte *»Helden der Stunde«* sprechen in die Kamera: *»Es war wie im Kino.«* Experten berichten aus Bagdad, Amman und Jerusalem. — Aber was trägt all dies dazu bei, das Drama des Golfkriegs in seinem Kern sichtbar zu machen? Die Flammenschrift am Wüstenhorizont läßt sich auch anders lesen. Dieser Krieg ist der Krieg Amerikas. Und am Ende der Strecke zeichnet sich das Ende der Weltmacht Amerikas ab.

Wenn das richtig ist, so sucht die Aufmerksamkeit der Welt in Kuwait, im Irak, aber auch in Israel vergebens nach dem roten Faden der Geschichte. Wirkt er vielleicht an ganz anderer Stelle — in der Demographie und Ökonomie Amerikas?

Die Weltmacht *»Vereinigte Staaten von Amerika«* war eine White-Anglo-Saxon-Protestant-Gesellschaft. Zwar enthielt sie auch ein Schwarzamerika (17 Prozent) sowie jüdische und katholische Minderheiten — auch in der Oberschicht; es gab und gibt die White Ethnicity der Polen, Iren, Italiener etc. — und nicht zuletzt die marginalisierten Überreste des indianischen Amerika. Aber alles in allem war Amerika WASP.

Seit einiger Zeit jedoch zeichneten sich langfristige Umschichtungen ab. Zum einen: die Einwanderung und das Erstarken der Latinos. Besucher südlicher US-Regionen stießen zunehmend — oft bestürzt — auf ein Amerika, das sie nicht erwartet hatten. Auf den Straßen spricht man spanisch. Die Geschäfte zeigen auf spanisch an. Flächenhaft entschwindet das englischsprachige Amerika. Ob Chicanos, Mexikaner, Puertorikaner ... : US-Amerika wird vom Süden und *»von unten«* her ein anderes. Hochrechnungen lassen ein spanischsprachiges US-Amerika am Horizont erscheinen.

»Von oben« her geschieht gleichzeitig etwas anderes. Und das ist das zweite: der japanische Aufkauf. Flächenhaft geht von Westen her — aber zugleich in den Zentren des Ostens — das Land über in japanischen Besitz. Ein Drittel der Büroflächen in Los Angeles ist in japanischer Hand. Monumente des Amerikanismus wie das Tiffany Building und das Rockefeller Center wechselten den Eigentümer, nun jüngst auch die Metro-Goldwyn-

Mayer. Amerika steht vor dem Ausverkauf.

Die Umschichtung betrifft nicht nur die Eigentumsverhältnisse. Denn hinzu tritt das dritte: die Asiatisierung der amerikanischen Intelligenz und Elite. Geht man am Abend durch die Bibliotheken amerikanischer Eliteuniversitäten, so befindet man sich nicht mehr in einem *»weißen«* Land. Chinesen, Japaner und Philippinos arbeiten mit Eifer und Erfolg an den Stätten, die die WASP-Intelligenz verlassen hat. Schon werden wir auch außerhalb Europas zu Zeugen: Studentische Reisegruppen zeigen das neue Bild. Jugendliche asiatischer Abstammung beeindrucken durch ihre beharrlichen, treffenden Fragen und durch das reichhaltige kulturelle Erbe, das sie mit sich tragen; WASP-Studenten nutzen den Trip eher als Ferienerlebnis.



»Nur Stämme werden überleben ...«

Die drei Umschichtungen — Hispanisierung *»von unten«*, japanische Besitzübernahme und asiatische Elitenbildung *»von oben«* — verschärfen das Bild, das sich seit den 1960er Jahren abzeichnete: den Zerfall der WASP-Nation. Was damals begann mit dem Aufstand der schwarzen Ghettos und dem Gleichstellungsstreben einer schwarz-amerikanischen Mittelschicht, hat sich nun durch den Vormarsch des Rauschgifts — damals zunächst ein *»weißer«* Luxus — und durch den flächenhaften Zusammenbruch *»weißer«* Ordnung in amerikanischen Städten zugespitzt. Ruinenstädte, durchstreift von Narkobanden, sind entstanden, die einige Beobachter als *»Dritte Welt im Herzen Amerikas«* bezeichnen — oder bezeichnen würden, wenn dies nicht wie eine Herabwürdigung der Dritten Welt klänge. Polizei, Wasserversorgung und

Die Geschäfte zeigen auf spanisch an. Flächenhaft entschwindet das englischsprachige Amerika: Reklametafeln in Los Angeles (rechts oben). **Monumente des Amerikanismus wechseln den Eigentümer — Wohnhäuser zerfallen:** Das Rockefeller Center und Ruinenviertel in New York (unten).









»Pro Mensch ein Auto — Amerika lebt auf Kosten des Rests der Welt«: Autoproduktion in den USA (ganz oben). **Protestantischer Fundamentalismus und Verschwörungswahn anstelle von Gesellschaftsanalyse:** Lager amerikanischer Erweckungschristen im 19. Jh. (oben) und Bücherverbrennung an christlicher US-Schule (unten).



Müllabfuhr haben sich zurückgezogen vor den neuen sozialen Kräften, die nun die Kontrolle der Straßen übernommen haben. Der sioux-indianische Wissenschaftler Vine Deloria hatte dieses Szenario 1970 so umrissen: *»Die Politiker sprechen jetzt schon von Sicherheitskorridoren in den Städten. Das sind Haupttransportwege, wo die Gefahr, beraubt oder überfallen zu werden, weitgehend verringert ist. Überall sonst herrscht rücksichtslose Gewalttätigkeit. Der städtische Mensch hat einen künstlichen Dschungel geschaffen, in dem nur die Stärksten oder die am meisten vom Glück Begünstigten überleben. Mit zunehmender Kriminalität werden auch diese Sicherheitskorridore verschwinden. Die Leute werden sich in den Stadtgebieten nur noch in Banden bewegen können — Stämme, könnte man sagen.«* [We Talk — You Listen. 1970]

Das *»weiße«* Nordamerika, sofern es nicht in der New Ethnicity neu-alte kulturelle Zusammenhänge stiftete [Joshua A. Fishman: The Rise and Fall of the Ethnic Revival. 1984], widmete sich währenddessen ungerührt den Spielen der Hochkonsum-Society. Pro Mensch ein Auto — Amerika lebt auf Kosten des Rests der Welt. Bankspekulationen und das Spiel der *»feindlichen Übernahmen«* spiegelten einen Wachstumsprozeß vor auch dort, wo man die Produktionsmittel schon aus den Händen gelegt hatte. Das Unbehagen manifestiert sich in zunehmenden Bunkermentalitäten. Die Reichen ziehen sich in von Elektronik und Privatarmeen bewachte befestigte Siedlungen zurück. Bei den Minderbemittelten entspricht dem der Rückzug in den christlichen Fundamentalismus, in die paranoischen Feindbilder der Neuen Rechten. Auf den Fernsehschirmen drängen sich die Weltuntergangsprediger und rufen zur letzten Schlacht, Armaggedon. Der angelsächsische Trotz wird angemahnt, sich in die kleine Schar der zu Erlösenden einzukaufen, und sie tun es. Die Administrationen Reagan und Bush mit ihrer ständigen Suche nach dem *»Reich des Bösen«* irgendwo in der Ferne bilden den Überbau über dieser fundamentalistischen Nation. Verschwörungswahn tritt an die Stelle von Gesellschaftsanalyse, das TV-Gebet an die Stelle gesellschaftlicher Praxis — und das alles mündet ein in den Krieg nach außen.

Dasjenige *»Weiß«*-Amerika, das sich der fundamentalistischen Bunkermentalität am ehesten entzogen hat, ist das der jüdischen Intelligenz. Bestürzt steht sie zwischen den Fronten — gesellschaftskritisch, für kulturelle Nuancen sensibel, Produzent des Nachdenkens über Identi-

tät und Entfremdung. Dieses jüdische Amerika war ein wesentlicher Faktor gegen den Vietnamkrieg. Heute richten sich daher die Friedenshoffnungen der Welt ganz besonders auf dieses jüdische Amerika. Nur sein Widerspruch gegen den protestantisch-fundamentalistischen Krieg am Golf könnte Amerika von innen heraus aus der politischen Verelendung retten. Kann er?

Solche demographischen und ökonomischen Prozesse bilden, so scheint es, die reale Basis für das amerikanische Schauspiel am Golf. Weltreiche, denen die ökonomische und volkliche Basis verlorengeht, haben immer wieder den Drang zur Flucht nach draußen entwickelt: die bis dahin ausgebaute indirekte Kolonialherrschaft in direkte militärische Besetzung zu verwandeln. So versuchte es das englische Weltreich vor dem Ersten Weltkrieg, schwer belastet durch das Flotten-Wettrüsten mit Preußen-Deutschland. Der Burenkrieg wurde trotz des militärischen Siegs zum moralischen Desaster Englands. Auch jetzt wieder hat das Wettrüsten seine Opfer zu Fall gebracht. Nicht nur die Sowjetunion hat sich zugrunde gerüstet, wie es NATO-Generale strahlend als Erfolg ausgeben; Amerika folgt mit kurzem Abstand — mit kürzerem, als es die langfristigen demographischen Veränderungen hätten erwarten lassen.

Auch in Amerika sind es also nicht nur Regierungen und militärisch-industrielle Komplexe, die Geschichte machen, sondern Völker. Die Völker sind auch dort keine unveränderliche Größen. Sie kommen und gehen und werden neue. Das Szenario ist eine neue Völkervielfalt, die das WASP-Imperium ablöst. — Aber wie ging der Schritt vor sich von der amerikanischen Krise zum amerikanischen Krieg am Golf?

Der Deal

Die amerikanische Regierung habe, so heißt es, den irakischen Diktator vor seinem Kuwait-Abenteuer *»nicht deutlich genug gewarnt«*. Diese *»kritische«* Anmerkung verstellt den Blick für das, was hier vor sich gegangen war: Die irakische Besetzung Kuwaits geschah in Absprache mit der amerikanischen Politik. — Ein Deal ist zu rekonstruieren.

Saddam Hussein war ein Mann Amerikas. Vielleicht stand er nicht direkt — wie Noriega von Panama — auf der Lohnliste der CIA. Aber er gehörte zu denjenigen Diktatoren und Großverbrechern, die in aller Offenheit mit der amerikanischen Weltmacht im Bunde waren: Pinochet,



Die Friedenshoffnungen der Welt richten sich ganz besonders auf das jüdische Amerika. Nur sein Widerspruch gegen den protestantisch-fundamentalistischen Krieg könnte Amerika von innen heraus aus der Verelendung retten: GIs in Saudi-Arabien vor ihrem Marsch ins *»Reich des Bösen«*



Mit wohlwollender Unterstützung des Westens führte Saddam Hussein seinen Krieg gegen den Iran und die rebellierenden Kurden: Giftgas-Opfer im kurdischen Halabdscha

Suharto, Somoza, Marcos, Trujillo ... Noriega wurde als Hilfssheriff gebraucht gegen das revolutionär-sandinistische Nikaragua, Saddam Hussein gegen den schiitisch-fundamentalistischen Iran. Daß Saddam einen Krieg gegen den Iran unprovoziert vom Zaun gebrochen hatte, ihn mit Giftgas führte und große Teile seiner eigenen kurdischen Bevölkerung mit vergaste, sprach weniger gegen ihn als für seine *»Entschiedenheit«* und *»Berechenbarkeit«* im westlichen Sinne. Dafür wurde er von der französischen und westdeutschen Industrie aufgerüstet, auf deutscher Seite insbesondere von Daimler-Benz. Das hätte nicht geschehen können, wenn die US-Politik dagegen Einwände gehabt hätte. Die USA konnten dem Irak nur deshalb nicht selbst in größerem Maßstabe Rüstungsgüter liefern, weil sie gegenüber Israel die Fassade wahren wollten. Den NATO-Partnern hingegen gaben sie freie Bahn. Jahrelange Aufklärung und Proteste durch Menschenrechtsorganisationen — wie die Gesellschaft für bedrohte Völker —, die die Verbindung von chemischer Industrielieferung und Kurdenkrieg dokumentierten, waren dagegen hilflos. Amerika wollte die Aufrüstung des Irak als eines *»zuverlässigen«* Partners gegen den fundamentalistischen Islam.

Das Zusammenspiel zwischen den USA und dem Irak reichte wahrscheinlich bis zum irakischen Einmarsch in Kuwait. Aus den Gesprächsnotizen der amerikanischen Botschafterin ging hervor, daß dem Irak im Sommer 1990 bedeutet wurde, ein Einmarsch in Kuwait werde kein Essential der US-Politik verletzen. Das war eine indirekte Aufforderung, vergleichbar der amerikanischen Aufforderung im August 1961, eine Mauer in Berlin zu bauen. Die Absprache am Golf hatte auch ihre Logik auf Gegenseitigkeit: Nimmst du dir Kuwait, so nehme ich mir Saudi-Arabien. Bei diesem Deal war Kuwait nur das Häppchen, Saudi-Arabien aber der dicke Brocken. Die Besetzung der Ölfelder, die Pseudolösung der amerikanischen Krise, rückte in greifbare Nähe.

Warum der Deal dann aus dem Ruder lief und zum Kriegsanlaß wurde, werden künftige Historiker rekonstruieren müssen. Machte Saddam Hussein sich vielleicht selbständig wie einst Noriega? Manches spricht eher dafür, daß die amerikanische Politik Saddam Hussein hereinlegte. Bei solcher Deutung muß man die Neuorientierung der NATO-Strategie einbeziehen. — Durch die Ost-West-Entspannung der frühen Ära Gorbatschow hatte die NATO ihr Feindbild verloren. Das wurde für den Fortbestand des Militärpakts gefährlich. Auf der Stelle äußerten sich Tendenzen, die Existenzberechtigung des Bündnisses überhaupt in Frage zu stellen. Wenn der drohende Zerfall verhindert werden sollte, mußte ein neuer Feind gefunden werden, und dazu schien sich die Südflanke der NATO vorzugswei-



Immer zum Töten bereit: Amerikanische Soldaten gegen den ehemals verbündeten Saddam Hussein (links) und auf libysche Zivilbevölkerung beim Bombenangriff auf Bengasi und Tripolis (unten)



se zu eignen. Das hieß also *»Rechts um!«* — vom Ost-West- zum Nord-Süd-Konflikt. Zunächst suchte man den Feind in der Gestalt von Gaddhafis Libyen, dann in Khomeinis Iran und im islamischen Fundamentalismus (darum mit Saddam Husseins Partnerschaft). Aber NATO-Raketen gegen einen religiösen Fanatismus — das entbehrte der Überzeugungskraft. Mit irakischen Raketen ließ sich die Perpetuierung der NATO-Hochrüstung weit plausibler begründen. Damit mußte der Irak seinen Stellenwert wechseln: vom Deal-Partner zum Feindbild.

Wie immer der irakische Krieg ausgehen wird — das Hauptproblem wird sich nach dem Urteil zahlreicher Beobachter stellen, wie die USA jemals die arabische Region wieder verlassen sollen. Hat man nach einem eventuellen Sieg über den Irak nicht einen kaum weniger brutalen Diktator in Syrien gestärkt, dessen Absichten auf Libanon und Israel unverhohlen sind? In der Türkei steht eine der größten Militärmächte der Welt auf dem Sprung zur Eroberung weiterer kurdischer Gebiete. Was geschieht mit dem avancierten Waffenarsenal in Saudi-Arabien, wenn die dortige Königssippe stürzt? Wie hält man den Iran in Schach? Und wie schützt man das bedrohte Israel vor allen diesen zweifelhaften *»Verbündeten«*? — Aber sind die USA überhaupt in die Region gekommen, um sie wieder zu verlassen? — Wie auch immer, die Krise des amerikanischen Systems wird durch all dies nur verschärft. Das Ende der Weltmacht USA, das demographisch eher langfristig abzusehen war, rückt beschleunigt näher.

In Deutschland über diese Entwicklung zu triumphieren, wäre allerdings eine kurzsichtige Reaktion. Die Rivalitäts-Achse der Weltmächte Sowjetunion-Amerika wird nach deren Abtritt durch eine neue ersetzt werden: Japan-Deutschland. Als Deutscher kann man diese Veränderung nur mit Grausen auf das deutsche Volk zukommen sehen. Die Weltmachtstellung Amerikas und seine innere Verslumung hingen ja zusammen, verbunden durch eine asoziale Logik. Die innere Zerreißung der großwestdeutschen Gesellschaft in Reiche und Kaputte zeichnet sich jetzt schon ab. Imperiale Politik geht gerade auch auf Kosten des eigenen Volkes.

Als Positivum wäre also anderes zu sehen. Erstens: Die Völker Amerikas erhalten nach dem Zusammenbruch der Weltpolizeimacht eine volkliche Chance. Zweitens: Die Einsicht kann sich verbreiten, daß eine Weltmacht zur weltpolizeilichen Kontrolle des Friedens ungeeignet ist, prinzipiell. Dialoge in den Regionen selbst sind der einzige Weg; der jüdisch-arabische Dialog im Nahen Osten zum Beispiel. Drittens: Damit kann auch das skandinavische Modell die ihm gebührende Aufmerksamkeit erhalten. In dieser Region ist es seit über einem Jahrhundert gelungen, den Krieg als Mittel der Politik auszuschalten — gerade durch Verzicht auf die Absicherung des Friedens durch eine Großmacht. Die skandinavische Lösung ist eine volkliche Lösung von den kleineren Einheiten her.

Von den Völkern her sehen

Ein solches Szenario des amerikanischen Kriegs eröffnet also nicht nur unerfreuliche Ausblicke. Drei Folgerungen sind besonders zu bedenken: eine basisanalytische, eine deutschlandpolitische und eine friedenskonzeptionelle.



Desaster des US-Interventionismus:
Geiselbefreiung aus dem Iran (1980)

Seit den Erhebungen in Osteuropa 1989 und der deutschen Einheitsbewegung ist es üblich geworden zu behaupten, niemand habe das vorhergesehen oder vorhersehen können. Das ist falsch. Der Zusammenbruch des sowjetischen Systems von den Völkern her ist ebenso vorhergespürt und vorhergesagt worden wie die Aktualität der deutschen Frage. Nur paßte beides nicht ins Bild der Herrschenden und ihrer Medien — gerade auch im Westen. Auch vom Ende Amerikas wird man später sagen, es sei unvorhersagbar gewesen, zumal nach dem (angeblichen) Sieg der USA im Ost-West-Wettrüsten.

Ein solcher Mangel an Sensibilität ist nicht denknotwendig. Die Alternative liegt darin, Szenarien von den Völkern her zu entwerfen, d.h. von den materiellen und sozial-kulturellen Subjekten der Geschichte. Wer ist *»das amerikanische Volk«* — und wie werden die amerikanischen Völker der Zukunft sich identifizieren? Wie läßt sich eine volkliche Friedensordnung von unten her denken? — Von solchen Fragen her entwickeln sich plausiblere Zukunftsbilder für den Golf als von den Expertendiskursen in den Hauptstädten von Nahost. Es geht nicht um Programme — *»Strategien«*, *»Problemlösungen«*, *»Entscheidungen«* — sondern um Szenarien, vielfältige Entwürfe, Entwürfe der Vielfalt. Nicht Stammtischkonstruktionen sind gefragt, sondern Erweiterungen der (Selbst-)Aufklärung. Nicht mit den Köpfen der Herrschenden ist zu denken, sondern von den Erfahrungen der Völker her.

Deutsche — Juden — Araber

Der Krieg am Golf hat die deutsche Friedensbewegung, die gegen Ende der 1980er Jahre bis auf kleine Reste abgestorben war, wieder zu massenhaftem Leben erweckt. Die besondere Stärke der Friedensbewegung in Deutschland — verglichen etwa mit England und Frankreich — zeigt, daß weiterhin eine besondere deutsche Situation vorliegt. In der früheren Phase der 1970/80er Jahre hatte man sie eine *»deutschnationale Erwekkungsbewegung«* genannt. Obwohl als Schimpf gemeint, war das nicht gänzlich unzutreffend. Die neue Friedensbewegung zeigt nun: Die deutsche Frage ist durch den Anschluß der DDR an Westdeutschland nicht gelöst. Sie ist durch die Einfügung beider Deutschländer in den Militärpakt NATO eher neu zugespitzt worden. Vielleicht war die staatliche *»Wiedervereinigung«* überhaupt nie der Kern der deutschen Frage. Vielleicht wird dieser Kern nun eher sichtbar in jenen deutschen Truppen, die im amerikanischen Auftrag den *»NATO-Partner«* und Folterstaat Türkei beim Angriff gegen den Iran unterstützen sollen — und dabei vielleicht dem Giftgas aus deutschen Fabriken begegnen. Hat die deutsche Frage statt mit dem Anschluß von 1990 und der Bildung des großwestdeutschen Staates eher mit der Abkoppelung vom äußeren und inneren Amerika zu tun? Anders gesagt: Deutschland gehört nicht zum Westen — das zeigt sich in dem Augenblick, da der Westen als die Kriegspartei auftritt.

Die Massenhaftigkeit der deutschen Friedensbewegung ist von seiten der westlichen Kriegspropaganda als Mangel an Solidarität mit dem bedrohten Israel hingestellt worden. Das Verhältnis Deutschland-Israel ist wegen der Last der deutschen Vergangenheit besonders ernst zu nehmen. Nicht nur durch den Massenmord in den NS-Lagern, aber auch durch ihn sind die deutsche und die jüdische Frage existentiell miteinander verbunden. Und nun bedroht der militärisch-industrielle Komplex Großwestdeutschlands, bestehend aus NATO-Disziplin, chemischer Aufrüstung des Irak und Daimler-Benz-Rüstungslieferungen, das Leben des jüdischen Volkes in Israel. — Gerade darum ist die Klärung vonnöten: Der amerikanische Krieg am Golf ist kein jüdischer. Seine amerikanische Basis ist nicht *»das amerikanische Judentum«*, sondern die protestantisch-fundamentalistische WASP-Gesellschaft. Die USA haben den Staat Israel ins Schlepptau genommen und seine Beschießung mit chemischen oder biologischen Waffen kaltblütig riskiert. Falls Amerika, worauf einiges hindeutet, den atomaren Schlag gegen Irak vorbereitet, wird diese Existenzbedrohung noch konketer. — Die Massenhaftigkeit der deutschen Friedensbewegng ist ein Hoffnungsschimmer, daß das in Zukunft nicht mehr hingenommen wird. Sie ist insofern manifestierte Solidarität mit dem jüdischen Volk.

»Der Tod ist wieder ein Meister aus Deutschland« — steht auf den Plakaten der jungen Demonstranten gegen Daimler-Benz. Das dokumentiert zugleich die Einsicht, daß das Prinzip Amerika, das den Krieg herbeigeführt hat, nicht (nur) *»da draußen«* liegt, jenseits des Atlantik, sondern im Innern des eigenen Landes. Es liegt im Innern der kolonisierten menschlichen Identität.

Was die Lösung des jüdisch-arabischen Problems in Palästina selbst angeht, steht der deutschen Politik allerdings Zurückhaltung an statt Besserwisserei. Es führt kein Weg um das Gespräch zwischen den betroffenen Völkern selbst herum. Ermutigend ist, daß es ein deutscher Jude war, Martin Buber, der bereits in den 1920er Jahren erkannte, daß nur ein dialogisches Verhältnis zwischen Juden und Arabern eine menschenwürdige Lösung erbringen kann. Das setze, so Buber, die Orientalisierung des Judentums voraus als Basis für eine binationale Existenz in Palästina.





Doppelte Moral im Sicherheitsrat: Mit amerikanischem Veto eine Verurteilung Israels verhindern, aber mit einer Polizeiaktion gegen den Aggressor Irak ein Exempel statuieren

Volkspazifismus — Völkerpazifismus — Nationalpazifismus

Der amerikanische Krieg am Golf bedeutet, insofern als er zugleich eine UNO-Polizeiaktion darstellt, eine friedenskonzeptionelle Herausforderung. Die Vorstellung, Frieden könne *»von oben her«* geschaffen oder gesichert werden, ist einem Schock ausgesetzt worden. Gerade die *»Friedenspolitik«* von oben her führte mit fataler Automatik zum Krieg. Die dem zugrunde liegende Illusion erwies sich als genauso widersprüchlich wie die Annahme, Frieden könne mit den Mitteln des Krieges verwirklicht werden. Ja, beide Illusionen hängen bei näherer Betrachtung sogar notwendig zusammen.

Der Frieden ist also neu zu denken. Alternativ kann das nur geschehen *»von unten«* her, von den Völkern als Subjekten der Geschichte und von ihrem Dialog. Um die Selbstbestimmung und Demokratie der Völker führt kein friedenspolitischer Weg herum. Wenn die Polizeibefriedung von oben her und in Waffen zum Krieg führt, so bleibt nur der *»Nationalpazifismus«* (Mechtersheimer) *»von unten«*.

Der Volkspazifismus ist jedoch weder ein leichter Weg noch gibt es dafür eine Patentlösung; zumal, wenn man ihn konsequent als Völkerpazifismus denkt, als Frieden des Gesprächs im Sinne von Artin Bubers *»Du«*.

Letztlich ist das also nicht nur — und vielleicht nicht einmal primär — eine Frage äußerer Politik. Es ist eine Frage innerer Friedensordnung des einzelnen Volkes bei sich selbst und hat damit psychologische Dimensionen. *»Amerika«* als kriegführende Weltmacht liegt nicht (nur) draußen, sondern drinnen, tief drinnen in Deutschland ... aber auch tief drinnen in mir als einzelnem Menschen, der ich an die — stets nur *»allerletzte«* — Lösung mit Gewalt glaube. Auch ein Verbrecher der schlimmsten Kategorie — und dazu gehört Saddam Hussein — kann nicht (nicht mehr? oder konnte nie?) aus der Welt hinausgebomt werden. Es gibt nur diese eine Erde, und ihre Zerstörung ist auch das Aus für *»die Guten«*. Das will uns nur schwer in den Kopf mit all seinen Konsequenzen, aber wir müssen es lernen. Die Kriegführung gegen *»das Böse«* übernimmt *»das Böse«* selbst hinein in das eigene Weltverstehen — und damit in das eigene Selbst . Insofern ist auch und gerade Amerika ein Opfer seines eigenen christlich-fundamentalistischen Krieges.

Im Januar 1991



Alfred Mechtersheimer

Der Krieg am Golf

Der Iraker Saddam Hussein ist schon heute ein Held der arabischen Geschichte. Noch in hundert Jahren wird man zwischen Golf und Atlantik von jenem großen Araber reden, der im Jahre 1411 fast gegen die ganze Welt einen heldenhaften Kampf führte. Er setzte gegen die Ungläubigen riesige Mengen Waffen ein, die sie ihm vorher bereitwillig geliefert hatten. Und die irakische Armee hat der erdrückenden Übermacht mit einem Kampfgeist wiederstanden, der der gesamten arabischen Nation neues Selbstvertrauen verschaffte. Legenden werden sich um die Kriegslist Saddam Husseins ranken, wie er seine Armee wochenlang vor dem größten Bombardement der Geschichte versteckt und das verhaßte Israel erstmals in Angst und Schrecken versetzt hat. Saddam Hussein wird vor allem dafür gepriesen werden, daß er den damaligen Westen in einen Krieg verwickelte, in dem dieser sich mit einer barbarischen Kriegführung gegen unschuldige Zivilisten die Maske der moralischen Überlegenheit selbst vom Gesicht gerissen hat.

Zumindest Historiker werden sich aber auch fragen, was den damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika veranlaßt hatte, sich zum Erfüllungsgehilfen der historischen Mission von Saddam Hussein zu machen. Zwar verdankt jeder Gewaltherrscher seinen Ruhm auch der Dummheit seiner Gegner, aber die kriminelle Energie, mit der die damals mächtigen USA gegen einen zuvor umworbenen Staat vorgingen, wird Rätsel aufgeben, und man wird auch die Psyche des George Bush zu berücksichtigen haben.

Jeder Konflikt ist ein Triumph der Gleichheit, weil er seine Gesetze und Methoden beiden Seiten gleichermaßen aufzwingt. Der Krieg nivelliert die Unterschiede zwischen Diktatoren und Demokraten, zwischen sogenannten gerechten und verbrecherischen Gründen, weil mit dem ersten Schuß alle Kriegführenden in die Barbarei zurückgeworfen werden. Das menschliche Leben wird rigoros hehren Prinzipien oder Göttern untergeordnet. Der Krieg macht die Politik »wertfrei«, menschliches Leben wird zur Nebensache. Die Wertordnung wird auf den Kopf gestellt. Das Morden, sonst scharf sanktioniert, wird legalisiert und darf sogar dekoriert werden. Der Krieg macht auch eine Demokratie zur Diktatur, weil die Verfügungsgewalt über Leben und Tod faktisch in die Hand eines einzelnen Mannes fällt.

Steht aber nicht in den Sozialkundebüchern, daß eine Demokratie nicht so leicht wie ein totalitäres Regime zu den Waffen greift und einen Angriffskrieg gar nicht führen kann? Zumindest für die USA ist dies ein Irrglaube. Wenn der amerikanische Präsident zum Krieg entschlossen ist, kann ihn kaum jemand davon abhalten. Pocht der Kongreß auf sein Verfassungsrecht, über den Kriegsbeginn zu entscheiden — der Präsident ist formal lediglich Oberbefehlshaber und nicht »Kriegsherr« —, tragen die Senatoren und Abgeordneten Mitverantwortung für das Kriegsrisiko und die Opfer. Sträubt sich aber das Parlament, setzt eine psychologische Bearbeitung ein, und notfalls inszeniert die Administration so etwas wie den »Tongking-Zwischenfall«, mit dem Lyndon B. Johnson 1964 die Zustimmung des Kongresses zur Eskalation des Vietnamkrieges herbeiführte.

Bagdad dem irakischen Herrscher versichert, die USA würden sich nicht in seinen arabisch-arabischen Konflikt mit Kuwait einmischen. Die Dame konnte ja nicht wissen, daß sich ihr Präsident mit dem bewährten Angriffskrieger und notorischen Menschenrechtsverletzer Saddam Hussein duellieren wollte. Schließlich hatten die USA ihn im Krieg gegen den Iran unterstützt und gerade erst durch die CIA vor einem Anschlag der irakischen Opposition gewarnt. Mit ihrer Arglosigkeit hat sich aber die Botschafterin um ihren Präsidenten verdient gemacht. Denn der hatte jetzt endlich die Gelegenheit, seine Biographie zu bereinigen und an jenes Kriegserlebnis anzuknüpfen, von dem er selbst sagt, es gehöre zu den prägenden Phasen, »vielleicht der wichtigsten von allen« in seinem Leben.

Nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour meldete sich George Bush freiwillig zur Marine. Mit 18 Jahren war er Bomberpilot, flog rund 60 Einsätze im Pazifik und wurde wegen Tapferkeit ausgezeichnet. Am 2. September 1944 wurde Bushs Torpedobomber über der Pazifikinsel Chichi Jima von japanischem Flakfeuer getroffen. Nach drei Stunden fischte ihn ein Unterseeboot auf. Seine beiden Kameraden starben in dem Flugzeugwrack. Doch nicht das Grauen des Krieges prägt sein weiteres Leben, sondern der Hochmut, siegreich bestanden zu haben. Seitdem wurde jede Sprosse seiner Karriere an die Spitze der größten Militärmacht zu einer neuerlichen Bestätigung seines Glaubens, daß Gott Großes mit ihm vorhabe.

Sein Sendungsbewußtsein konnte ihm aber nicht die Souveränität und Gelassenheit des Auserwählten verleihen, denn sein Image war das Gegenteil seiner Selbsteinschätzung. Die öffentliche Nichtbeachtung seines Heldentums schmerzte ihn. Den Wahlkampf 1988 mußte er mit dem Etikett eines Schwächlings ohne Rückgrat führen. Schon als Vizepräsident litt er unter dem »wimp factor«, nämlich unstetig und zögerlich zu sein, hatte er doch als Soldat sein Leben riskiert und fast verloren, während sein als martialisch geltender Chef Ronald Reagan nur in Hollywood Soldat war. Jetzt bot ihm ein arabischer Potentat die einmalige Chance, sich und der Welt zu beweisen, wer er wirklich ist.

Wenn dem so ist, hatten Saddam und der Frieden von Anfang an keine Chance. Dann dienten alle vorgebli-



Solche Manipulationen waren für den Krieg gegen den Irak nicht nötig, denn die USA leiden seit über 15 Jahren an einem Vietnamtrauma. Die Niederlage der größten Militärmacht nach einem mörderischen Krieg mit 60000 toten Amerikanern lastet noch immer schwer auf dem Selbstverständnis der politischen Eliten. Solche Demütigungen lassen sich nur durch respektable Siege heilen. Diese kollektive psychologische Altlast der USA verbindet sich auf fatale Weise mit den persönlichen Empfindlichkeiten des George Bush.

Auf ihm lastet das ungeschriebene Gesetz, wonach jeder Präsident, der einen guten Platz in den Annalen der amerikanische Kurzgeschichte erhalten will, einen Krieg siegreich geführt haben muß. Wo aber ist der Feind, nachdem mit der Kapitulation der Sowjetunion im Kalten Krieg Gorbatschow zumindest vorübergehend als Gegner ausfällt und die drei letzten kleinen Feinde Ghaddafi, Castro und Kim Il Sung keinen Vorwand zum militärischen Eingreifen liefern? Genau in dieser Verlegenheit kam ein Geschenk jenes Gottes, von dem George Bush seit einem 46 Jahre alten Kriegserlebnis fest glaubt, daß er Besonderes mit ihm vorhabe.

Am 2. August 1990 nämlich machte sich ein arabischer Despot in seiner Finanznot zum größten Bankräuber der Geschichte und streckte seine Hand nach dem Scheichtum Kuwait aus. Noch eine Woche zuvor hatte die US-Botschafterin April Glaspie in



chen Friedensbemühungen nur dazu, den Griff zu den Waffen zu rechtfertigen. Und das war nicht einfach. Denn allzu offenkundig war die Unaufrichtigkeit, mit der die USA sich jetzt zum Beschützer des Völkerrechts erklärten, das sie in Vietnam ein Jahrzehnt lang, 1983 in Grenada oder 1986 gegen Libyen und permanent in Mittelamerika mit Füßen traten. Grotesk wurde es, als die USA mit der Resolution des UN-Sicherheitsrats vom 29. November 1990 gleichsam zum Generalbevollmächtigten in Sachen Völkerrecht gemacht wurden. Möglich war dies nur, weil Gorbatschow dem Sieger des Kalten Krieges am Golf freie Hand ließ, damit er im Baltikum seinerseits die Soldaten schießen lassen konnte.

Bei so viel Vorkriegsglück war es nicht verwunderlich, daß bei Bush Kreuzzugsstimmung aufkam: »Für mich reduziert es sich ganz klar auf einen Konflikt zwischen gut und böse.« Er ist davon überzeugt, eine Mission zu erfüllen. In den Weihnachtstagen suchte er nach historischen Parallelen: Saddam wurde zum Hitler von Bagdad und seine Truppen in Kuwait zur irakischen SS, und er merkte nicht, wie er in seiner Hybris der Macht seinem Feind immer ähnlicher wurde. Für ihn gab es nur noch Krieg oder Kapitulation, der Kompromiß hatte keinen Platz mehr. Sein manichäisches Weltbild erlaubte nur gut und böse.

Bush fieberte dem Showdown entgegen. Die besseren Karten hatte er allemal. Er und sein Land waren durch Saddam Husseins Waffen nicht gefährdet, allenfalls durch dessen Terroristen. Der Kontrahent in Bagdad aber liegt im Fadenkreuz amerikanischer und alliierter Präzisionswaffen. Bush fürchtete nicht den Krieg — er hatte Angst vor dem Frieden, vor jenem »Nightmare-Szenario«, in dem Saddam Hussein Vorschläge hätte machen können, die den Waffengang unmöglich gemacht hätten. Schon der Status quo ante wäre für den US-Präsidenten — und auch für Israel — eine Niederlage gewesen, weil dann der Iraker mit einem Rückzug aus Kuwait den Frieden gerettet und eine der größten Armeen der Welt behalten hätte. Die FAZ berichtete aus Washington, der Präsident habe auf das Ergebnis der Genfer Gespräche von Außenminister Baker mit seinem irakischen Kollegen Azis vor dem Ablauf des Ultimatums »gespannt wie ein Flitzebogen« gewartet. Als er von dem



negativen Resultat erfuhr, »wich die ungewisse Spannung einer grimmen inneren Ruhe.« Denn der Kriegsbeginn war teuflisch genial programmiert, hatte aber doch eine Schwachstelle. Mit dem Automatismus des Countdown in der von den USA herbeigeführten UN-Resolution war die Entscheidung über Krieg und Frieden faktisch dem Diktator von Bagdad übertragen — ein gefährliches Verfahren, wenn man tatsächlich nach einer gewaltlosen Lösung gesucht hätte. Doch Bush konnte sich auf Saddam verlassen, er zog aus Kuwait nicht zurück. Der Bush-Krieg begann, unter Anrufung Gottes.

Saddam Hussein kann es sich leisten, seinen Kampf ohne Blick auf die Kriegsfolgen zu führen. Er hat getan, was in der Geschichte immer wieder ungestraft hingenommen wurde, er hat sich einen Nachbarstaat einverleibt, den Krieg aber hat er nicht begonnen, sondern die USA mit Rükkendeckung der von ihnen beherrschten sogenannten Vereinten Nationen. Saddam Hussein wird als geschlagener Held weiterleben. Doch dem amerikanischen Präsidenten droht ein Pyrrhussieg, weil er Bismarcks Erkenntnis mißachtet hat, daß ein Kriegsgrund auch nachher noch stichhaltig sein muß. Und er hat nicht begriffen, daß eine Großmacht ihren Niedergang durch Krieg nicht aufhalten, sondern nur beschleunigen kann.

(Illustrationen von Frans Masereel aus »Die Apokalypse« *[1953]; Feder und Tusche)*





»Ich bin ein Gegner des Amerikanismus«

Interview mit Alfred Mechtersheimer

Als Berufsbezeichnung für Sie steht in den Veröffentlichungen gelegentlich Politologe, meistens aber Friedensforscher. Was ist und was tut ein Friedensforscher?

Mechersheimer: Ich selbst verwende diese Bezeichnung nicht, aber sie hat sich nun mal so eingebürgert. Ein Friedensforscher ist ein Sozialwissenschaftler, der die Fragen von Krieg und Frieden zum Gegenstand seiner jeweiligen sozialwissenschaftlichen Arbeit genommen hat. Das bedeutet bei mir, daß ich als Politikwissenschaftler speziell die Fragen von Krieg und Frieden untersuche, wobei hinzukommt, daß ich auch Stabsoffizier war und von daher der Forderung genüge, man solle eine Krankheit, die man heilen möchte, auch kennen.

Meine Aufgabe besteht darin, im Rahmen dieser Friedenswissenschaft — das wäre eigentlich ein besserer, korrekterer Begriff — für die Menschen Argumentationen zu liefern. Das ist mein spezifisches Verständnis von dieser Friedenswissenschaft, daß wir nicht die Regierungen beraten sollten, das ist aussichtslos, da haben wir keine Macht. Unser Ansprechpartner, unser Adressat ist die Gesellschaft. Das heißt, wir betreiben in einer unmittelbaren Form demokratische Wissenschaft, wir sind Gegenexperten, und die sind, glaube ich, für den innovativen und gesellschaftlichen Fortschritt von großer Bedeutung. So wie aus dem Bereich der Atomphysik erste Wissenschaftler ausgebrochen sind, die gesagt haben: Ich habe Zweifel, weil ich es kenne. So muß es eben im Bereich von Krieg und Frieden Menschen geben, Offiziere, Generale, die ausbrechen, so wie das zum Glück in der Zwischenzeit immer wieder geschehen ist. Die sagen: Weil ich das kenne, weiß ich, daß dieses Land mit Nuklearwaffen nicht zu verteidigen ist. Das ist, glaube ich, die große Aufgabe, die jeder hat, der den Gegenstand Militär besser kennt und gleichzeitig Sozialwissenschaftler ist, als Gegenexperte die Bevölkerung aufzuklären.

Gibt es diese spezielle Art der Sozialwissenschaft — Sie nannten es Friedenswissenschaft — erst seit dem Zweiten Weltkrieg, gab es sie schon früher, gibt es Traditionen, in denen Sie sich sehen?

Mechtersheimer: Die Friedensforschung, wie wir sie heute definieren, ist — deswegen ist sie auch so relevant — eine Reaktion. Die Reaktion auf den Dreißigjährigen Krieg war die Völkerrechtslehre. Man wollte diesen Wahnsinn begrenzen, und man hat deswegen Formen gefunden, um den Krieg einzugrenzen, ihn nicht zu einem totalen Zerstörungskrieg werden zu lassen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg beginnt eine neue Phase von Friedensforschung, da war die große Provokation der Nuklearwaffe. Das, was einerseits in Hiroshima und Nagasaki stattgefunden hat, und das, was man andererseits für die Zukunft hat kommen sehen, forderte Sozialwissenschaftler, aber natürlich auch Naturwissenschaftler, siehe Einstein, heraus, über die Folgen dessen, was man technisch und physikalisch möglich gemacht hat, nachzudenken. So ist dann nach dem Zweiten Weltkrieg zuerst in den Vereinigten Staaten und dann mit deutlicher Verspätung in der Bundesrepublik auch so etwas wie Peace Research entstanden. Wir haben nur in Deutschland eine eigene Entwicklung dadurch bekommen, daß durch Carl Friedrich von Weizsäcker hier in Starnberg und seine These von der Nichteinsetzbarkeit der Nuklearwaffen als Verteidigungswaffen eine starke Ablehnung, eine Aversion gegen nukleare Waffen entstanden ist. Und das im besonderen, weil er als Physiker, der an dem Versuch einer ersten deutschen Atombombe mitgearbeitet hat, natürlich eine besondere Kompetenz hatte.

Und so hat sich das weiterentwickelt hin zu dem, was dann nach dem Weizsäcker-Institut hier in Starnberg von dem Forschungsinstitut für Friedenspolitik in den achtziger Jahren geleistet worden ist. Das Institut gibt es hier nicht mehr, weil es aus der Friedensbewegung heraus finanziert wurde und die Friedensbewegung in dem gleichen Maße erlahmt ist wie die Provokation. Wenn man abrüstet, wenn Bundeswehr und NVA halbiert werden, wenn der Tiefflug fast ganz eingestellt wird, dann gibt es nicht mehr dieses gesellschaftliche Aufbegehren.

Der wesentliche Auslöser für das Entstehen der Friedenswissenschaften waren also die nuklearen Waffen, es waren nicht die über fünfzig Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges, sondern der Auslösungspunkt war erst der Schrecken der Atomwaffe?

Mechtersheimer: Das ist insofern ein interessanter Punkt, als nicht nur, wie das bisher historisch üblich war, der Versuch der Bewältigung dessen, was war, unternommen wurde — das ist ja die übliche pazifistische Phase nach einem Krieg. Sondern daß

die Perzeption dessen, was als Konsequenz eines künftigen Krieges zu erwarten ist, bestimmend war. Das hat nämlich Menschen wie Einstein und andere auf den Plan gerufen mit sehr konsequenten Forderungen, die nicht mehr zum Ziel hatten, wie damals nach dem Dreißigjährigen Krieg, den Krieg weniger gefährlich zu machen, sondern ihn ganz abzuschaffen. Das ist also die radikal pazifistische Konsequenz. Eine ganz merkwürdige Funktion, die die Atomwaffe dadurch bekam.

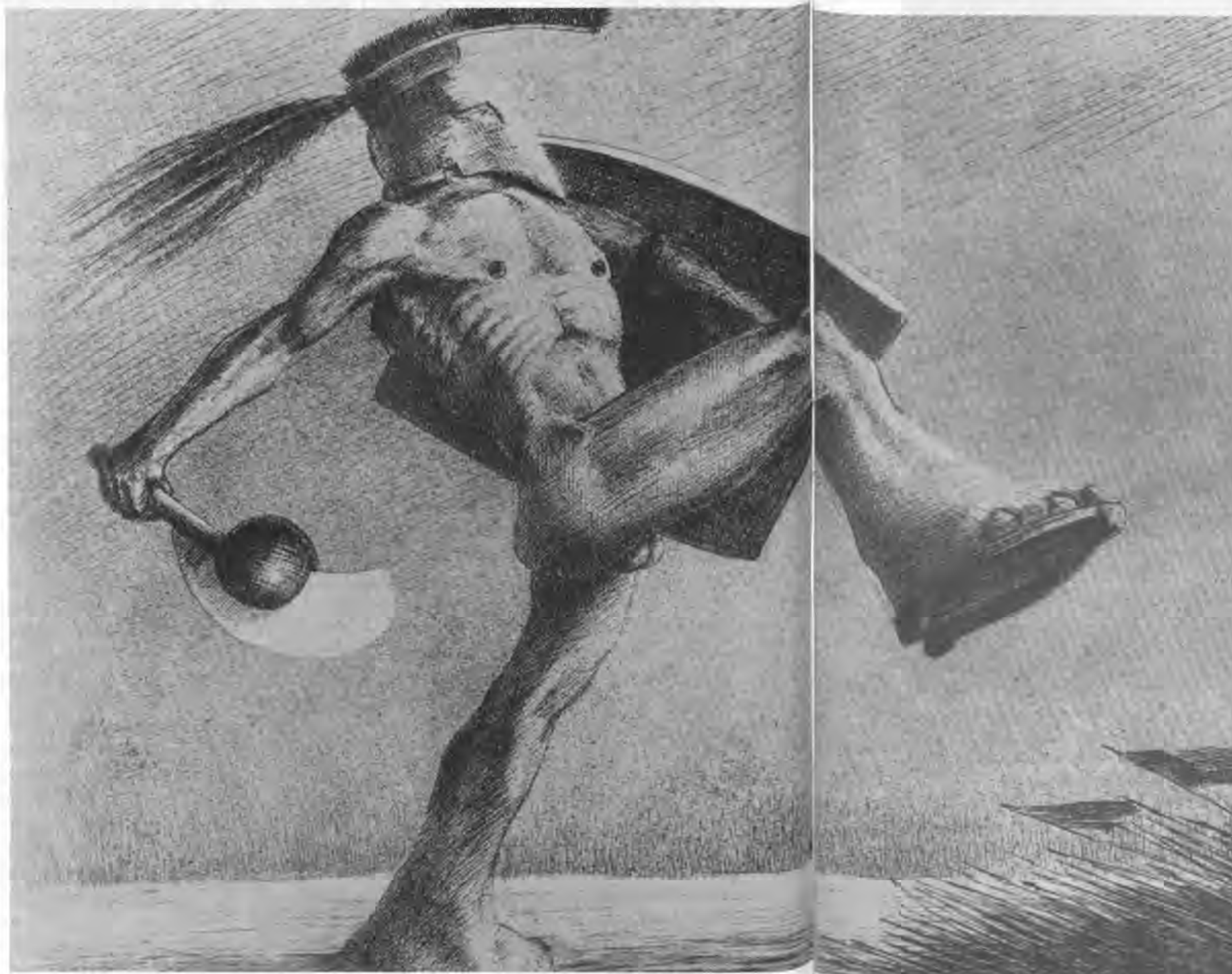
Wenn Sie als Lebenswissenschaftler und Ihre Kollegen auf dem gleichen Gebiet etwas bewirken wollen, dann müssen Sie an die Öffentlichkeit, Sie müssen in die Medien. Sie müssen sich ja artikulieren, um etwas zu bewegen. Können Sie sich genügend artikulieren, können Sie etwas bewegen, kann es die Friedenswissenschaft, und hat sie etwas bewegt?

Mechtersheimer: Ich habe diesen Schritt propagiert, daß wir Friedensforscher an die Öffentlichkeit müssen, wir müssen das Fenster aufreißen und den Menschen draußen sage: Zieht nicht in dieses Haus ein, denn es ist erdbebengefährdet. Ein Gutachten zu machen, in dem dasselbe drinsteht, und es an die Regierung zu schicken, das hat keine Resonanz, das wird nicht gelesen. Als Politikwissenschaftler muß man wissen, wie politische Macht funktioniert. Auch in einer Demokratie, überhaupt in jedem Staat, ist die Chance des einzelnen, die Politik zu beeinflussen, sehr begrenzt. Es sei denn, es kommt zu kollektiven Veränderungsprozessen im Bewußtsein. Und das ist der Ansatzpunkt, den Menschen etwas klarzumachen. Das beginnt ganz klein, mit kleinen Schritten, und es weitet sich dann aus.

Die Publizistik in der Bundesrepublik ist positiv für Innovatives. Das bedeutet, daß die großen Fernsehmagazine, die großen Wochenzeitungen grundsätzlich sehr offen waren für diese Fragen. Anders als zum Beispiel in Frankreich. Auch deswegen hat es diese Friedensbewegung dort nicht gegeben. Wenn die Medien ein Spiegelbild der politischen Kultur sind, dann ist das eigentlich ein Kompliment für die politische Kultur, die wir haben. Die Möglichkeiten, uns zu artikulieren, waren exzellent.

Wir zitieren aus einer Antwort, die Sie auf eine Zeitungsbefragung gegeben haben, in der es um Sinn oder Unsinn von Manövern in der Zukunft ging. Sie haben dort geantwortet: Frieden läßt sich nur mit nicht-militärischen Mitteln schaffen. Dazu die Frage: Hätte man mit nicht-militärischen Mitteln Hitler aufhalten können? Das ist ja versucht worden. War es nicht bis hin zur letzten Konsequenz des Weltkrieges und der Vernichtung und Zerschlagung dieses Staates und seines Militärapparates nötig, militärische Mittel einzusetzen, um 1945 zum Frieden zu gelangen?

Mechtersheimer: Ich habe nie sehr viel Energie darauf verwendet, die Frage zu diskutieren, ob in der Vergangenheit ein Krieg zu vermeiden gewesen wäre. Ich möchte für aktuelle Krisen aus der Vergangenheit lernen, und ich sehe überhaupt keine Parallele beispielsweise zwischen dem Auftreten von Saddam Hussein heute und dem von Hitler seinerzeit. Damals gab es keine weltweite, nahezu geschlossene Front der Ablehnung gegen den Aggressor. Man hat die Aggressionen als solche gar nicht begriffen. Das ist heute nicht der Fall. Deswegen muß ich immer schauen, ob in einer konkreten historischen Situation eine Chance besteht, Unrecht nicht mit noch größerem Unrecht zu beantworten, Blutvergießen nicht durch noch mehr Blutvergießen zu verstärken, sondern es zu stoppen. Und deswegen gilt grundsätzlich als Maxime des Handelns: Wenn man Frieden will, muß man das mit friedlichen Mitteln versuchen, weil nach der geschichtlichen Erfahrung der Militäreinsatz prinzipiell wiederum Militäreinsatz und damit dasselbe, was das Militär ursprünglich produzierte, reproduziert, nämlich Unterdrückung, Mord und Totschlag. Deswegen ist das wichtige Resultat dieser Erkenntnis, das Zögern gegenüber dem Waffeneinsatz und nicht das Darauf-Warten, daß er endlich möglich wird.



Alfred Kubin: Der Krieg (1918); Radierung und Aquatinta

Sie argumentieren oft mit der derzeitigen Ost-West-Entspannung, die eine Entmilitarisierung möglich machen mag. Wie sicher ist denn diese Entspannung zwischen Ost und West, das Ende des »Kalten Krieges«, wenn man sieht, mit welchen Schwierigkeiten Gorbatschow zu kämpfen hat? Er hat selbst einmal gesagt, bei seinem Scheitern werde es nur die zwei Zeilen in der »Prawda« geben, daß er durch einen Marschall ersetzt worden sei. Ist das Argumentieren mit der Ost-West-Entspannung mit dem Ziel einer Entmilitarisierung, eines Abbaus von Armeen, einer Einstellung von Manövern nicht leichtfertig im Angesicht der Möglichkeit, daß sich im Osten morgen etwas ganz anderes tun könnte?

Mechtersheimer: Ich glaube, daß der Verwandlungsprozeß der Sowjetunion ein historischer Prozeß ist, der nicht beliebig unumkehrbar ist. Die Frage ist, ob Militär ein Instrument ist, um die Probleme der Sowjetunion zu lösen. Gorbatschow hat begriffen, daß das Militär die Probleme verschlimmert und nicht löst. Gorbatschow ist keine Zufälligkeit der historischen Entwicklung in der Geschichte Rußlands. Gorbatschow könnte versagen, könnte abgelöst werden. Aber erstens im Augenblick eher von Leuten, die den militärischen Abbau noch konsequenter durchführen wollen als er, und selbst wenn die Marschälle dominieren würden, selbst dann könnten sie keine prinzipiell andere Politik betreiben. Sie könnten den Preis für die Finanzierung des Truppenabzuges aus der ehemaligen DDR vielleicht in die Höhe schrauben, aber sie könnten ihn nicht grundsätzlich unterlassen. Ich weiß auch aus persönlichen Begegnungen, daß die Militärs diesen Weg grundsätzlich für unvermeidbar halten.

Sie haben Vorbehalte angemeldet gegenüber einem Einsatz von Bundeswehrsoldaten außerhalb des NATO-Gebietes, auch in Gestalt der sogenannten »Blauhelme«, also unter einem UNO-Mandat. Was haben Sie dagegen?

Mechtersheimer: Ich war in dieser Frage nie so eindeutig festgelegt wie meine Kollegen in der Grünen-Fraktion, wie die meisten von ihnen zumindest. Ich halte es prinzipiell nicht für ausgeschlossen, daß deutsche Soldaten bei Peace-Keeping-Missions mitmachen. Ich habe mich in der akuten Situation am Persischen Golf dagegen ausgesprochen, denn das wäre wahrscheinlich keine Peace-Keeping-Funktion, sondern das wäre der Militäreinsatz. Dagegen würde ich nach wie vor große Bedenken haben. Denn worin soll sich eigentlich dieses neue Deutschland unterscheiden von den anderen Staaten? Ich habe schon ein bißchen den Ehrgeiz, ein Deutschland in der Zukunft zu denken, das sich positiv unterscheidet von dem, was nicht nur Deutschland in der Vergangenheit war, sondern was andere Staaten in der Vergangenheit waren und in der Gegenwart sind: nämlich Staaten, die der Gewalt eine gewisse Priorität geben. Ich würde immer versuchen, das Prinzip zu realisieren, daß die Wirtschaft das wichtigere Argument ist als das Militär. Und wenn das so ist — und es scheint zu stimmen —, dann kann ich mit Wirtschaftssanktionen möglicherweise über eine längere Zeit viel dauerhaftere Erfolge bei geringeren Kosten erzielen.

Sie sprechen und schreiben des öfteren von dem »militärisch-industriellen Komplex« in Amerika, der, weil die Rüstungsindustrie Aufträge braucht, den Ost-West-Konflikt jetzt in eine neue Richtung verlagern möchte. Nachdem der Ost-West-Konflikt nun, vielleicht sogar zum Mißbehagen dieses militärisch-industriellen Komplexes in Amerika, abgebaut sei, wolle er ihn jetzt mehr oder weniger gewaltsam in die Nord-Süd-Richtung verlagern. Sie sprechen sogar von einer Neuauflage des Imperialismus. Es ist sicher unzulässig vereinfacht, Sie als einen Anti-Amerikaner zu bezeichnen, oder doch nicht?

Mechtersheimer: Gut, aber in jeder Vereinfachung liegt ein wahrer Kern. Ich bin ein Gegner des Amerikanismus, dieser sehr merkwürdigen Vorstellung, daß aus den USA das Heil kommt, was ja nun bis zur Übernahme widerlichster Lebensgewohnheiten reicht. Das halte ich für unwürdig gegenüber den europäischen Traditionen. Und es gibt bei uns leider, und das gab es auch schon im Nachkriegsdeutschland sehr ausgeprägt, eine Grundhaltung, die sagt: Ich will bestimmt werden von dem, der die Macht hat. Da sind sehr viele Traditionen aus dem Dritten Reich mittransportiert worden. Bei den deutschen Generalen hat man es leider sehr deutlich gespürt: Der amerikanische Präsident hat die Atombombe, er hat die Befehlsgewalt, also sind wir amerikanisch orientiert, NATO-minded. Diesen Amerikanismus muß man wirklich bekämpfen. Er ist ein Übel.

In diesem Sinne ist es keine Beleidigung und auch gar keine Vereinfachung, wenn man sagt, ich sei ein Anti-Amerikanist. Nur ist für mich selbstverständlich, daß man Feindbilder nicht willkürlich durch die Gegend schieben darf — nur weil sie im Osten jetzt nicht mehr passen, dann auf die Amerikaner. Das wäre kein Fortschritt, das wäre nur die Umkehrung des Übels. Ich sehe nur für die Zukunft eine ganz andere Konfliktkonzentration. Es geht jetzt nicht mehr um Sozialismus oder Kapitalismus, sondern es geht nur noch um die Frage: Wie menschlich oder wie unmenschlich ist der Kapitalismus? Und da sehe ich leider in den Vereinig-

ten Staaten eine negative Variante, den Amerikanismus, im Gegensatz zu dem, was ich etwa in der Bundesrepublik und was ich generell in Europa sehe.

Wenn Sie nur an die Frage des ökologischen Bewußtseins denken, wenn Sie sehen, daß die Amerikaner doppelt soviel Erdöl vergeuden, als das die Europäer tun, wenn Sie sehen, daß man in den USA eine größere Bereitschaft hat, die Waffen einzusetzen, auch einfach, weil man sie hat infolge des militärisch-industriellen Komplexes, dann ist das für mich ein Anlaß zu sagen: Ich muß das beschreiben, um es als negatives Gegenstück zu meinem Bild von zukünftiger Politik darzustellen. Aber das mache ich nun nicht, indem ich die Menschen oder das gesamte Land verdamme, sondern indem ich analysierend die konkreten historischen und sozial-ökonomischen Ursachen beschreibe, die eben dazu führen. In der Öffentlichkeit kann man das natürlich leicht als anti-amerikanisch mißverstehen, aber mit diesem Risiko muß man leben.

Es geht jetzt nicht mehr um Sozialismus oder Kapitalismus, sondern es geht nur noch um die Frage: Wie menschlich oder wie unmenschlich ist der Kapitalismus?

Sie haben gesagt, dieser militärisch-industrielle Komplex in Amerika wolle eine Verständigung zwischen Europäern und Arabern verhindern. Sehen sie dafür bestimmte Gründe? Ist das die alte englische Regel der »balance of power«, oder gibt es ganz neue Gründe?

Mechtersheimer: Zunächst einmal sehen die USA natürlich als eminent ölabhängiges Land — ölabhängig geworden erst in den letzten zwanzig Jahren — die Gefahr, daß zwischen den Europäern und der arabischen Welt eine konstruktive Kooperation entsteht, die aus europäisch-arabischer Sicht ja eine geradezu ideale Ergänzung ergäbe: Technologie im Norden, wichtiger Rohstoff Öl und gewaltige Entwicklungsmöglichkeiten im Süden. Es ist eine Konstante der amerikanischen Außenpolitik gegenüber dieser Region, viel zu tun, um diese Annäherung in Grenzen zu halten. Das hat natürlich auch seine Ursache in Israel, weil Israel auf absehbare Zeit eine solche Allianz zwischen den Europäern und den Arabern nicht verkraften, nicht überleben könnte.

Für mich stellt sich aber eher die Frage — im Sinne von Friedenswissenschaft —, daß die Energien der Feindschaft, die schlummernden Aggressionen, die in Europa nicht mehr absorbiert werden können, umgelenkt werden. Diese Gefahr ist immer gegeben, daß sich solche Energien neue Bezugspunkte suchen. Wir müssen aus vielen Gründen mit einem Anwachsen des Fundamentalismus leben, und das nicht nur in der arabischen Welt. Es gibt nicht nur den islamischen Fundamentalismus. Der Fundamentalismus ist allgegenwärtig. Sogar im Hinduismus haben wir das Phänomen, was nur nicht wahrgenommen wird. Wenn man bei uns die katholische Kirche anschaut, sehen wir diese Erscheinung auch, zumal sich solche Strömungen immer gegenseitig bedingen. Und da fürchte ich, daß nun, da die Befriedung, die bis vor kurzem das halbe Europa erfaßte, jetzt wohl ganz Europa umfaßt hat, sozusagen neue Grenzen der Feindschaft entstehen und der Feind außerhalb Europas sitzt. Und wo ist er zu suchen, wo kann er zu suchen sein? Er muß in der arabischen Welt zu finden sein. Wenn sich dort etwas Entsprechendes entwickelt, dann haben wir eine Neuauflage der alten Konflikte zwischen Christentum und Islam, und das wäre natürlich angesichts der heutigen Bewaffnung, die auch noch von uns kommt, eine noch größere Bedrohung als der Ost-West-Konflikt.

Wir haben doch bei den Reformen, den Umstürzen, den friedlichen und nichtfriedlichen Revolutionen in Osteuropa gesehen, daß, sowie der von oben, von Moskau und seinen Satrapen einst oktroyierte »Deckel der Friedhofsruhe« gelüftet worden ist, die alten Querelen wieder ausbrechen: zwischen Serben und Albanern, und das sogar außerhalb des sowjetischen Einflußbereichs, aber eben auch zwischen Rumänen und Ungarn, innerhalb der Sowjetunion, zwischen Balten und Russen, Ukrainern und Russen, Aserbaidschanern und Armeniern. Wir sehen es ebenso, wo immer ein »Deckel« eines rigiden Systems gelüftet wurde, beispielsweise das der strikten Apartheid in Südafrika; wo immer ein Ventil geöffnet, ein Druck aufgehoben oder ein Deckel gelüftet wird wie eine Grabplatte, kommen darunter doch die uralten Konflikte zum Vorschein. Muß das einen Friedenswissenschaftler nicht mutlos machen?

Mechtersheimer: Nein. Das ist ein trauriger Tatbestand, aber mutlos werde ich nicht, weil man ja die Chance hat zu erkennen, warum das so ist. Und wenn man es erklären kann, wird man nicht mutlos. Wenn man es erklären kann, hat man die Hoffnung — zumindest habe ich sie — zu überlegen, wie man das bewältigen könnte. Wenn in einer Siedlung die böse Nachbarin wegzieht, steigt die Streitquote bei den Zurückbleibenden an. Das ist eine Erfahrung, angesichts derer ich auch deswegen gar nicht mutlos werde, weil ich sage: Der Mensch wird grundsätzlich so bleiben, wie er ist. Deswegen wird diese Konfliktbereitschaft, der Streit, der Konflikt auch künftig zum Menschen und zu den Gesellschaften gehören. Der Punkt ist: Mit welchen Mitteln wird der Konflikt ausgetragen?

Wir müssen aus vielen Gründen mit einem Anwachsen des Fundamentalismus leben, und das nicht nur in der arabischen Welt. Es gibt nicht nur den islamischen Fundamentalismus. Der Fundamentalismus ist allgegenwärtig.

Da halte ich den Menschen — das ist meine aufklärerische, optimistische Position — grundsätzlich für soweit lernfähig, daß er begreift, daß gewisse Formen der Konfliktaustragung ihm letzten Endes mehr schaden als Vorteile bringen. Ein Beispiel: die Blutrache. Sie ist empirisch nachweis-

bar Unsinn geworden, da war das Risiko für einen selbst zu groß. Generell gibt es die Chance zu erkennen, daß es letzten Endes Vorteile bringt, sich gut zu verhalten. Das ist natürlich der Traum, daß in einem fernen Punkt gewissermaßen die Linien von Interessen und Moral konvergieren.

Das ist auch der Traum der Sozialisten, daß der Mensch veränderbar sei.

Mechtersheimer: Der Sozialist, der Kommunist geht normalerweise davon aus, daß der Mensch im Grunde gut ist, und nur die gesellschaftlichen Verhältnisse sind schlecht. Da habe ich ein mehr christliches Menschenbild, das eine bekannte Ambivalenz hat, die hier im Bayrischen zum Ausdruck kommt, wenn man sagt, »der Mensch ist gut, nur die Leit' san schlecht«. Das ist wahrscheinlich die exakteste empirische Beschreibung der menschlichen Wesensart, daß er eben zu beidem angeregt werden kann.

Wir wissen, daß die Triebtheorie von Freud auch unter Psychologen heute umstritten ist. Aber wir glauben doch, daß man nicht völlig darüber hinweggehen kann, daß es einen Aggressionstrieb des Menschen gibt. Wenn wir dies einmal voraussetzen — und eigentlich zeigt die ganze Menschheitsgeschichte, daß es ihn gibt: Ist das nicht etwas, was den Friedenswissenschaftler mutlos macht? Oder ist der Mensch nach Ihrer Auffassung nicht von Natur aus auch — neben vielen anderen Dingen — aggressiv?

Mechtersheimer: Ja, er ist auch aggressiv. Aber ich halte die Aggressivität nicht für eine unveränderbare Größe. Es gibt die Möglichkeit, auf Grund ganz unterschiedlicher Einflüsse, durch Konsensbildungen, durch gesellschaftliche Normen, durch Verhaltensweisen, auch durch Bewußtwerdungsprozesse, den Menschen zu befähigen, mit diesem Aggressionstrieb umzugehen. Das bedeutet nicht unbedingt, ihn zu beherrschen, aber immer wieder den erfolgreichen Versuch zu machen, ihn zu kanalisieren. Und damit ist auch die Chance gegeben, die Konflikte in ihrer Austragung umzulenken. Vor allem erwarte ich vom Menschen, daß er begreift, daß selbstzerstörerische Instrumente nicht vorteilhaft sind. deswegen ist auch möglich geworden, die Menschheit insgesamt von der Nuklearrüstung Schritt für Schritt abzubringen und auch die Instrumente dafür schon zu entfernen.

Auch der Soldat sagt, es ergibt keinen Sinn, wenn ich Waffen einsetze, die dann alles zerstören. Diese »Kosten-Nutzen«-Überlegung, die stark im Schwange ist, hat die Menschen in ihrer Existenz berührt. So kann man auch vermitteln, daß zum Beispiel der Waffeneinsatz auch ohne Nuklearwaffen in einem hochindustrialisierten Land wie dem unseren keinen Sinn mehr hat. Deswegen gibt es so etwas wie einen »rationalen Pazifismus«, einen Pazifismus der Vernunft. Wenn beispielsweise alle Straßen verstopft sind, kann kein Panzer mehr durchfahren. Oder: Wenn die Störanfälligkeit unserer elektronischen Infrastruktur zu groß ist, dann bricht alles zusammen. Aus dieser Erkenntnis der strukturellen Nicht-Kriegführungs-Bereitschaft läßt sich eine ganze Menge ableiten an Erkenntnis, die mich zu einer optimistischen Einschätzung führt.

Eben, wir halten Sie für sehr optimistisch. Sie setzen sehr auf die Ratio des Menschen. Wir möchten einmal eine ketzerische These in die Debatte werfen: nämlich daß man vielleicht sogar die Deutschen und die Franzosen nur einmal wieder anders motivieren müßte, und in der Tat würden sie wieder aufeinander einschlagen. Oder halten Sie das für von vornherein ausgeschlossen? Sind die Menschen wirklich so von der Ratio bestimmt, daß Ihr Optimismus berechtigt ist?

Mechtersheimer: Ich würde ein Stück vorher ansetzen bei der Frage: Sind bei uns wieder politische Verhältnisse möglich, bei denen eine politische Verhältnisse möglich, bei denen eine politische Fürhung denkbar ist, die diesen Manipulationsversuch ernsthaft unternimmt? Und ich muß ganz offen sagen, daß meine Hoffnungen auf der geringen Wahrscheinlichkeit dieser Voraussetzung gründen. Daß es nämlich a priori unmöglich erscheint, daß ein Adolf Hitler an die Macht kommt, obwohl sich Menschen in der Not, in der Arbeitslosigkeit ködern lassen. Das ist eine Hoffnung auf die Eliten. Das muß man ganz deutlich erkennen. Viel hängt davon ab, ob es gelingt, in Deutschland, nachdem wir eine exzellente Wirtschaftselite haben, nun auch eine wirklich gute politische Elite heranzubilden.

Wir möchten noch eine Frage anhängen, weil gerade der letzte Teil des gesprächs uns sehr wesentlich erschien. Sie sprachen von Lernprozessen, die die Menschen durchmachen müßten, um die Aggressionen zu be-



Fundamentalisten-Protest in Algier: Längst hat ein neuer Kampfgeist die arabischen Völker erfaßt.

wältigen. Wer soll diese Lernprozesse auslösen? Die Friedenswissenschaftler? Die Eliten? Die Politiker? Die Parteien? Die Pädagogen?

Mechtersheimer: Ich glaube nicht, daß man sie selbst auslösen kann. Die Geschichte löst die Prozesse aus. Es geht nur darum, daß, wenn sie ausgelöst sind, dieser Verarbeitungsprozeß stattfindet. Der größte Auslöser des Lernprozesses in Europa ist die Tatsache, daß der Boden blutgetränkt ist. Vielleicht gibt es so etwas Irrationales wie einen Sättigungsgrad an Blutvergießen, an Feindschaft. Und daraus haben die Europäer insgesamt viel gelernt. Ich glaube deshalb nicht an die Reversibilität deutsch-französischer Freundschaft. Um das konsequent zu Ende zu denken: Es ist heute schon eine so starke Verschränkung unterhalb der staatlichen Ebene zwischen den Gesellschaften eingetreten, daß ich neue Feindseligkeiten einfach nicht für möglich halte, eher den gesellschaftlichen Widerstand gegen eine Politik der Feindschaft.

Meine Hoffnung ist erstens, daß es diese politische Klasse nicht mehr gibt — weder in Frankreich noch in Deutschland —, die diesen Wahnsinn begünstigt. Der zweite Aspekt ist, daß in den Gesellschaften ein Widerstandsgeist gewachsen ist. Es gibt eigentlich keine Kriegsgefahr mehr, wenn die Kraft zum Nein-Sagen, zum Widerstand, im Extremfall zu Revolutionen, stark ist. Und es sind gerade die Entwicklungen in der damaligen DDR eine Hoffnung, daß man nicht alles schluckt. Deswegen ist »Kriegsverhütung und Widerstand von unten« eine ganz wichtige Verbindung, so daß man fast zu dieser verkürzenden Formel kommen könnte ...

Der schwedische Friedensforscher Agrell hat kürzlich gesagt, es bestehe dort wegen der heutigen internationalen Lage eine Tendenz, das Dogma der Neutralität in Frage zu stellen. Wenn dies schon in einem so neutralen Land wie Schweden geschieht — wo bleibt da die Friedensschaffung der Friedensforscher?

Mechtersheimer: Die herkömmliche Neutralität war eine Antwort auf die Frage: Wie verhalte ich mich bei dem üblichen Konflikt von A und B als Dritter? Das gibt es nicht mehr. Die Bedrohung kommt heute von außerhalb, beispielsweise, wenn Sie an Drogen denken, wenn sie an den Hunger in der Welt denken. Wie könnten die Schweiz oder Schweden neutral sein, wenn die hungernden Massen eines Tages aus der Dritten Welt nach Europa strömen? Diese Neutralität ist historisch überholt, und deswegen ist es konsequent, wenn Österreich der EG beitritt und sich nicht auf eine Neutralität zurückzieht, die es nicht mehr geben kann. Und Neutralität ist gefährlich, wenn es um die Abwehr solch elementarer Sicherheitsfragen wie der ökologischen Katastrophe geht. Und es ist gut, wenn eine internationale geschlossene Solidarität gegen einen Aggressor organisierbar ist. Da ist es eine Form von Feigheit zu sagen, wir haben damit nichts zu tun.

Sie haben sich einmal selbst als »National-Pazifisten« bezeichnet — ein sehr überraschender und sehr aparter Begriff, den wir Sie zu erläutern bitten.

Mechtersheimer: Das ist eine interessante Frage, weil man nüchtern feststellen muß, daß das Bedürfnis nach Identifikation ein Verlangen ist, das im menschlichen Wesen verankert ist — das ist fast animalisch. Und wer dieses Bedürfnis nicht befriedigt, der bringt es nicht zum Verschwinden, der verschärft es. Deswegen sind die Konflikte in Osteuropa, wo sich diese nationale Identität durch die sowjetische Hegemonie nicht entwickeln und ausleben konnte, noch nicht einmal eingefroren gewesen, sie sind im Gegenteil durch die Unterdrückung verschärft worden und müssen jetzt natürlich aufbrechen. Für mich bedeutet das, daß man einen großen Fehler macht, wenn man durch Machtblöcke oder durch eine zu weit gehende Supranationalität im Sinne einer EG-Supermacht, die wiederum auch ein Machtblock ist, diese spezifischen Eigenarten von kleinen Gruppen, von Nationen, von Völkern ignoriert, verdrängt. Das bricht irgendwo wieder auf. Und das sind die wirklich historisch bewegenden Kräfte. Es ist das kollektive Bewußtsein, das sich am stärksten im Nationalen widerspiegelt. Deswegen ist Friede möglicherweise nicht so sehr durch eine »Diktatur des Rechts« einer Organisation wie der UNO zu erreichen, wenn ich an den Weltfrieden denke. Sondern vielleicht eher dadurch, daß man die einzelnen Nationen pazifiziert. Ein »National-Pazifismus« ist möglicherweise die eigentlich progressive Position. Also die Idee, den Frieden nicht durch kolossale Organisation, sondern durch die Befriedung in der Vielfalt zu schaffen. Eine ganz, ganz wichtige Kategorie.

Wird die Entwicklung nicht eher zu einem Europa der Regionen führen, wobei »Regionen« in der Bundesrepublik schon vorgeformt sind durch die Bundesländer? Ist das nicht ein eher zu erwartender Weg Europas als der zu einer Konföderation von Nationalstaaten und einer tragenden Kraft des Nationalgefühls?

Mechtersheimer: Die Strukturen in Europa werden nicht dauerhaft, werden nicht friedlich sein, wenn sie sich an den zentralistischen Verhältnissen in Frankreich orientieren. Das würde Europa nicht aushalten. Deutschland ist von der Struktur her Vorbild. Das heißt aber auch, daß wir nicht wesentlich weiter gehen sollten in der Integration und Vereinigung. Es muß noch die identifizierbare Größenordnung eines Landes bleiben, wenn es föderativ strukturiert ist. Man muß sich als Bayer in Deutschland fühlen können, und dann in Europa, also eine Dreistufung. Diese Dreistufung können die Menschen nach allen Beobachtungen gut ertragen, können gut damit leben. Keines dieser drei Elemente darf zerstört werden. Aber man darf nie vergessen, daß für die Frage des persönlichen Schicksals, dort wo es nicht so sehr um das nationale Gefühl geht, sondern etwa darum, wie eine Frau leidet, wenn sie ein ungewolltes Kind hat oder wieviel Steuern muß ich eigentlich bezahlen, natürlich der Nationalstaat dominierend ist. Alles, was das Zusammenleben regelt, ist keine Frage von Regionen, ist keine Frage von Europa: es ist eine Frage der Nationalstaaten. Und ich halte das für einen guten Kompromiß zwischen den beiden Extremen »Kleinstaaterei« und »Supermacht EG«. Wir müssen das, was an Strukturen besteht, eigentlich nur ausbauen. Um Himmels willen keine Vereinigten Staaten von Europa, das geht schon wegen der Sprache nicht.



Der Reichstag zu Berlin in den Morgenstunden des 3. Oktober 1990 Foto: Linus Torfhaus

Jochen Löser

Deutsche Einigung und europäische Sicherheit

I. EINFÜHRUNG

Als am 3. Oktober 1990 die deutsche Fahne vor dem Reichstag gehißt wurde, war die deutsche Einheit vollzogen. Die erste friedliche Revolution auf deutschem Boden, gut geheißen von den Nachbarn und den ehemaligen Siegermächten, stellte die deutsche Souveränität wieder her, mit dem Preis, auf die ehemaligen Ostgebiete verzichten zu müssen.

Die Einigung war dem europäischen Wandlungsprozeß des Nobelpreisträgers Michail Gorbatschow zu verdanken, der mit seiner Perstrojka von oben in seinem Lande große Schwierigkeiten zu betehen hat, aber mit seinem Satz von der Souveränität der Völker und seiner Nichteinmischung die Befreiung seiner ehemaligen Verbündeten ermöglichte.

Die Deutschen verbinden ihre neue Rolle als Verantwortliche im westeuropäischen Einigungsprozeß und zugleich für den Brückenschlag nach Osten mit keiner nationaler Euphorie. Ihre bestimmende geopolitische Lage im Herzen Europas und ihre starke Finanzkraft werden sie für diese Ziele einsetzen. In der NATO sind sie weiter eingebunden, trotz der Verkleinerung der Bundeswehr werden sie im sicherheitspolitischen Kontext weiter eine wesentliche Rolle spielen.

Noch ist nicht abzusehen, wie sich die drastischen Veränderungen auf die Sicherheitslage auswirken werden. Die Abrüstungsprozesse in Richtung einer Ausgewogenheit der militärischen Kräfte sowie der Wegfall der alkten Feindbilder und Abschreckungsstrategien haben zwar die Lage entspannt. Trotzdem bestehen innen- und außenpolitische Instabilitäten und neue Bedrohungen, z.B. durch die Lage am Persischen Golf.

Der Warschauer Pakt löst sich auf, neue Sicherheitssysteme sind in der Entwicklung. Ziel unserer Vorstellungen soll es daher sein, die Lage zu beurteilen und nach zukünftigen Friedensordnungen zu suchen. Aus Platzgründen verzichten wir hierbei auf eine Beurteilung der Lage im Nahen Osten.

II. FRAGESTELLUNGEN

Um eine Beurteilung der Lage anstellen und Vorschläe vorlegen zu können, habe ich einen Fragenkatalog entwickelt, der zugleich in das Thema einführen soll.

Viele Fragen werden zu beantworten sein:

1. Gelingt es im West-Ost-Kontext, das europäische Haus mit einer Friedensordnung auf lange Sicht zu bauen?
2. Wie wird die Struktur und die Einrichtung dieses Hauses aussehen? Werden die verschiedenen Lebensgewohnheiten der Bewohner es überhaupt ermöglichen in dieser engen Gemeinschaft zu-

sammen zu leben?

3. Wie müssen konkret die Ordnungselemente gestaltet werden, um in einer föderalistischen Gemeinschaften zwischen dem Ural und dem Atlantik das zu verwirklichen, was Gorbatschow einmal als die »Freiheit der Wahl« ausgedrückt hat? Wie werden die notwendigen Koordinations- und Kooperationsmaßnahmen mit den Befreiungsversuchen der sich befreienden Völker zu verbinden sein?
4. Wie kann eine Sicherheit im »europäischen Haus« mit gemeinsamen Einrichtungen und defensiven Strukturen so aufgebaut werden, daß eine Invasionsfähigkeit vermieden, ausreichende Mittel für den wirtschaftlichen Prozeß gewonnen und die am Prozeß Beteiligten ausreichend motiviert werden können?
5. Wird eine europäische Union zwischen dem Ural und dem Atlantik in der Lage sein eine gemeinsame Außenpolitik zu gestalten, um auch die am Rand ihres geographischen Gebietes auftretenden Konflikte wie z.B. im Nahen, Mittleren Osten und in Asien so zu begegnen, daß die eigene Sicherheit nicht gefährdet wird?
6. Wie kann die »Weltgemeinschaft« der Völker und Menschen nach Gorbatschows und nach westlichen Vorstellungen zu einer »Schicksalsgemeinschaft zum Überleben aller« gestaltet werden?
7. Wie können in einer »Überlebensstrategie der Ausgewogenheit der Interessen und Kräfte im Sinne einer Strategie der gegenseitigen Sicherheit« so entwickelt werden, daß die Herausforderung des nächsten Jahrtausends begegnet werden kann: Bevölkerungsexplosion, Hunger in der Welt, Umweltbedrohungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft?
8. Wie kann es in gemeinsamen Strategien gelingen, die so verschiedenen Entwicklungsebenen der Völker besonders auf wirtschaftlichem und ökologischem Gebiet zu überwinden, um auch hier zu einer Ausgewogenheit der Interessen und Kräfte zu gelangen?
9. Wie wird Gorbatschow in seinem eigenen Bereich mit der Perestrojka fertig? Wenn es stimmt, daß zur Zeit etwa 80 Prozent der Bevölkerung der Sowjetunion nicht mehr von der Perestrojka überzeugt sind, wird es sehr schwer sein für Gorbatschow oder mögliche Nachfolger, die Reformen abzuschließen, und wenn überhaupt, nur mit westlicher Hilfe.
10. Wie ließe sich die sowjetische Bevölkerung motivieren, um in Zukunft an der Perestrojka tatkräftiger und erfolgreicher teilzunehmen?
11. Wie nehmen die betroffenen Armeen die neuen Prinzipien und Strategien der Ausgewogenheit auf? Sind sie geistig, aber auch psychologisch in der Lage diese gemeinsamen Auffassungen in ihrem Fachbereichen zudefinieren, zu übernehmen und durchzusetzen?

Viele Fragen, die wir zu beantworten haben. Ohne passende Antworten wird es keine Klarheit über die Zukunft geben. Ohne tatkräftige Umsetzung dieser Antworten in die Tat könnte die Jahrtausendchance vertan werden.

III. LAGEBEURTEILUNG

1. Die Völker der westlichen Allianz

vollziehen zwei wesentliche Fortschritte für ihre Zukunft: zum einen die Vereinigung im europäischen Binnenmarkt mit einem Fortfall der Zoll und Handelsbeschränkungen sowie die Bildung einer europäischen Währungsgemeinschaft; zum andern die Veränderung des Militärbündnisses der NATO zu einem politischen Bündnis; einem Bündnis, in welche, nach Zustimmung Gorbatschows beim Besuch des deutschen Bundeskanzlers Kohl im Kaukasus im Juli 1990, das vereinte Deutschland in diesem Bündnis bleibt und, nach Abzug der sowjetischen Truppen vom Gebiet der ehemaligen DDR bis spätestens Mitte der neunziger Jahre, das NATO-Territorium bis zur Oder erweitert wird. Der »Generalvertrag mit der UdSSR« regelt enge Zusammenarbeit. Wie sich das NATO Bündnis später in einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft einbinden läßt, werden wir am Schluß behandeln. Diese Veränderungen werden einen wesentlichen Einfluß auf dies bisherigen Partner im Warschauer Vertrag nehmen. Ihr Drang, sich den westlichen stärkeren Wirtschaftsstrukturen anschließen zu wollen, bis zu einem Beitritt in den europäischen Binnenmarkt wird die politische und wirtschaftliche Landschaft, aber auch die geopolitisch-militärischen Verhältnisse wesentich verändern. Die starke Wirtschaftskraft eines wiedervereinigten Deutschlands wird nicht ohne Spannungen mit ihren westlichen Verbündeten einerseits und einer Stärkung der bilateralen Verhältnisse zur Sowjetunion und ihren bisherigen Verbündeten andererseits bleiben.

2. Die Völker des Warschauer Vertrags

Der Warschauer »Pakt« zerfällt, Gorbatschow kennzeichnete das Auseinandertriften der Völker im Warschauer Pakt während der Gipfelkonferenz 1989 mit folgenden Worten: »Es gibt einen neuen Geist im Warschauer Vertrag, mit Schritten in Richtung auf unabhängige Lösungen nationaler Probleme«. Er ließ keinen Zweifel daran, daß die Brechnew-Doktorin erledigt sei und daß folglich kommunistische Regime in Ost- und Mitteleuropa nicht mehr auf sowjetische Interventionen rechnen könnten. Auch ideoloigische Vorschriften will die Sowjetunion ihren Verbündeten nicht mehr geben. Seit Öffnung der innerdeutschen Mauer im November 1989 hat sich, bis auf Rumänien, in allen Staaten des Warschauer Vertrages eine friedliche Revolution vollzogen, welche die Loslösung Polens und Ungarns vom Kommunismus fortsetzte. Ungarn und die CSFR stellen den Warschauer Vertrag in Frage, die dort bisher stationierten sowjetischen verbündeten Truppen verlassen das Land bis 1991. Parlamentarische Demokratien entwickeln sich in Polen, der CSFR, Ungarn, in Rumänien und Bulgarien kämpfen, nach dem Sturz der Diktatoren, Oppostionelle gegen sozialistische Vorherrschaft der ehemaligen Kommunisten. Zwischen dem Territorium der Sowjetunion und des Westens, zwischen Bug und Oder entsteht ein Gürtel quasineutraler Staaten, der zusammen mit den neutralen und blockfreien Ländern Österreich, Schweiz und Jugoslawien ein Auseinanderrücken zwischen der Sowjetunion und den westlichen Völkern bedeuten könnte.

3. Die Lage in der Sowjetunion — Politische Eindrücke während einer Reise nach Moskau und Leningrad vom 19. bis 27.9.1990 —

Die innenpolitische Lage ist sehr angespannt, und jeder zweifelt — vom Taxifahrer bis zum höheren Funktionär, aber auch besonders die Bürger —, ob die Perestrojka politisch in dieser Form in der Sowjetunion noch durchgesetzt werden kann.

»Gorbatschow ist bereits Vergangenheit«, sagte eine intelligente Russin. »Er redet zuviel und handelt zuwenig, sein Spielraum ist begrenzt.« Dabei sieht jeder ein, in welch starkem Maße er unser Jahrhundert im außenpolitischen Bereich verändert hat.

Daß damit die deutsche Frage gelöst wird, begrüßen ohne Ressentiment alle Bürger der UdSSR. Hierbei sind sie verschiedener Ansicht im Hinblick auf die Haltung der Bürger in der DDR. Die politisch noch gebundenen Kreise bedauern den »Ausverkauf« der ehemaligen DDR und wollen das Votum in der Wahl vom 18. März dort nicht anerkennen. Die Demonstration von »Tieren« und die souveräne Entscheidung durch die Wahl wird nicht anerkannt, besonders von denen, die zynich die Herrschaft über das Volkals »Abgesandte« um jeden Preis erhalten wollen.

Auf meine Frage, ob das Volk nicht die Initiative in einer Revolution ergreifen würde, wurde mir geantwortet, daß die Menschen bereits so durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Schlange stehen und die Überbürokratie abgekämpft seien, daß die meisten Bürger der Sowjetunion resignierten, sogar die Jugend.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechtern sich von Tag zu Tag, nun sind sogar die Läden mit Brot und Lebensmitteln leer, ganz geschweige Textilien, Schuhwerk und andere notwendigen Bekleidungsstücke noch zu erhalten. Üerall stehen lange Schlangen an.

Sowohl die Bürger der Sowjetunion als auch ausländische Diplomaten fürchten, daß die Wirtschaft in der Sowjetunion zusammenbricht. Man spricht von einem halben Jahr bis längstens zwei Jahren. Man hat bereits vor dem jetzigen Winter Angst.

Nach den Gründen befragt, antworten die meisten, daß es möglicherweise nicht nur die Bürokratie, sondern auch die Sabotage der Millionen Funktionäre sei, welche Besserungen verhindern würden. Das bezieht sich sowohl auf den Transport von Lebensmitteln (beispielsweise die Spende der Bundesregierung Kohl vor einem Dreivierteljahr) als auch die Vernichtung von Lebensmitteln, (ca. 4o—6O Prozent) gehen auf den Transporten verloren oder verderben durch zu lange Standzeiten.

Der Direktor eines großen Verlagshauses der Sowjetunion nannte als Grund, daß man alte Srukturen zerschlagen hätte und keine neuen Strukturen mit Effizienz an ihre Stelle getreten seien. Hierdurch würden viele aussichtsreiche Joint-Venture-Geschäfte nicht zustandekommen. Zu langer Zeitbedarf, zuviel Demokratie, kein Wagemut.

Das Management in der Sowjetunion ist auf allen Gebieten — z.B. in Hotels, bei Behörden, im Handelsbereich, bei den Industrieunternehmen — so unterentwickelt, daß hier noch ausländische Hilfe wirksam sein könnte.

Gemeinsame Aktivitäten besonders mit den deutschen, aber auch mit den anderen Mitgliedern der europäischen Gemeinschaft wären stark erwünscht. Sie müßten aber so sein, daß der ausländische Einfluß so sei, daß auch eine Kontrolle darüber bestünde, was mit den Produkten, Nahrungsmitteln usw. geschehen wird. Das heißt eine Kontrolle bis zum Verbraucher ist notwendig.



Friedensstifter? Revolutionär? *»Gorbatschow ist bereits Vergangenheit. Er redet zuviel und handelt zuwenig.«*

Bestimmte aktive Gruppen in gemeinsamer Zusammensetzung zwischen Russen und Deutschen wären sinnvoll auf allen Gebieten, von der Frage der Rationalisierung angefangen bis zu Transportproblemen, Joint Ventures und umfangreichen Wirtschaftshilfen.

Die Rüstungskonversion ist Thema Nr. 1 in der Sowjetunion. Im Hinblick auf die außerordentlich eingeschränkten Mittel wird diese Konversion nur funktionieren, wenn sie mit Hilfe und zum Teil auch materieller Unterstützung in Form von Regierungsvorhaben durchgeführt werden könnte.

Ein anderes Problem ist die Umellung der Streitkräfte und der Rüungsindustrie auf zivile Aufgaben. Hierzu werden besonders Vorschläge in einem anderen Teil des Berichts entwickelt.

Ich habe allen Gesprächspartnern die Frage gestellt, was werden würde, wenn die Perestrojka zusammenbricht und zum Teil durch Unruhen wie im Süden der Sowjetunion die Instabilität und die Versorungsschwierigkeiten der Bevölkerung zunehmen würden. Eine Antwort konnte ich selbstverständlich von keinem erhalten. Der KGB wird nicht mehr für so einflußreich gehalten, um die Ordnung wiederherzustellen. Die Armee wird für mächtig genug gehalten, um dies erreichen zu können, aber jeder fürchtet sich vor einer Militärdiktatur. Jeder weiß aber, daß es keinen Weg zurück gibt, das heißt also Marktwirtschaft und Perestrojka, die einzige Möglichkeit sind, um die Überlebensfähigkeit der Sowjetbürger zu erhalten. Dieser Überlebensfähigkeit sollte man kurzfristig alle Unterstützung zugute kommen lassen. Von ihr hängt auch das Schicksal Deuschlands und darüber hinaus der anderen Europäer weitgehend ab.

Die Lage ist verzweifelt und außerordentich kritisch. Viele westliche Investoren ziehen bereits ihre Anteile zurück. Durch Hamsterkäufe ist der Markt leergefegt. Mit Sicherheit werden Waren im großen Umfang bis zu einer Währungsreform zurückgehalten. Wie diese Lage aber aussehen könnte, das weiß niemand. Aktivitäten hierfür sind nicht zu erkennen.

Sowohl den gemäßigten Vorschlägen der Regierung Ryschkow als auch den radikalen Verstößen Schalapins werden keine Chancen eingeräumt. Manche glauben, eine Umstellung auf freiheitliche und marktwirtschaftliche Verhältnisse würden Generationen beanspruchen. Dem schließe ich mich nicht an, falls es gelingen sollte, einen operativen Plan so zu entwickeln, der das Überleben der Sowjetbürger für die nächsten zwei Jahre garantieren sollte. Hierfür sind jedoch im westlichenBereich wenig Aktivitäten zu erkennen. Es ist ein Teufelskreis; während auf der einenSeite Margret Thatcher z.B. und die USA ablehnen, in ein »Loch« zu investieren, wird auf der anderen Seite ohne Investition

eine Stabilisierung der sowjetischen Verhältnisse nicht möglich sein.

IV. DIE SICHERHEITSLAGE IN EUROPA

Gespräch mit dem Befehlsinhaber der vereinigten Streitkräfte der Warschauer-Vertrags-Staaten, Armeegeneral Lobow, am 20.9.1990 in seinem Hauptquartier in Moskau

General Lobow äußerte folgende Ansichten:

— In Zukunft kommt es darauf an, nach dem Generalvertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, engere Beziehungen zwischen beiden Ländern zu schaffen. Das beträfe die Definition einer neuen Strategie, der Operationsführung, der Taktik, Technik und der Strukturen. Besondes auch müßten sich beide Seiten auch über die »Konversion« unterhalten und diese fördern.

— Er sagte: »Die Konversion beginnt in den Herzen und Hirnen der Soldaten.« Das sei eine große Herausforderung der Soldaten in der Truppe für die Durchsetzung dieser Ideen. »Soldaten sind Menschen in Uniform.« Es müsse darauf ankommen, sie neu zu motivieren und ihnen die Angst vor der Umstellung auf die neuen Verhältnisse zu nehmen.

— In diesem Zusammenhang müsse die Politik, der die Soldaten in der Sowjetunion immer loyal gefolgt seien, ihre Aufgabe erkennen und sie nicht nur zu nutzen und auszunützen , sondern auch zu unterstützen. Das sei ein internationales Problem, das alle Armeen betreffe. Das gelte auch materiell für die »Konversion« im Rahmen der internationalen Abrüstung.

— Die Sowjettruppen auf dem ehemaligen Gebiet der DDR seien isoliert. Es komme deshalb darauf an, mit allen Mitteln einen Kontakt mit der Bundeswehr herzustellen.

— Er forderte mich zu einem baldigen neuen Gespräch mit folgenden Themen auf:

- Motivation der Soldaten
- Gedankenaustausch über gegenseitige Sicherheit und Instrumente in einer europäischen Friedensordnung
- Gedankenaustausch über strategische, operative, taktische, technische und strukturelle Fragen
- Vorschläge für die deutsche Unterstützung der Repatriierung der sowjetischen Truppen in der Bundesrepublik
- Mit welchen Mitteln und Organen könnten in Zukunft direkte Kontakte zwischen der Bundeswehr und der sowjetischen Truppen in der Bundesrepublik hergestellt werden?

Langfristige Perspektiven sowjetischer Sicherheitspolitik

In einem gemeinsamen Buch »Revolution der Sicherheit« (welches im Frühjahr 1991 in deutsch und russisch erscheinen wird) gibt mein Mitautor Oberst a D. Professor Dr. Daniel Proektor folgende Anregungen:

1) Mögliche Varianten

Unser Sicherheitsproblem kann nur in einer langfristigen Perspektive im Rahmen unserer gesellschaftlichen Probleme betrachtet werden. Das ist ein Problem von Generationen, denn die heutige Gesellschaft wird nicht in der Lage sein, einen so schnellen Wandel herbeizuführen. Sie kann bestenfalls nur Grundlagen für den Übergang in eine neue Gesellschaft schaffen. Hierzu braucht sie mindestens 5—7 Jahre. Ich glaube, erst die dann folgende Generation kann die Umwandlung unseres Staates verwirklichen. Auch hierzu wird sie 10—15 Jahre brauchen. Allerdings kann die Sicherheitspolitik diese langfristige innere Entwicklung überholen.

2.) Die Entwicklung der politischen Strukturen in der Sowjetunion

Ich halte vier Varianten für möglich:

A Die unitäre Struktur mit föderativen Elementen.

B Eine gemischte Sruktur, in welcher unitäre, föderale und konföderale Strukturen zusammengefaßt werden.

C Die Konföderation.

D Die Zersplitterung und Auflösung der Sowjetunion.

Ich halte die Varianten B und C für wahrscheinlich.

Die Hauptbedrohung der UdSSR sehe ich in der inneren Bedrohung, besonders durch nationale und ökonomische Erschütterungen und Krisen sowie auch Bürgerkriege in einzelnen Regionen und die zunehmende Kriminalität. Das sind die wesentlichen Bedrohungen. Darüber hinaus gibt es natürlich auch Bedrohungen von außen her. Das sind besonders die Nord-Süd-Konflikte, die zunehmenden Religions- und Stammesfehden, die Ausbreitung des Fundamentalismus, zunehmende Übervölkerung der Welt, Umweltkatastrophen und Verknappung der Ressourcen.

Die drei Möglichkeiten sowjetischer Sicherheitspolitik

1. Stufe

Abzug sowjetischer Truppen aus Ost- und Zentral-Europa und die Herstellung der Stabilität in diesen Regionen.

Die Verwirklichung der sowjetischen Militärreformen (z. B. Berufsstreitkräfte). Bei dieser Vorstellung muß man die oben geschilderten Varianten der strukturellen Entwicklung der Sowjetunion berücksichtigen. Bleibt es bei der Mischung zwischen unitärer und föderalistischen Strukturen dann werden wir das Grundkonzept der Streitkräfte prinzipiell verändern müssen.

Kommt es zu einer Trennung der Republiken, welche dann nur noch lose mit der Sowjetunion verbunden sein können, dann wird man unterscheiden müssen zwischen einer Berufsarmee einerseits, welche die Sicherheit nach außen gewährleisten muß, und Milizen der Föderativen andererseits, welche deren innere Sicherheit schützen sollen. Die russische Föderation als Kern dieser zukünftigen konföderativen Verbindung ist möglich.

2. Stufe

Eine mögliche Einbindung der Sowjetunion in den Prozeß der europäischen Integration auf der Grundlage der KSZE-Prozesses.

Hierzu schlage ich die von Löser dargestellten Instrumente einer europäischen Union vor. Hierzu müßte ein gesamteuropäischer Vertrag über eine Sicherheitsunion geschlossen werden. Hier könnte man auch an die Bildung subregionaler Sicherheitszonen denken. Solche Zonen könnten sein: der Mittelmeerraum, Süd/Ost-Europa, Nord-Europa, Zentral-Europa, Kaukasus u. a.

In dieser Etappe könne es drei große Sicherheitsgebiete geben:

1. EG
2. Die Sowjetunion
3. Die Länder Nord-, Mittel- und Osteuropa. In dieser Zone dürften nur Streitkräfte mit geringerer Mechanisierung vorhanden sein. Eine besondere Kontrolle dieser Zone wäre empfehlenswert.

3. Stufe

Diese Stufe stelle ich mir zu Beginn des nächsten Jahrtausends vor. Ich nenne dieses System KONTINENTAL-ATLANTISCHES SICHERHEITSBÜNDNIS ZWISCHEN KALIFORNIEN UND DEM URAL.

Dieses System stelle ich mir so vor:

Die Blöcke werden aufgelöst.

Eine sicherheitspolitische Gemeinsamkeit zwischen den USA, Kanada, Zentral-/Mittel-Europa und der UdSSR.

Bildung gemeinsamer Streitkräfte unter einem Kommando, insbesondere für die Bereitstellung von Truppen unter die Vereinigten Nationen in Krisenfällen.

Ein System von Institutionen für den gesamten Raum. In diesem Raum wird es nationale Streitkräfte nur zur Selbstverteidigung auf niedrigstem Niveau ohne Atomwaffen geben.Diese stelle ich mir mit see- und luftgestützten Trägern auf sehr niedrigem Niveau vor.Allerdings nur solange, bis Drittländer außerhalb dieses neuen großen Bündnisses über solche Massenvernichtungsmittel verfügen.

In diesem neuen System wird Übertragung nationaler sicherheitspolitischer Souveränitätsrechte an diese supernationale Instanz erforderlich sein. Das bedeutet den allmählichen Übergang von einer nationalen zu einer inernationalen Verfügung über Streitkräfte der industriell entwickelten Länder der nördlichen Hemisphäre. Dabei geht es um die Verflechtung von Nationalstaaten in einem übergeordneten System industrieller Institution der Sicherheitspolitik.

WANDEL DER NATO-STRATEGIE

Auf der Basis ihrer früheren Grundlagen mit der »Londoner Erklärung« des NATO-Gipfels vom 5. Juli 1990 wurde ein grundlegender Wandel der seit 23 Jahren geltenden Strategie eingeleitet. Der Sowjetunion wurde angeboten, die Beziehungen auf eine wesentlich neue Grundlage zu stellen. Die wichtigsten Elemente der Londoner Erklärung sind:

— Ein genereller Gewaltverzicht und die Bereitschaft in einer »feierlichen Erklärung« diesen in einem Abkommen zu verbriefen.

— Verzicht auf die Strategie der bisherigen »Vorneverteidigung« mit Änderungen der Struktur, des Umfanges und der Stationierung von Streitkräften.

— Wandel der Strategie der »Flexiblen Reaktion« mit einer veränderten und sehr reduzierten Bedeutung der Nuklearwaffen. Dem ursprünglichen »First Use«, also die Drohung frühzeitig nukleare Mittel einzusetzen, steht nun der »Last Use« entgegen. Das heißt , daß nunmehr nukleare Mittel als letzte eingesetzt werden sollen. Die Folge wird sein, daß sogenannte nukleare »Gefechtsfeldwaffen« (wie nukleare Artillerie) wegfallen sollen; eine Forderung , welche die Deutschen als erste erhoben hatten (Zitat Dr. Dregger CDU:»je kürzer die Reichweiten, um so deutscher ist die Zerstörung«).

— Angebot einer Institutionalisierung, Kooperation mit den Ländern des Warschauer Vertrages.

— Vorschlag, diese Institutionslisierung auch auf die KSZE als wichtiges Merkmal einer europäischen Sicherheitsordnung zu übertragen.

Wesentliches Merkmal der »Londonder Erklärung« war auch, mit den Warschauer Vertragsstaaten diplomatische Beziehunen zur NATO aufzunehmen. Der folgende Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnase beim Generalsekretär der NATO in Brüssel und dessen Gegenbesuch im Sommer 1990 in Moskau waren die ersten Signale einer solchen diplomatischen Annäherung.

Ohne die Londoner Erklärung wäre mit Sicherheit die Zustimmung des sowjetischen Präsidenten zum Verbleib eines geeinigten Deutschlands anläßlich des Besuches des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl im Kaukasus nicht erfolgt.

VERÄNDERUNGEN DER SICHERHEITSPOLITISCHEN LAGE IN MITTELEUROPA

Mögliche Lageentwicklung

I. Abrüstungsprozeß

1. Schritt der Truppenreduzierungen

Nach erfolgreichen Ergebnissen der Wiener Abrüstungsverhandlungen sollen gleiche Obergrenzen nach dem NATO-Vorschlag in drei Etappen erreicht werden.

1. Etappe: asymmetrische Reduzierungen bis auf einen Gleichstand mit weniger als 10 bis 15 Prozent der bisherigen Truppenstärken

2. Etappe: weitere Reduzierungen um 25 Prozent

3. Etappe: Strukturmaßnahmen zur Verteidigungsfähigkeit derGroßgeräte von innen nach außen (8 000 bis 20 000 Panzer jede Seite).

II. Angekündigte Truppenreduzierungen der USA und der UdSSR

2. Schritt der Truppenreduzierungen

USA:

Reduzierungen um 250 000 Soldaten hat US-Verteidigungsminister Cheny gegenüber dem deutschen Verteidigungsminister Stoltenberg am 28.11. 1989 nach erfolgereichen Wiener Verhandlungen angekündigt. Diese Zahlen sind nochnicht bestätigt (Quelle: DIE WELT vom 29.11.1989).

UdSSR:

Abzug aller sowjetischen Soldaten von fremden Territorien in einem Umfang von 627 000 Soldaten (aus der ehemaligen DDR 380 000 Soldaten) bis zum Jahre 2000 versprach Vize-Außenminister Wladimir Petrowski bei einer Pressekonferenz in New York am 15.12.1989. Das bestätigte Außenminister Schewardnadse in einem Brief an den UNO-Generalsekretär mit folgendem Satz: Sein Land sei entschlossen, »keinen einzigen Soldaten mehr im Ausland zu haben«. (Quelle:BILD vom 16.12.1989).

Inzwischen hat der sowjetische Präsident den Abzug der ca. 380 000 Soldaten sowjetischer Truppen auf dem ehemaligen Gebiet derDDR innerhalb von vier Jahren angekündigt. Angesichts der großen Schwierigkeiten einer solchen »Repatriierung« im sozialen, logistischen und infrastrukturellem Bereich kann dieser Abzug nicht ohne deutsche Hilfe vor sich gehen. Wir werden deshalb solche Hilfsmaßnahmen vorschlagen. Im Rahmen der 2+4-Verhandlungen hat sich die



Bundesrepublik verpflichtet, hierfür eine Finanzhilfe von 13 Milliarden DM zur Verfügung zu stellen.

III Perspektiven der Bundeswehr
Im Annäherungsprozeß der beiden deutschen Staaten verloren die beiden deutschen Armeen ihre Bedrohungsperspektiven in ihrem Bündnissen. Ab 3. Oktober verschmolzen beide Armeen.

IV. ROLLEN DER Bündnisse 1990
Nach Auffassung des ehemaligen Stellvertretenden Befehlshabers SHAPE, General a.D. Schmückle, wäre in dieser Lageentwicklung die NATO überholt. (Quelle: DIE WELT vom 29.1.1989). Die westlichen Verbündeten forderten die Aufrechterhaltung der NATO als stabilisierenden Faktor. BEIDE SEITEN SIND SICH EINIG DARÜBER, DASS DIE BÜNDNISSE GERADE IN DEN ZEITEN DES WANDELS UND DER DURCH DIE PROZESSE IN OSTEUROPA BEDINGTEN INSTABILITÄTEN ZUR AUFRECHTERHALTUNG DER BALANCE IN MITTELEUREOPA ENTSCHEIDEND SEIEN.
Das setzt neue Aufgaben für beide Bündnisse voraus: Politische Qualitätsverbesserung für eine Überwachung der Ausgewogenheit in und zwischen den Bündnissen und des Abrüstungsprozesses.

V. Gäbe es in Zukunft gemeinsame Strategien und operative Verteidigungskonzepte?
Während Gorbatschow seine Zustimmung gab, daß nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten der neue deutsche Staat der NATO weiter angehören könnte, wobei keine NATO-Truppen in der ehemaligen DDR stationiert sein dürften (auch keine ABC-Waffen), löst sich das Bündnis der Warschauer-Vertrags-Staaten allmählich auf, nachdem die wichtigsten Partner— DDR, Ungarn und die CSFR — das Bündnis verlassen wollen und die bisherigen sowjetischen Truppen dort abgezogen werden. Es muß also in Zukunft darauf ankommen, in einer neuen Zusammenarbeit im Rahmen einer europäischen Friedensordnung bilateral und im KSZE-Prozeß neue Wege zu finden.

Gemeinsame Strategien ausschließlich defensiver Optionen ohne gegenseitige Invasionsfähigkeiten müssen gefunden werden. Über Mitteleuropa hinaus kommt es sogar darauf an, gemeinsame Streitkräfte im UNO-Rahmen zu bilden, welche gemeinsame Gefahren für die Versorgung und die Sicherheit der Mitteleuropäer verhindern sollten. Die Krise am Persischen Golf ist ein gutes Beispiel hierfür. Für eine direkte Zusammenarbeit werden folgende Vorschläge entwickelt:

1. Bildung des von Gorbatschow vorgeschlagenen Krisenstabes (Zentrales Kommittee in Berlin) zur Koordinierung derGeneralstäbe
2. Bildung gemeinsamer Sicherheitsakademien für Sicherheits-, ökologische und Katastrophenfragen
3. Verbindungsstäbe zu den nationalen Generalstäben
4. Truppenaustausch und gemeinsame Manöver
5. Gegenseitige Hilfe bei terroristischen Aktionen
6. Gemeinsame Prinzipien und gegenseitige Hilfen bei Rüstungskonversionen, Beseitigung von militärischem Maerial (Munition, chemische Kampfstoffe und militärisches Gerät)
7. Zusammenarbeit der Flotten und Luftwaffen, gemeinsame Aufklärung im Weltraum sowie gemeinsame Weltraumprogramme
8. Entwicklung gemeinsamer defensiver Doktrinen und strukturentechnisch-taktische Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Abwehrsystemen.

DAS KONZEPT DER GEGENSEITIGEN SICHERHEIT
Gegenseitige Sicherheit bedeutet, daß kein Volk z.B. in Mitteleuropa sich von einem anderen Volk bedroht fühlen kann.

Gegenseitige Sicherheit beruht nicht nur auf gleichen defensiven militärischen Optionen, sondern vor allem auf allen politischen, wirtschaftlichen, ökonomischen und besonders humanitären Faktoren.

In einem System gegenseitiger Sicherheit sollen alle Menschen ungehindert ihre Gedanken und Informationen austauschen und in Freiheit ihre Menschenrechte wahrnehmen dürfen.

Alle Völker und ethnische Gruppen sollen ihre Verfasssung selbst bestimmen können und keiner Großmacht unterworfen sein. Der föderalistische Gedanke muß dezentrale Strukturen gewinnen können.

Gegenseitige Sicherheit bedeutet einen Prozeß einer umfassenden Entspannung und einen verstärkten Dialog im Ost-West-Verhältnis.

Gegenseitige Sicherheit muß zu einer europäischen Friedensordnung in einem europäischen Haus führen, welches unter dem KSZE-Prozeß mit gemeinsamen Instrumenten für die Kooperation für Sicherheit, Krisen- und Katastrophenbeherrschung, wirtschaftlichem Ausgleich und ölologischer Vorsorge sich zum Wohle aller Menschen entwicklen kann.

Gegenseitige Sicherheit bedeutet militärisch, daß durch Abbau der Asymmetrien der Streitkräfte, bei der Berücksichtigung der geopolitischen Asymmetrien(USA), ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Streitkräften sich so entwickeln kann, daß gegenseitige Invasionen und Bedrohungen ausgeschlossen sein können.

Gegenseitige Sicherheit ist nur im Zusammenhang der Ausgewogenheit der Interessen und Kräfte denkbar. Hier müssen gemeinsame Überlebensstrategien entwickelt werden, welche auch den bedrohten Menschen und der Natur in der Dritten Welt gewachsen sind.

Nur im Einklang mit dem KSZE-Prozeß und den Maßnahmen der Vereinten Nationen kann gegenseitige Sicherheit auf Dauer in der »Weltgemeinschaft« (Gorbatschow) von Dauer sein.

Nur der Wille jedes Einzelnen und die Tatkraft der Politiker in den Demokratien kann zur gemeinsamen Sicherheit führen.

Vergessen werden dürfen nicht die Soldaten, bei denen der Abrüstungsprozeß zu drastischen Opfern führen wird.

Jochen Löser
Geboren 1918 in Weimar in Thüringen. 1936 mit dem Reifezeugnis als Fahnenjunker in Brandenburg/Havel beim Infanterieregiment 68 Dienst als Berufsoffizier in der Wehrmacht. Teilnahme am Frankreich-, Balkan- und Rußlandfeldzug als Batallionsadjutant und Regimentsadjutant, schwere Verwundung als Bataillionskommandeur in Stalingrad. 1956 Eintritt in die Bundeswehr. 1974 Ausscheiden als Divisionskommandeur.
Wichtigste Buchveröffentlichungen: Terrorismus (mit Franz Wördemann), Weder rot noch tot (mit Harald Anderson), Neutralität für Mitteleuropa, Das Ende der Blöcke (mit Ulrike Schilling), Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen (mit Alphart von Horn).
In Vorbereitung Frühjahr 1991: Revolution der Sicherheit — Dialog der deutsch-sowjetischen Annäherung (mit Prof. Dr. Oberst a.D. Proektor), Universitätsverlag München, russisch bei APN / Nowosti, Moskau.



Land der unbegrenzten Möglichkeiten Zeichnung: Horst Haitzinger

Hans Rustemeyer

Weltmacht Bundesrepublik?

Was Deutschland für einige Völker tun kann

Der Sowjetkoloß ist auseinandergebrochen. Was gestern noch eine Supermacht schien, erweist sich heute als ein technisch zurückgebliebenes, wirtschaftlich desorganisiertes Chaos von einander befehdenden, zumindest auseinanderstrebenden Völkern, die Lenindenkmäler stürzen und ihre Nationalfarben hissen.

Die Tage der USA als Supermacht sind gezählt. Uncle Sam lebt auf Pump. den er überall in der Welt kassiert und nicht zuletzt den bedürftigen Staaten der Dritten Welt wegschnappt, ohne sich Gedanken um eine Rückzahlung zu machen. Der US-Haushalt ist ein unregulierbares Defizit. Demnächst wird der Präsident wohl mit der Frühstückspost die Nachricht erhalten, daß die Bank von Tokyo eine Hypothek auf das Weiße Haus erworben hat.

Moskau hat in Afghanistan die Niederlage erlitten, die seinen Weltherrschaftstraum als Illusion entlarvte. Washington hat zwar einen Sieg über den Irak erringen können, aber daß die USA hier kämpfen mußten, ist Folge ihrer Schwäche: Es ging, wie George Bush sagte, um ihren *Way of life*. Amerika muß, um zu überleben, seine Hand auf alle Bodenschätze der Erde legen. Es ging ums Öl, nicht um den Aggressor Saddam — wo hätte der GI in den letzten zehn Jahren nicht überall schießen sollen, wenn es galt, einen Angreifer zu stoppen? In Grenada hätte er schließlich die MP auf sich selbst richten müssen ... Die Phrase zum Schutz der Demokratie war diesmal ja leider nicht zu verwenden angesichts des diktatorisch regierenden kuwaitischen Königs.

Zweierlei lehrt der Konflikt am Golf: Die USA, die Korea und Vietnam mit nur symbolischer Hilfe ihrer Verbündeten in den Griff zu kriegen hofften, kommen nun ohne Geld und Truppen der NATO-Partner — besonders der Bundesrepublik — nicht aus. Das Grundgesetz, vielgepriesenes Heiligtum der Bonner Koalition, soll geändert werden. *»The Germans to the front!«* Dies ist die eine Lehre. Die andere lautet: Die Schlacht um die letzten Reserven der Erde ist entbrannt. Die ökologische Weltkrise wird offenbar.

Wie soll Deutschland sich verhalten? Soll Michel, wie Kohl es wünscht, als Hilfssheriff neben Uncle Sam durch die Welt marschieren und aus den Ressourcen schöpfen, die ihm der große Bruder überläßt? Psycholo-

gisch sind die Deutschen genau darauf vorbereitet: Ein Volk, das sich seiner unbewältigten Erbsünde und Erbminderwertigkeit stets bewußt ist, muß sich geradezu freuen, Gottes eigenem Land beistehen zu dürfen und endlich, endlich auf Calvins Seite zu sein. Und schließlich wird es sich ja für die rohstoffarme Bundesrepublik lohnen ...

Beifall von rechts! Nicht nur die CDU ist einverstanden, auch die Republikaner woll(t)en ihren Anteil an der »Weltverantwortung« übernehmen. Bietet sich hier doch die Chance, wenigstens zweite Weltmacht zu werden, nachdem die Sowjetunion zur *quantité négligeable* herabgesunken ist. Und vielleicht, vielleicht, die Amis sägen ja munter an dem absteigenden Ast, auf dem sie sich kaum halten können, vielleicht, bei unserer Wirtschaftskraft ...

An dieser Stelle stoßen wir auf das, was ich das Boris-Becker-Syndrom nennen möchte. Die anderen sind *God's own country, Grande nation, Lord of the seas, Auserwähltes Volk.* Wir wagen kaum, unsere Nationalhymne zu singen. Das unterdrückte Nationalgefühl will irgendwo durchbrechen, an ganz harmloser Stelle möglichst — im Sport möchten wir die ersten sein; wenn wir schon nicht Bismarck verehren dürfen, so doch sicher Boris. Und wer kann böse sein, wenn wir schiedlich-friedlich unseren Wohlstand mehren, statt einer Militärparade eine Industriemesse zelebrieren? Daß Mitterand und Thatcher gerade das fürchte(te)n — Maggies Widerstand gegen die deutsche Einheit beweist es ebenso wie der Versuch des französischen Präsidenten, die Wiedervereinigung durch aufwertenden Besuch beim Genossen Modrow zu verhindern. Ob wir *»Deutschland über alles«* oder *»Sah ein Knab ein Röslein stehn«* singen, stört den gallischen Hahn so wenig wie den britischen Löwen, wenn sie nur mächtiger sind als der Reichsadler. Nicht der Uniform Wilhelms II. ängstigte sie, sondern das *»Made in Germany«*.

Sollen wir Deutsche, vielleicht im Gefolge George Bushs und im Geist Wilhelms II., unseren Platz an der Sonne erkämpfen? Oder hat Deutschland in der Welt von heute andere Pflichten?

Neben dem Marxismus-Leninismus, der die Natur zerstört, um den wirtschaftlich widersinnigen Plan zu erfüllen, und dem Liberalismus-Kapitalismus, der alle Bodenschätze besitzen muß, um den Profit zu maximieren, und doch knappes Öl vergeudet, indem er die Meere verpestet — neben diesen beiden umweltverderblichen Ideologien gibt es, besonders in Deutschland, einen naturfeindlichen Konservatismus-Nationalismus. Die Parole *»Mein Auto fährt auch ohne Wald«*, kein Zweifel, kommt aus der rechten Ecke, die Schweizer Autopartei verehrt nicht ohne Grund Franz-Josef Strauß, und das Umweltprogramm der Republikaner besteht zum großen Teil aus einer Lobhudelei des Autos, des großen Land- und Luftverbrauchers. Auch dies ist Teil des Boris-Becker-Syndroms, die Blechkarre als Symbol der Weltmeisterschaft im Export, ein Symbol, mit dem der geistig kleine Mann protzen kann. Neben ihm spielen heimatliche Landschaft und Kulturdenkmäler keine Rolle mehr.

Der naturfeindliche Nationalismus steht also im Gegensatz zum Patriotismus, zur Tradition, zu allen konservativen Werten. Er will nationale Größe in *the American way.* Er sagt ja zu Atomenergie und Industriegigantismus. Damit sagt er nein zur Zukunft des eigenen Volkes und der anderen Völker. Er erstrebt weiteres Wirtschaftswachstum, das heißt mehr Verbrauch an Rohstoffen und zunehmende Umweltverderbnis — angesichts eines geplünderten und aus dem ökologischen Gleichgewicht geratenen Planeten. Und wenn die Staaten sich um die letzten Rohstofflager in blutige Fetzen reißen — er wird dabei sein, und zwar diesmal auf der moralischen Seite.

Deutschlands Rolle soll aber eine friedenstiftende sein. Wir müssen einen anderen Weg einschlagen.

Es ist an der Zeit, unsere Wirtschaft nach ökologischen Gesichtspunkten umzurüsten. Steuerliche Maßnahmen sollen die Rationalisierung von den Arbeitsplätzen auf den Verbrauch von Rohstoffen, Wasser und Luft sowie auf die Verminderung des Mülls umlenken. Mit dem Energiesparen muß endlich angefangen werden, Wärmedämmung in allen Häusern bringt Arbeit für viele Jahre. Die öffentliche Personen- und Güterbeförderung, insbesondere die Bundesbahn, ist auf Kosten des Autos und des Straßenbaus zu begünstigen. In der ehemaligen DDR ist dafür zu sorgen, daß die Investoren auf die Industriebrache und nicht auf die grüne Wiese gehen. Unsere Finanzkraft soll nicht länger in Milliardengräber investiert werden, als da sind AKW, Schneller Töter, Kernfusion, bemannte Weltraumfahrt, auch wenn sie der Weltgeltungssucht schmeichelt, laut Riesenhuber *»Selbstbewußtsein, Motivation, Glanz«* bringt und sonst — gar nichts: Die oft genannte Teflonpfanne geht auf ein Patent von 1938 zurück, der Nierensteinzertrümmerer stammt überwiegend aus der Wehrtechnik. Die wenigen Fälle, in denen Raumfahrt-Know-how in andere Wirtschaftssektoren gelangte, berührten nur einen Jahresumsatz von lächerlichen 540 Millionen Mark und 2 700 Arbeitsplätze. Bei der Vielzahl der Erfindungen, die jährlich gemacht und überwiegend gar nicht genutzt werden können, ist eine scharfe Auswahl unter dem Gesichtspunkt der Umweltfreundlichkeit zu treffen, staatliche und private Mittel sind umzuwidmen zugunsten von Verfahren, die erneuerbare Energiequellen erschließen oder rationeller machen; so könnte z.B. das Patent für Speicherung von Sonnenenergie noch verbessert werden. Durch Recycling im großen Maßstab soll eine neue Rohstoffquelle erschlossen werden — die Fülle der Aufgaben kann hier nur angedeutet werden.

Das alles allein wird jedoch nicht ausreichen: Der Bundesbürger darf seine Ansprüche nicht noch weiter hochschrauben. Er hat die Wahl zwischen etwas Bescheidenheit heute oder drückender Not morgen. Den Luxus, Scheinasylanten zu Hunderttausenden aufzunehmen, können wir uns auch nicht länger leisten: Oder wollen wir die Lüneburger Heide und die letzten Äcker mit Wohncontainern bepflastern? Obwohl die Gemeinden das Bleiberecht unerträglich nennen, will Nordrhein-Westfalens Innenminister Schnoor es langjährigen Asylbewerbern bewilligen. Das verstärkt den Ansturm noch! Ein Lump, wer mehr gibt, als er hat!

Auf den Einwand, wo denn unser Export bleibe, schließlich könnten wir nicht bloß von der Ausfuhr von Goethes Werken leben, liegt die Antwort wohl auf der Hand: In einer Welt abnehmender Rohstoffe und zunehmender Umweltverderbnis sind Verfahren zur umweltschonenden, rationelleren Nutzung eine interessante Ware. Schließlich könnten wir ein Modell für andere Länder werden; zeigen wir, daß ökologisches Wirtschaften möglich ist! Schon das Konkurrenzdenken wird viele Staaten uns folgen lassen.

Auch im eigenen Interesse werden wir anderen Völkern helfen müssen.

Aber Michel kann nicht mit der Gießkanne der Entwicklungshilfe über den ganzen Erdball laufen. Wir müssen Schwerpunkte setzen.

In Afrika, wo das Bevölkerungsproblem vielleicht durch Aids auf schreckliche Weise gemindert werden wird, ist die Lage zu unübersichtlich; möglicherweise verhindert die Krankheit jedes vernünftige Wirtschaften. Ähnliches könnte für Lateinamerika und Teile Asiens gelten.

Schon aus geografischen Gründen liegt uns Osteuropa nahe. Die Völker werden kaum ihre eben gewonnene Souveränität bei der EG in Brüssel abliefern wollen, auch wenn sie auf Hilfe angewiesen sind. Mit Deutschland können sie als gleichberechtigte Partner verhandeln. Polen darf nicht, weil arm, zur Müllkippe Europas werden — eine Entwicklung, die sich jetzt abzeichnet. In Rußland, dessen Patrioten durch Tschernobyl und die Verwüstung riesiger Gebiete das ökologische Denken gelernt haben, sollten wir nicht mit der Industrialisierung loslegen, sondern das Notwendigste zuerst in Angriff nehmen. Sobald private Landwirtschaft, vorwiegend mit Mittel- und Kleinbauern, möglich ist, sollte sie mit unserer Unterstützung ökologisch betrieben werden. Das Transportsystem, d.h. die Eisenbahn, bedarf der Renovierung und des Ausbaus, damit die landwirtschaftlichen Produkte zum Verbraucher gebracht werden können. Straßenbau ist nicht nur umweltschädlich, sondern auch unrentabel, weil die Straßen im herbstlichen Schlamm und Winterfrost schlecht befahrbar sind. Zudem kann niemand die Kosten für ein flächendeckendes Straßennetz aufbringen. Der Osten darf nicht in erster Linie Absatzmarkt für unsere Autoindustrie werden. Dezentrale Lebensmittelspeicher überall im Lande müssen helfen, die Versorgung zu sichern. Wir müssen schließlich dazu beitragen, Rohstoffe, besonders diejenigen Sibiriens, möglichst umweltschonend und rationell abzubauen und zu verwerten.

Auch hier kann die Fülle der Aufgaben nur angedeutet werden. Es gibt Arbeit genug. Packen wir sie an? Sie wird Jahrzehnte brauchen. Andere Staaten sind freundlichst zur Mitwirkung eingeladen.

Deutschlandpolitische Initiativen

Der **Bund der Vertriebenen** (BdV, Godesberger Allee 72, 5300 Bonn 2) hat die Bundesregierung aufgefordert, die Bemühungen zur Schaffung dauerhafter Lebensperspektiven der Deutschen in osteuropäischen Staaten zu intensivieren. BdV-Generalsekretär **Hartmut Koschyk** MdB erklärte auf einer deutschlandpolitischen Tagung der Deutschen Burschenschaft in Berlin, daß die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichten, um die Aussiedlungswelle zu stoppen. Koschyk bezifferte die Zahl der bis heute in osteuropäischen Staaten lebenden Deutschen mit 3,5 Millionen, die sich nach seinen Angaben auf 800 000 bis 1 Million Deutsche in den Oder-Neiße-Gebieten, ca. 2 Millionen Deutsche in der Sowjetunion, ca. 250 000 Deutsche in Ungarn, ca. 150 000 Deutsche in der CSFR und noch 100 000 Deutsche in Rumänien aufgliedern.

Das Präsidium des BdV hat für das Jahr 1990 resümierend festgestellt:

»1. Die bisherige Reorganisation Deutschlands durch Zusammenschluß von West- und Mitteldeutschland hat nach Verfahren und Ziel noch nicht die freie Selbstbestimmung des ganzen deutschen staatsvolks vollendet.

2. Geschichtlich und geographisch kann man Mitteldeutschland nicht als Ostdeutschland bezeichnen.

3. Für die bei der Reorganisation Deutschlands nicht berücksichtigten Deutschen der Gebiete östlich von Oder und Neiße verlangen wir

a) soweit sie in der Heimat leben, ein Geflecht von klaren rechtlichen Regelungen im inner- und zwischenstaatlichen Bereich mit gemeinsamer deutsch-polnischer Garantie, in der Prtaxis und rechtlich, für eine umfassende Volksgruppenselbstverwaltung mit einem jederzeit wirksamen Schiedsverfahren;

b) soweit sie mit ihren Nachkommen aus der Heimat vertrieben wurden, die im friedlichen Wandel anzustrebende Verwirklichung des Rechtes auf die Heimat, in zukunftsorientierten europäischen Lösungen;

c) die deutsche Staatsangehörigkeit und ihre Vererbung muß allen Deutschen und deren Nachkommen, die sie legal besitzen und dies begehren, gewährleistet sein;

d) für alle Deutschen aus diesen Gebieten die freie Mitwirkung an den Strukturen eines ganz Deutschland einschließenden freien und engen gesamteuropäischen Staatenbundes, mit einem dauerhaften historischen Ausgleich zwischen den Völkern und Volksgruppen, unter Beachtung der frieen Selbstbestimmung.

4. Allen Deutschen, die von völkerrechtlichen Konfiskationen aus nationalen Gründen betroffen sind, ist der Rückgewähr- und/oder Entschädigungsanspruch unverzüglich zu gewährleisten.

5. Bund und Länder müssen für die vertriebenen deutschen, solange sie nichzt in ihrer Heimat leben, und für die Deutschen, die in der Heimat sich lange nicht frei entfalten konnten, für die immateriellen Verluste eine umfassende Alimentation ihrer Tätigkeit in wissenschaftlichen, religiösen, geistigen und sonstigen kulturellen Bereichen sicherstellen. Das Sonderopfer und die Wahrung der Identität von Millionen von ihrer Heimat getrennten oder dort gefährdeten Deutschen machen dies notwendig.«

Der Bundesvorstand des Bundes der Vertriebenen hat inzwischen einstimmig vorgeschlagen, Berlin möglichst umgehend zum Sitz von Regierung und Parlament zu machen.

*

Die **Deutsch-Europäische Studiengesellschaft** (DESG, Postfach 111927, 2000 Hamburg 11) befaßte sich auf einer Mitgliederversammlung mit der neu entstandenen Lage nach dem Beitritt der mitteldeutschen Länder zur Bundesrepublik Deutschland und billigte den Vorschlag einer Initiativgruppe zur Gründung einer *»Denkfabrik Europa der Völker«*. In dem Konzept ***»DENKEN um zu HANDELN für ein EUROPA der VÖLKER«*** heißt es:

»Die europäischen Nationen [...] müssen dem von Gorbatschow geforderten europäischen Haus eine Ordnung geben, die die massengesellschaftliche Entwurzelung der Menschen und Völker im Zeichen eines totalitären Egalitarismus radikal beendet. Nur so können dem industriellen Materialismus die politökonomischen Existenzbedingungen seiner Wachstumsideologie entzogen werden, ohne daß die effizienten Wirtschaftsstrukturen einer sozialen Marktwirtschaft mit ökologischer Regelung beeinträchtigt werden. Hier liegen, von Europa aus gesehen, die wesentlichen Ansatzpunkte, um die biologisch-ökologische Weltkrise in den Griff zu bekommen.

Es geht infolgedessen in der europäischen Hausordnung darum, daß das Menschen- und Völkerrecht auf jenen Punkt gebracht wird, wo die Identität und Integrität ökologisch verwurzelter, d.h. grenzgesicherter Völker als kulturell und politisch freier Nationen das umfassende Menschenrecht verfassen können. Europa muß in diesem Sinne als Föderation freier Nationen eine Vorbildrolle in der Welt spielen, die den massengesellschaftlichen Internationalismus als Verursacher der Lebenskrise überwindet.

Mit der Einheit Deutschland ist auch die föderative Formierung Europas als Gemeinschaft freier Nationalstaaten möglich geworden. Damit gewinnt das deutsche Volk seine Rolle zurück, um im Zuge der europäischen Wiedergeburt seinen Beitrag zu einer Neuen Aufklärung leisten zu können.«

Heinz-Siegfried Strelow

»Mächtige moderne Kulturbewegung entfacht«

Ein Portrait Ernst Rudorffs, des Begründers der Natur- und Heimatschutzbewegung

Die 1913 von dem Lebensphilosophen Ludwig Klages verfaßte Schrift »Mensch und Erde« gilt auch heute noch zu Recht als einer der wichtigsten Meilensteine auf dem Weg zur ökologischen Bewußtseinsbildung. In eben dieser Broschüre findet sich, gewissermaßen als mahnende Begründung für ein sorgsameres Verhältnis zur Natur und zu den ursprünglichen Kulturformen, eine sogenannte »Totenliste«, in der Klages all jene Tier- und Pflanzenarten, Landschaften und Kulturleistungen aufführt, die den »Segnungen der Zivilisation« bereits zum Opfer gefallen sind. Diese Liste schließt mit einem Verweis auf einen Vorläufer in dieser Mahnerrolle: *»Dies alles«*, schreibt Klages, *»wurde ja wieder und wieder, obgleich vergeblich, ausgesprochen, mustergültig schon 1880 durch den trefflichen Ernst Rudorff, auf dessen Aufsatz »Über das Verhältnis des modernen Lebens zur Natur« [...] wir jedermann ausdrücklich hinweisen wollen.«* Klages gehörte, als er diese Zeilen schrieb, dem »Deutschen Bund Heimatschutz« an, jenem Verband, der neun Jahre zuvor auf Betreiben Ernst Rudorffs gegründet worden war. Mehr noch als dieses Engagement hatte freilich das künstlerische Wirken des Komponisten Rudorffs dazu beigetragen, daß sein Name in den letzten Friedensjahren des deutschen Kaiserreiches nicht zu den Unbekanntesten zählte.



Um so erstaunlicher muß daher stimmen, daß Rudorff in unserer verbalökologisch so sensibilisierten Zeit fast völlig in Vergessenheit geraten ist. Außer eifrigen Philatelisten, denen die von der Bundespost zu Ehren des 150. Geburtstages Rudorffs herausgebrachte Marke ein Begriff sein mag, dürften die meisten Zeitgenossen nur mit einem Achselzucken antworten, wenn man sie nach dem »Begründer des Naturschutzes«, wie es lapidar auf dem Postwertzeichen heißt, fragt. Wer also war jener Mann, auf den die Wortschöpfungen »Naturschutz« und »Heimatschutz« sowie die damit verbundenen ersten Aktivitäten zurückgehen?

Ernst Rudorff wurde am 18.Januar 1840 in Berlin geboren. Seine Eltern gehörten zu den wohlgebildeten Bürgerschichten Berlins, in denen der Verkehr mit den bedeutendsten Geistern der Romantik selbstverständlich war. Der Vater Adolf Friedrich Rudorff hatte sich als Schüler Savignys und Jurist der »Historischen Schule« Ansehen erworben, während sich das Haus der mütterlichen Linie Pistor zu einem Zentrum schöngeistiger Treffen entwickelte, die auch durch Besuche Goethes, Eichendorffs und der Schleiermachers beehrt wurden. In diesem Fluidum wuchs der kleine Ernst heran. Ihm war es noch vergönnt, in Kindertagen Bekanntschaft mit Achim und Bettina von Arnim, mit Ludwig Tieck und den Brüdern Jacob und Wilhelm Grimm zu machen. Letzterer verehrte dem Knaben eine Ausgabe seiner Märchensammlung, versehen mit der Widmung »ein kleiner Spaß für den kleinen Ernst«.

Man mag die kindliche Zuneigung zu Sagen, Märchen und der Tier- und Pflanzenwelt als etwas Normales im menschlichen Reifungsprozeß ansehen, für den kleinen Ernst Rudorff sollten sie aber dauerhaft im Mittelpunkt seines Lebensgefühls und seiner seelischen Grundstimmung bleiben. Zweifellos hat der frühzeitige Umgang mit der Geisteshaltung der Romantik seinen Anteil daran, jedoch scheint bei dem heranwachsenden Knaben, der sich selbst in seinen Erinnerungen, die bezeichnenderweise den Titel *»Aus den Tagen der Romantik«* tragen, als ein wenig robustes und sportlich talentiertes Kind beschreibt, auch eine ausgeprägte persönliche Veranlagung vorhanden gewesen zu sein, die Natur mehr als nur oberflächlich zu erschließen und *»mit einer Art Ehrfurcht«* zu betrachten. In seinen Erinnerungen schildert Rudorff die *»bedrückende Abneigung«*, die er bei den elterlichen Spaziergängen am Stadtrand von Berlin empfand:

»Mein Vater ging gern einmal gegen Abend aus dem Halleschen Tor ins Freie. Die Stadt hatte mit dem Belle-Alliance-Platz ihr Ende. Die Natur sollte also anfangen. Man sah aber nichts als ein paar vereinzelte häßliche Häuser, magere Kornfelder, eine Reihe von Pappeln, den sogenannten Kreuz-

berg mit seinem kahlen, gelben Sandabhang und den träge dahinschleichenden Kanal. Mit einem unbesieglichen Trübsinn erfüllte mich jedesmal dieser Anblick. Ich suchte ihm nach Möglichkeit auszuweichen. — Der Heftigkeit solchen Widerwillens stand auf der anderen Seite die enthusiastische Liebe gegenüber, die meine Seele für unser Lauenstein mit seinen Bergen, seinen herrlichen Buchen- und Eichenwäldern empfand. Bis in die Dämmerung frühester Kindheit reicht dieses Gefühl innigster Anhänglichkeit.«

Lauenstein. Dieses kleine Dörfchen im südniedersächsischen Bergland bildete für Ernst Rudorff die eigentliche Heimat. Seine Eltern hatten hier ein stattliches Anwesen, die Knabenburg, erwerben können, die die Vorburg einer älteren Anlage war, von der nur noch die Ruinen oberhalb des Lauensteiner Tals existierten. Hier verbrachte die Familie Rudorff die Sommermonate. Der kleine Ernst durchstreifte dort die Wälder und ließ sich von der Vielfalt der zoologischen und botanischen Eindrücke fesseln, während seine Altersgefährten auf den Straßen des Dorfes herumtobten. So, wie ihn die Natur faszinierte, fühlte er sich auch zu den vielfach noch lebendigen Traditionen der Landbevölkerung hingezogen. Seine Schilderungen, etwa über den Anblick der herbstlichen Kartoffelfeuer auf den vom Abendlicht überfluteten Feldern, sind in gewisser Hinsicht bereits eine Vorwegnahme jenes späteren Denkens und Handelns, in dem Heimatverbundenheit, Romantik und Ästhetizismus zu einem unverwechselbaren Amalgam verschmolzen. Rückblickend hat Rudorff die Tage in Lauenstein als Quell seiner Weltsicht und seiner Betätigungsfelder charakterisiert:

»Der Fleck selbst aber, das Stück Erde, das den Schauplatz gab für all dies menschliche Tun und Treiben, Kommen und Gehen: es ist im wesentlichen dasselbe geblieben in seiner stillen Schönheit, und dieser Boden an und für sich war es auch in jener fernen Zeit vor allem übrigem was auf mein inneres Leben, mein Empfinden und Denken nährend und entwickelnd einwirkte. Hier durfte ich teilnehmen an jenen geheimnisvollen Vorgängen des natürlichen Lebens, des Wachsens und Vergehens, des Blühens und Welkens schon zu einer Zeit, wo die Seele noch halb im Schlaf liegt, und wenn sie da schon träumend Wunderbares empfängt, um wieviel Größeres erlebt sie, wenn sie nun wirklich mehr und mehr zu bewußtem Dasein erwacht.«

Seine ausgeprägte Sensibilität hatte den jungen Ernst Rudorff frühzeitig für musikalische Reize zugänglich werden lassen. Bereits als Zweijähriger soll er *»viele Lieder auswendig«* gekonnt haben und erhielt daraufhin im Alter von fünf Jahren Klavierunterricht. Mit acht Jahren erfolgten die ersten Kompositionsversuche und spätestens nachdem der jugendliche Rudorff 1854 Clara Schumann kennengelernt hatte, stand für ihn fest: er mußte Musiker werden. Ein erster öffentlicher Auftritt des 17jährigen wurde von der Berliner Presse günstig aufgenommen. Als Rudorff 1859 das Berliner Friedrichs-Gymnasium verließ, mußte er freilich auf Drängen des Vaters ein Theologiestudium antreten, was *»ohne die notwendige innerliche Freudigkeit«* geschah. Es erfolgte eine Auseinandersetzung mit dem Vater und schließlich konnte Ernst Rudorff durchsetzen, an das Leipziger Konservatorium überzuwechseln, allerdings unter der Bedingung, die theologischen und historischen Studien fortzusetzen. Von den Vorlesungen Treitschkes abgesehen, hatte der Student jedoch nur Ohren für die Musik. Nach Abschluß seines Studiums schien so eine freie Künstlerlaufbahn vorgezeichnet. Bonn, Hamburg und Köln waren kurzfristige Stationen auf diesem Weg, bis Rudorff 1870 schließlich an der neugegründeten »Königlichen Hochschule für Musik« in Berlin eine dauerhafte Anstellung fand. Als Leiter der Klavierabteilung sollte er hier bis zu seinem Abschied im Jahre 1910 wirken.

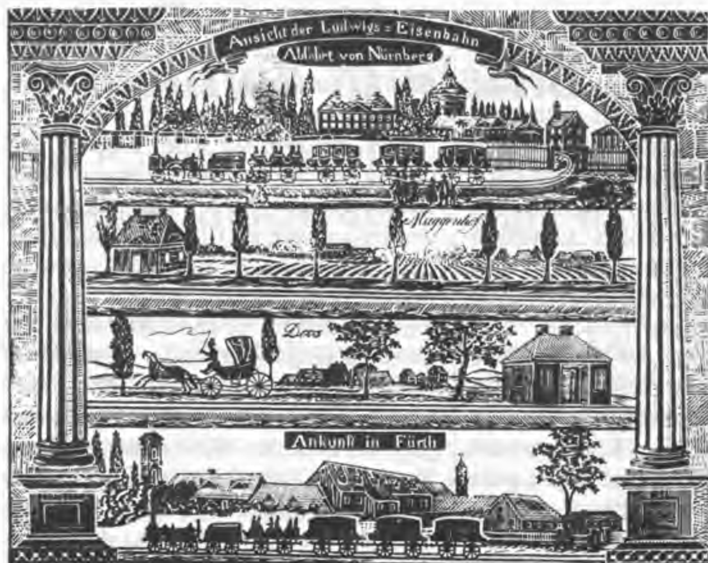
Das kompositorische Wirken Rudorffs soll im Zusammenhang dieser Betrachtungen nur am Rande gestreift werden, soweit es für die Skizzierung der Persönlichkeit Rudorffs notwendig ist. Daß sein Gesamtwerk, das neben drei Sinfonien rund 60 Lieder für einzelne Singstimme oder gemischten Chor umfaßt und musikalische Juwele wie den *»Gesang an die Sterne«* (op. 43) oder die 1866 herausgegebene Partitur zu Webers Oper »Euryanthe« birgt, in gleicher Weise wie sein heimatschützerisches Wirken dem Vergessen anheimgefallen ist, muß aber nachdenklich stimmen. Rudorffs Verhältnis zur Musik entsprach, wie bereits angedeutet, seiner ästhetischen Beziehung zur Natur. Letztlich waren beide Bereiche untrennbar miteinander verwoben. Rudorff vermerkte hierzu 1870 in seinem Tagebuch:

»Im allgemeinen läßt sich wohl der Eindruck der Instrumentalmusik am besten mit der Landschaft vergleichen; es ist kaum Freude und Schmerz zu nennen, was man beim Hören empfindet [...] *Es ist ebenso unbegreiflich, warum der Schwung einer fernen Berglinie schön ist und das Gemüt ergreift, als die Bewegung der Seele zu erklären und zu benennen ist, die irgendein Musikstück hervorruft. Der eine wird mehr nach der Seite des Erhobenseins, der andere nach der*





Die Knabenburg bei Lauenstein (links), Ernst Rudorff 1886 (links unten), Schriftprobe (unten)





Wehmut durch denselben Eindruck in der Natur berührt, und man kann nicht anders sagen als: Beides liegt darin, beide Gegensätze sind darin beschlossen. Berge, Wolken, Ströme, Bäume, Farben und Schatten sind wie die Motive und Klänge, aus denen ein Musikstück sich zusammenwebt, und das unerklärliche Etwas, was als Harmonie über ihrer Verbindung schwebt, ist das, was hier und dort die Seele bezaubert, fesselt und mit sich fortzieht.«

Einem Menschen, der solche Gefühle hegte, mußten die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in immer stärkerem Maße einsetzenden Umwälzungen in Technik und Landschaftsveränderung als ein schneidender Mißton im harmonischen Zusammenspiel von Natur und Kultur, wie es von der Romantik als Ideal gesehen wurde, erscheinen. Die Folgen der Industrialisierung machten auch vor dem Leinebergland und dem Lauensteiner Tal nicht halt. *»Scheu flieht Sage und Brauch vor den Baken der Geometer und dem schrillen Pfiff der Lokomotiven in die entlegensten Walddörfchen«* notierte 1860 der südniedersächsische Volkskundler Karl Seifart. Rudorff mag ähnlich empfunden haben. Hand in Hand mit der Verkoppelung sah er nicht nur die Vielgestaltigkeit der natürlichen Landschaft weichen, sondern registrierte mit großer Sorge auch den Prozeß der Abwanderung der Landarbeiter in die großen Städte, von denen wiederum neue Formen des Lebensstils in die Dörfer gelangten. So verschwanden die unbegradigten Bachläufe und Feldgehölze in gleichem Maße wie die plattdeutsche Mundart, die alten Trachten und Bräuche. Für Rudorff war diese Entwicklung allein aus ästhetischen Gründen unerträglich. Allerdings verband er mit diesem Empfinden auch gesellschaftspolitische Sorgen, von denen noch die Rede sein wird.

Im heimatlichen Lauenstein war Rudorff jedenfalls entschlossen, die Auswüchse des Fortschrittsstrebens und der Urbanisierung aufzuhalten. Hierfür scheute er keine Mühen und vor allem keine Kosten. Er kaufte alte Eichenalleen auf dem Stamm und bewahrte sie so vor dem Schlag; er erwarb das Lauensteiner Tal und setzte in zähem Kampf mit den Behörden durch, daß hier die alten Wege, Gebüsche, Feuchtstellen und Waldspitzen unangetastet blieben; schließlich ließ er sich sogar die Burgruine von Lauenstein zuweisen, als bekannt wurde, daß sie einem Ausflugslokal weichen sollte. Natürlich waren dies nur lindernde Maßnahmen, die nichts an der generellen Entwicklung zu ändern vermochten. Und während das Wort »Naturschutz«, das 1888 erstmals in einem Tagebucheintrag auftaucht, noch im verborgenen blieb, wurde im Jahr 1880 der Öffentlichkeit die erste Frucht der eingehenden Beschäftigung mit der Naturzerstörung präsentiert. Schon die einleitenden Zeilen des Aufsatzes *»Über das Verhältnis des modernen Lebens zur Natur«*, der in den »Preußischen Jahrbüchern« abgedruckt wurde, ließen aufhorchen:

»Man feiert die Natur, aber man feiert sie, indem man sie prostituiert (...) Eine wahre Manie hat die Welt ergriffen, die Natur in ihrem eigensten Wesen zu zerstören unter dem Vorhaben, daß man sie dem Genuß zugänglich machen will.«

Die Angriffe gegen den industriellen Fortschritt führt Rudorff in dieser seiner ersten Anklageschrift auf zwei Ebenen durch. Zum einen beklagt er



»Scheu flieht Sage und Brauch vor den Baken der Geometer und dem schrillen Pfiff der Lokomotiven in die entlegensten Walddörfchen« (Karl Seifart): Mit der Technisierung der Landwirtschaft dringen städtische Lebensformen in die Dörfer (unten); die Vernetzung der Städte durch Flußbegradigungen und Verkehrserschließung zerstört gewachsene Strukturen (oben).



Fabrikschornsteine, *»die mit ihrem Qualm allen Duft der Poesie längst hinweggeräuchert haben, deren garstige, himmelhoch ausgestreckte Gradlinigkeit allem Malerischen Hohn spricht«*: Rudorffs beständige Kritik richtete sich gleichermaßen gegen die Rohheit des Industrialismus ...

die ästhetische, seinem konservativen Kunstgeschmack konträr laufende Rohheit des Industrialismus, der durch die gerade, rationale und kalte Linie verkörpert wird; zum anderen finden sich aber auch erste Warnungen vor der Belastung der Natur durch industrielle Schadstoffe. Vor allem die Fabrikschornsteine, *»die mit ihrem Qualm allen Duft der Poesie längst hinweggeräuchert haben, deren garstige, himmelhoch ausgestreckte Gradlinigkeit allem Malerischen Hohn spricht«* fanden seine beständige Kritik. Nicht minder heftig war seine Aversion gegen die Flurbereinigung und Verkoppelung:

»Jede vorspringende Waldspitze wird dem Gedanken der bequemen geraden Linie zuliebe rasiert, jede Wiese, die sich in das Gehölz hineinzieht, vollgepflanzt, auch im Innern der Forste keine Lichtung, keine Waldwiese, auf die das Wild heraustreten könnte, mehr geduldet. Die Bäche, die die Unart haben, in gewundenem Lauf sich dahinzuschlängeln, müssen sich bequemen, in Gräben geradeaus zu fließen. Der Begriff des Feldweges als eines Fußpfades, der sich in ungekünstelter Linie bald zwischen wogenden Ähren, bald über ein Stück Wiese dahinzieht, wie ihn im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte das Bedürfnis hat werden lassen, hört für die Wirklichkeit auf zu existieren. Hermann und Dorothea treffen einander zukünftig auf dem ‚Koppelweg', d.h. einem endlos in schnurgerader Richtung das ebene oder unebene Terrain durchschneidenden Ackerfuhrweg von 10-20 Meter Breite, dem sein alter ego, der ‚Koppelgraben' das Substitut für den ehemaligen Wiesenbach, getreulich zur Seite läuft. Bei der rechtwinkligen Einteilung der Grundstücke fallen dann auch alle Hecken und einzelnen Bäume oder Büsche, die ehedem auf den Feldmarken standen, der Axt zum Opfer (...) und so ist dafür gesorgt, daß weder der Wanderer oder Arbeiter einen hübschen, schattigen Platz findet, um auszuruhen, noch der Singvogel eine Stelle, wo er nisten mag.«

In ihrer polemischen Schärfe auch heute noch äußerst lesenswert sind schließlich Rudorffs Ausführungen über die *»verlebte, mattherzige Gesellschaft der großstädtischen Salons«*, die mit ihren touristischen Ansprüchen auf Naturgenuß eben die letzten Reste unberührter Natur immer weiter zurückdrängte.

»Der Kellner auf dem Rigi fragt: »Wie befehlen Sie? Zuerst Souper und dann Sonnenuntergang, oder in umgekehrter Reihenfolge? Für beide Eventualitäten ist gesorgt.« Der Sonnenuntergang rangiert neben Hummersalat und Champagner, Billardspiel und Conversation als einer der verschiedenen Artikel, die dazu bestimmt sind, dem Menschen auf amüsante Weise die Zeit totschlagen zu helfen. Das erhabene Bild der Alpenkette hat den Rahmen für das elegante Treiben herzuleihen, es wird zur Dekoration herabgewürdigt. Schließlich kommt kaum mehr allzuviel darauf an, ob der Effekt von der Natur produziert oder mit Hilfe von Pappe, Farbentöpfen und allerhand Beleuchtungsapparaten künstlich hergestellt wird.«

Der Aufsatz »Über das Verhältnis des modernen Lebens zur Natur« verschaffte Rudorff eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit, und so fühlte er sich 1887 berufen, eine Eingabe an die Regierungen sämtlicher deutschen Bundesstaaten zu richten, in der er den Schutz *»hervorragender Baudenkmäler«* forderte. Ein Jahr später legte er der Posener Tagung des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine einen Nachtrag zu dieser Eingabe vor, der erstmals den Gedanken der Unterschutzstellung von Landschaftsgebieten und einzelner Naturdenkmäler enthält:

»Es ist hierbei«, ergänzte Rudorff seine Ausführungen zum Denkmal-



... und die Verelendung der Menschen in den Städten: Barackenviertel vor Berlin um 1815



»... daß nicht nur Wald und Feld, Berg und Tal, sondern auch Städte und Dörfer herrliche Schönheiten boten, und daß ihr Anblick etwas unendlich Beglückendes hatte [...] Da kroch ein fremdes häßliches Ungetüm über unser Land und fing an, die Schönheit gierig zu fressen. Stück um Stück verschwand aus dem Kranze, und das, was wie Pilzsaat neu entstand, trug das Kainszeichen der Häßlichkeit auf seiner Stirne.«
Paul Schultze-Naumburg, erster Vorsitzender des Bundes Heimatschutz
(aus: P. Schultze-Naumburg: Kulturarbeiten, 1906)

A. Paul Weber:
Die Erschließung (II), 1978

schutz, *»nicht nur an den Schutz des Menschenwerkes gedacht, sondern zugleich an die Schonung landschaftlicher Eigentümlichkeiten, insofern die Natur als Bedingung alles menschlichen Wirkens unzertrennlich von diesem bleibt, auch in der Schätzung ihrer historischen Bedeutung. Alte Bäume, Baumgruppen und Büsche, Quellen, Bäche, Wasserfälle, Hügel, Felsen, Felskämme sind unverändert und unberührt zu erhalten. Nicht nur die von seiten der Industrie, des Verkehrswesens, der Spekulation der Gastwirte, der Touristenvereine, usw. drohenden Gefahren sind ins Auge zu fassen, es ist auch, zumal bei Verkoppelungen und Gemeinheitsteilungen, die Berücksichtigung der natürlichen und historischen Verhältnisse (...) zu erwirken.«*

Rudorffs Antrag wurde abgelehnt. Doch brachte ihn diese erste Schlappe in keiner Weise davon ab, den Gedanken des Natur- und Heimatschutzes weiter zu propagieren. 1892 hielt er einen vielbeachteten Vortrag über den *»Schutz der landschaftlichen Natur und der geschichtlichen Denkmäler Deutschlands«* vor dem »Allgemeinen Deutschen Verein« in Berlin.

1897 erschien schließlich in der weit verbreiteten Zeitschrift »Grenzboten« jener Beitrag, der Rudorffs Gedanken zum großen Durchbruch verhalf: *»Heimatschutz«*. Rudorff überspringt hier den engeren Rahmen der Schilderung der Natur- und Landschaftszerstörung und geht erstmals eingehend auch auf die gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen des materialistischen Fortschrittsstrebens ein. Hier finden sich einige der ersten scharfen Töne, die im 19. Jahrhundert gegen die *»Ausbeutung aller Schätze und Kräfte der Natur durch industrielle Anlagen aller Art«* angeschlagen worden sind. Vor allem zieht der Verfasser von *»Heimatschutz«* den Bogen von der Naturzerstörung zu einer urbanen, naturentfremdeten Lebensauffassung:

»Die Natur ist zur Sklavin erniedrigt, der ein Joch abstrakter Nutzungssysteme, das ihr völlig fremd ist, gewaltsam aufgezwängt, deren Leistungsfähigkeit ausgepreßt wird bis auf den letzten Tropfen (...) Dem entspricht die Gesamtstimmung unserer Zeit, die ohne jedes Verständnis für ideale Bestrebungen ausschließlich in dem Jagen nach äußerem Glanz und Effekt, nach Bequemlichkeit und materiellem Genuß befangen ist.«

Rudorff war kein Maschinenstürmer. Seine Industriekritik formulierte er aus einer konservativen Position heraus. Allerdings erkannte er im Gegensatz zu vielen zeitgenössischen Konservativen, daß sich das Vertrauen in den technischen Fortschritt und die damit verbundene Normierung der Produktion zwangsläufig auch im kulturellen und politischen Sektor niederschlagen mußte. Banal formuliert, sah Rudorff einen unvermeidbaren Zusammenhang zwischen der ökonomischen und sozialen Vermassung. Seine mahnenden Appelle verstand er als Aufforderung, Maß zu halten, auch im Vertrauen in den Fortschritt:

»Wie es niemand einfallen kann, von einer vernünftigen, höhere Rücksichten achtende Nutzung der Bodenerzeugnisse und Naturkräfte abhalten zu wollen, so könnte auch nur ein Narr fordern, die Menschheit oder ein einzelner Staat solle auf Eisenbahnen, auf Elektrizität oder auf Fabriken verzichten. Aber zwischen Gebrauchen und Gebrauchen ist ein Unterschied. Es kommt alles auf das Maß an, das man walten läßt. Den Wald ausroden bedeutet, wie Riehl einmal ausführte, bis zu einer gewissen Grenze Fortschritt und Kultur; über diese Grenze hinaus bedeutet es Barbarei, und zur Kultur wird umgekehrt das Schonen und Ansäen. Mit dem vermeintlich absoluten Fortschreiten, das die sogenannten Errungenschaften der Neuzeit darstellen sollen, steht es gerade so zweischneidig.«

Es ging Rudorff also darum, rechtzeitig jenen *point of no return*, jenen Scheitelpunkt auf der Kurve zu erkennen, von wo aus weiteres Fortschreiten

zum Niedergang führt. Und Rudorff hielt diesen Punkt — bereits vor annähernd einhundert Jahren — für sehr nahe:

»Wer die Gesamtlage überblickt, dem erscheint der Wendepunkt längst überschritten, der Überschuß an negativen Ergebnissen, wie er in unserer sozialen Entwicklung hervortritt, riesengroß.«

Man fühlt sich bei diesen Ausführungen unwillkürlich an die Positionen des Ökologen Herbert Gruhl erinnert, dessen — von ihm selbst übrigens als *»naturkonservativ«* bezeichnete — Wachstumskritik bei Rudorff eine frühe Vorwegnahme findet:

»Ist man über allen Verwöhnungen,« fragt Rudorff, *»die die Fortschritte der Technik der Menschheit gebracht haben, so weichlich geworden, daß man nichts Dringlicheres glaubt zu tun zu haben, als die ganze Welt, alle Lebenskreise ohne Unterschied mit Danaergeschenken zu beglücken? Daß man die alte Wahrheit ganz und gar vergessen hat: »Reich ist nicht, wer viel besitzt, sondern wer wenig begehrt«? Die Wahrheit des Delphischen Apollo lautete: »Nichts zu viel!« Wir aber leiden an künstlich großgezogenen Bedürfnissen, am »zuviel« in allen Dingen vom Größten bis zum Kleinsten. Ahnt man nirgends mehr die unausbleibliche Nemesis, die jedem Zuviel, jeder Übersättigung folgen muß?«*

Die »sozialpolitischen« Konsequenzen, die von Rudorff in seinem Heimatschutz-Artikel skizziert werden, folgen im wesentlichen den analogen Auslassungen Wilhelm Heinrich Riehls. Ihr Kernstück ist die Forderung, die Fabrikarbeit zurückzudrängen und dem Handwerk seinen früheren Einfluß im Wirtschaftsgeschehen wiederzugeben. Rudorff hält dies ökonomisch für sinnvoll, vor allem aber für sozialpolitisch unerläßlich, um einer weiteren Proletarisierung vorzubeugen,

»[...] *weil das Folgenschwerste darin beschlossen liegt, daß dem Arbeiter die Freude an der Arbeit selbst verloren geht, sobald ihm die eigentliche Leistung von der Maschine abgenommen wird. Nimmt man sie ihm, wie sie dem Fabrikarbeiter genommen wird, der sein Tagwerk gleichgültig herunterhaspelt, so bleibt ihm nur der öde Erwerb, und für die eingebüßte Arbeitsfreude sucht er Entschädigung in Genüssen, die jenseits und außerhalb seines Berufslebens liegen. Wie ungeheuer die sittlichen Gefahren sind, die sich mit einem solchen Zustande einstellen müssen,* [...] *das braucht wohl nicht erörtert zu werden; jeder Blick in das Leben der Gegenwart gibt erschütternde Beweise.«*

Folglich könne man *»nicht eher wieder zu gesunden Zuständen gelangen, bis der fabrikmäßige Betrieb lediglich auf die Dinge eingeschränkt wird, die einzig und allein nur so gemacht werden können. Alles andere* [...] *muß dem Handwerk zu ausschließlicher Behandlung zurückgegeben werden, weil es seiner Natur nach ihm und nur ihm gehört.«*

Nicht ohne Pikanterie sind schließlich Rudorffs Ausführungen zum Sinn und Zweck patriotischer Einstellung. So, wie der Heimatschützer und Künstler gegen die Fassadenkunst der historisierenden Stile der Gründerzeit, die *»mit den Flicken aller Länder und Zeiten Komödie«* spiele, zu Felde zog, so prangerte er zugleich einen Patriotismus an, der die mit der Industrialisierung einhergehende Entwurzelung der Landbevölkerung und die Vernichtung der *»unersetzlichsten vaterländischen Besitztümer«* in der Natur feiere. Ein solcher Patriotismus drehe sich den eigenen Strick:

»Wir arbeiten den Ideen der roten Internationalen mit unserer Gleichmacherei geradezu in die Hände. Es ist bezeichnend, daß die Vaterlandslosigkeit fast ausschließlich in den Fabrikbezirken aufgezogen wird. Was gibt es auch an vaterländischen Gütern besonderes zu schützen, wofür das Leben einzusetzen wäre, wenn jede Eigenart der Heimat in ihrem landschaftlich und geschichtlich gewordenen Charakter, jede Volkstümlichkeit und Besonderheit in Wesen, Sitten und Erscheinung getilgt wird [...] *Die elektrisch beleuchteten Mietskasernen, die Fabrikschornsteine, die Hotels und die Pferdebahnen sehen in dem modernen Rom gerade so aus wie in Berlin oder New York. Das Rennen und Hasten nach Reichtum und Wohlleben, die ganze Phrase der zivilisierten Gesellschaft in Tracht und Gewohnheiten ist dieselbe diesseits und jenseits des Ozeans. Wenn es weiter nichts mehr gibt auf der Welt als das, so ist die Frage erlaubt, warum man sich überhaupt noch bemüht, die Barriere aufrechtzuerhalten, die ein Staat dem anderen gegenüber errichtet. Dann ist es doch das klügste, den Vaterlandswahn abzuschütteln und die ungeheure lange Weile des Einerlei mit der Einführung des Volapük als Weltsprache zu besiegeln.«*

Nun war Ernst Rudorff keineswegs bereit zu resignieren, auch wenn er mehr als einmal betrübt erkennen mußte, daß *»diese Wahrheit gerade auf konservativer Seite noch immer nicht in ihrer vollen Tragweite gewürdigt wird«*. Seine durchaus beachtlichen Vorschläge zur Milderung der sozialen Lage in den Städten, für die er die Errichtung von Einzelheimen mit Gartengrundstücken vorschlug, um den Menschen noch eine Verbindung zur Natur zu ermöglichen und sie nicht vollends in die Öde der Mietskasernen hinabsinken zu lassen, wurden freilich nicht zur Kenntnis genommen. Auch für seine Überzeugung, das Heranführen der einfachen Menschen an die Schönheit der Natur und Kultur brächte eine Stärkung ihrer konservativen Grundeinstellung, erntete Rudorff nur in geringem Maße Zustimmung. So hielt Rudorff es schließlich für angebracht, die eigene vornehme Zurückhaltung aufzugeben und eine feste Institution zur Durchsetzung des Heimatschutzgedankens aufzubauen:

»Die kostbarsten Erbgüter der beständigen Gefährdung, der sie durch die Rücksichtslosigkeit des modernen Materialismus preisgegeben sind, zu entziehen, in der Jugend Ehrfurcht und Liebe für sie als für die unverletzlichsten Heiligtümer zu wecken und zu pflegen, das wäre ein solideres Förderungsmittel für Heimat- und Vaterlandsliebe als Feuerwerk und Blumenguirlanden samt allen schönen Reden, mit denen heute patriotische Festtage im Übermaß gefeiert zu werden pflegen (...) Hier zu retten, durch energischen Zusammenschluß, durch Aufrüttelung der Geister, namentlich auch der Jugend, durch rastloses Bemühen, einen Umschwung der allgemeinen Stimmung herbeizuführen und so auch auf die Gesetzgebung Einfluß zu gewinnen, durch Aufbringung großer, bedeutender Geldmittel, mit deren Hilfe allmählich ein Nationalbesitz unveräußerlicher, unantastbarer Heiligtümer der Natur und der Geschichte erworben werden könnte — es wäre die vornehmste Aufgabe für alle, die nicht Parteiatome sind, sondern Menschen mit einem vollen Herzen für die wahre Größe und Hoheit des Vaterlandes.«

Die Jahre nach Erscheinen dieses Aufrufes waren für Rudorff geprägt durch Vorgespräche mit Politikern und Künstlern, die für den Gedanken des Natur- und Denkmalschutzes empfänglich waren. Am 30. März

1904 kam es schließlich zur Konstituierung des *»Deutschen Bundes Heimatschutz«*. Zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufes zählten so namhafte Persönlichkeiten wie Peter Rosegger, Felix Dahn und Heinrich Sohnrey. Die erste Aktivität des Bundes, die Rettung der Laufenburger Stromschnellen, wurde darüber hinaus auch von Friedrich Naumann, Werner Sombart und Max Weber unterstützt. Auf der Gründungsversammlung in Dresden hatte Ernst Rudorff auf die ihm angetragene Kandidatur zum Vorsitz des Heimatschutzbundes zugunsten des Architekturkritikers Paul Schultze-Naumburg verzichtet; allerdings trägt das Programm des Bundes unzweideutig Rudorffs Handschrift:



»§ 1 Der Zweck des Bundes ist, die Deutsche Heimat in ihrer natürlichen und geschichtlich gewordenen Eigenart zu schützen. Das Arbeitsfeld des Bundes teilt sich in folgende Gruppen:
a) Denkmalpflege;
b) Pflege der überlieferten ländlichen und bürgerlichen Bauweise; Erhaltung des vorhandenen Baubestandes;
c) Schutz des Landschaftsbildes einschließlich der Ruinen;
d) Rettung der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt sowie der geologischen Eigentümlichkeiten;
e) Volkskunst auf dem Gebiete der beweglichen Gegenstände;
f) Sitten, Gebräuche, Feste und Trachten.«

In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts war so in Deutschland eine natur- und kulturkonservative Bewegung entstanden, die — bei allen Widerständen seitens der Bürokratie und der Großindustrie — auf manche Erfolge verweisen konnte. Der Bund Heimatschutz hatte maßgeblichen Anteil an der Einrichtung von Heimatmuseen und konnte in Sachsen und Bayern sogar an gesetzgeberischen Maßnahmen zu Fragen des Naturdenkmälerschutzes mitwirken. Darüber hinaus reichten die Aktivitäten der einzelnen Verbände von Maßnahmen gegen Gewässerverunreinigung, Ausrichtung von Heimatfesten und dem Kampf gegen überzogene Flurbereinigungen bis hin zur Beratung bei Bauprojekten wie Stauseen und Wasserkraftwerken.

Ernst Rudorff wurde anläßlich seines 70. Geburtstages eine späte Würdigung seiner Arbeit zuteil. Die Berliner Musikhochschule umrahmte einen Festakt mit der Aufführung seiner bedeutendsten musikalischen Werke und die staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen verlieh ihre Ehrendoktorwürde einem, wie es in dem Diplom hieß, *»edlen Menschen, dem feinsinnigen Musiker und ausgezeichneten Lehrer, dem warmherzigen Freund der deutschen Heimat, der* [...] *eine mächtige moderne Kulturbewegung entfacht hat.«*

Wie machtvoll diese Kulturbewegung geworden war, zeigte 1912 der internationale Kongreß für Heimatschutz in Stuttgart: Elf Nationen, darunter auch Japan, hatten eigene Delegationen entsandt.

Ernst Rudorff erlebte diesen Kongreß noch. Vier Jahre später, am Silvesterabend des Jahres 1916, schloß er wenige Minuten vor Eintreten der Jahreswende für immer seine Augen.

Die Mahnungen aus seinen wichtigsten Schriften, *»Heimatschutz«* und *»Über das Verhältnis des modernen Lebens zur Natur«* haben über seinen Tod hinaus Gültigkeit behalten; ja, immer wieder neue Bestätigung erfahren. Er war einer der ersten, die auf den ursprünglichen Zusammenhang von Natur- und Kulturzerstörung, Massenproduktion und Massengesellschaft, sozialer und nationaler bzw. regionaler Entwurzelung hinwiesen und damit Probleme anriß, die auch heute noch ihrer politischen Lösung harren. Und so hat dieser deutsche Begründer des Naturschutzes, jener erste wirkliche »Naturkonservative«, auch heute noch seine Aktualität, wenn er warnt:

»Die Welt wird nicht nur häßlicher, künstlicher, amerikanisierter mit jedem Tag, sondern mit unserem Drängen und Jagen nach den Trugbildern vermeintlichen Glücks unterwühlen wir zugleich unablässig, immer weiter und weiter den Boden der uns trägt.«

Literatur:

Ludwig KLAGES: Mensch und Erde. Ein Denkanstoß. Mit einem Vorwort von Prof. Grzimek. Bonn 1980.
Ernst RUDORFF: Aus den Tagen der Romantik. Bildnis einer deutschen Familie. Leipzig 1935.
---: Heimatschutz. In: Grenzboten, Nr. 2, S.401—414 und Nr. 4, S.455—468. Berlin 1897.
---: Heimatschutz. (Broschüre). Leipzig u. Berlin 1901.
---: Über das Verhältnis des modernen Lebens zur Natur. In: Preußische Jahrbücher, Nr. 45, Jg.1880, S.261—276, Berlin 1880.
Walther SCHOENICHEN: Naturschutz, Heimatschutz. Ihre Begründung durch Ernst Rudorff, Hugo Conwentz u.a. Stuttgart 1954.
Rolf Peter SIEFERLE: Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart. München 1984.

Heinz-Siegfried Strelow
Geboren 1965 in Hannover, Mitgliedschaft in verschiedenen Umweltverbänden. Von 1986 bis 1988 Mitarbeiter Herbert Gruhls im Bundesvorstand der Ökologisch-Demokratischen Partei. Seit 1989 wieder parteifrei publizistisch tätig zu den Themengebieten Ökologie, Heimatpflege und Regionalismus.

***wir selbst* - Zeitschrift für nationale Identität**

UNSER SELBSTVERSTÄNDNIS
Nach der Neuvereinigung Deutschlands gewinnt die Frage der nationalen Identität verstärkte Bedeutung. Die den Deutschen jahrzehntelang aufgezwungene Teilung wirkt im Bewußtsein der Menschen fort. Nur über kollektives Erinnern und die Wiederentdeckung unserer gemeinsamen kulturellen Wurzeln werden die Deutschen den nationalen und internationalen Herausforderungen der Zukunft gewachsen sein. Nationalstaat oder EG-Europa, Teil der »westlichen Wertegemeinschaft« oder Brücke zwischen Ost und West, Souveränität oder Inferiorität — die machtpolitische und geistige Rolle Deutschlands ist noch nicht einmal in Umrissen erkennbar. Wir richten unsere Hoffnung darauf, hierüber eine sachliche, ideologiefreie Diskussion beginnen zu können, in der das antiquierte Links-rechts-Schema zumindest nicht mehr zur primitiven Freund-Feind-Formel verkommt. Die Zeitschrift WIR SELBST — Zeitschrift für nationale Identität versteht sich als unabhängiges deutschlandpolitisches Magazin, in dem Autoren unterschiedlicher Ausrichtung zu Wort kommen. Nationale und regionale Emanzipationsbewegungen sowie die Entwicklung der Völker in der Dritten und Vierten Welt zur kulturellen Autonomie finden in WIR SELBST regelmäßig Beachtung. Die deutsche Frage wird nicht isoliert nationalstaatlich, sondern in Zusammenhang mit weltweit zu beobachtenden ethnischen Unabhängigkeitsbestrebungen gesehen. Die Zeitschrift WIR SELBST tritt für konsequenten Umwelt- und Lebensschutz ein. Der Forumcharakter der Zeitschrift garantiert Offenheit und Kontroversen.

Marcus Bauer

Ökologie von rechts?

Es gehört zu den ältesten, trivialsten und dennoch wichtigsten, gleichwohl häufig übersehenen Wahrheiten, daß »alles zwei Seiten« hat. Dies gilt auch für den Zustand unserer Zivilisation, welcher sowohl durch äußere Verhärtung als auch durch innere Aufweichungstendenzen charakterisiert wird. Ersteres bezieht sich beispielsweise auf das technomorphe Denken des westlichen Menschen, den industriellen Expansionismus und ökologischen Raubbau, den Drang zur Herrschaftsausweitung und -sicherung oder die apokalyptischen Züge moderner Kriegsführung, vor der unter Inkaufnahme von Millionen von Opfern nicht zurückgeschreckt wird, sofern sie politische oder ökonomische Vorteile verspricht; ein ausgesprochener Wille zur Macht also im wissenschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich — das ist die eine Seite. Die andere freilich drängt sich ebenso deutlich auf: Ökosentimentalität, Pazifismus, Hypermoral, Hedonismus, destruktive Liberalisierung, Pluralisierung, die Degeneration der Wahrnehmungsfähigkeit dahingehend, daß Verfallserscheinungen als moralischer Fortschritt interpretiert werden. Hier also zeigt sich eine zunehmende Erschlaffung; es mangelt an Gestaltungskraft, am Willen zur Substanzerhaltung, zu größtmöglicher Kohärenz und innerer Konsolidierung.

Dieser Widerspruch bündelt und vergegenwärtigt sich im Individuum der modernen Gesellschaft selbst. Dieses nämlich ist — vielleicht stärker als jemals zuvor in der Menschheitsgeschichte — enorm diszipliniert, darauf gedrillt, alltäglichen Streß und Leistungsdruck zu ertragen, Emotionen zu kontrollieren, keine »Schwäche« zu zeigen und ja nicht »aufzufallen«. Unter dieser dünnen und starren Kruste jedoch toben unkontrollierte Begierden, drücken die Wehwehchen und Problemchen: Der Asket am Arbeitsplatz wird nach Feierabend zum Hedonisten im Kaufhaus oder Pornoladen. Die innere Stimme weist den Weg auf die Couch des Seelenklemptners und in die tränenreiche Solidargemeinschaft der Selbsthilfegruppen; hinter der Fassade aus Sachlichkeit, Nüchternheit und emotionaler Distanz grassieren Sentimentalität, und die nach außen hin gezeigte Unverwundbarkeit beginnt ab dem dritten Bier nicht selten zum »Moralischen« zu werden, also in eine exhibitionistische Selbstoffenbarung umzuschlagen.

links und rechts

Unsere spätneuzeitliche Wirklichkeit zeichnet sich also durch eine »harte« wie auch durch eine »weiche« Komponente aus. Es wurde eingangs schon erwähnt, daß die Feststellung, alles habe »zwei Seiten«, zwar banal ist, aber doch meist unberücksichtigt bleibt. Dies gilt auch für den hier behandelten Komplex. Denn zivilisationskritische Ansätze laufen stets Ge-

fahr, nur einen der beiden Aspekte wahrzunehmen und für das eigentlich Charakteristische der momentanen Menschheitsgeschichte zu halten. Der politische links/rechts-Gegensatz resultiert zum Teil hieraus. So tendiert ein linkes Weltbild eher dahin, die »harte« Seite als bestimmendes Moment aufzufassen und strebt deren Überwindung in Richtung einer friedfertigen, humanen, staaten- und klassenlosen, das größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl versprechenden posthistorischen Utopie an, während die Rechten dazu neigen, die innere Verweichlichung und Auflösung als das Urübel unserer Zeit anzusehen und sich deswegen einen »starken Staat«, rigorose Disziplinierung, kriegerisches Ethos, heroische Realitätsbejahung, kurzum mehr »Härte« ersehnen. Den einen ist die Welt also, in einem populär gewordenen Jargon gesprochen, zu »männlich«, zu »patriarchalisch« , den anderen hingegen scheint es schon viel zu viele »Kastraten« zu geben.

Freilich finden sich auch hier die berühmten Ausnahmen, welche die Regel bestätigen. So etwa beim Reizthema Abtreibung. Da sind es nämlich die ansonsten so humanitaristisch sein wollenden Linken, die »eiskalt«, »knallhart« und gnadenlos argumentieren, während die Rechten Wärme, Geborgenheit und die leuchtenden Tugenden liebevoller Mutterschaft hochleben, ja die ansonsten verpönte Verabsolutierung eines am Wohlergehen des Individuums ansetzenden Moralismus gar den Embryonen angedeihen lassen.

Der weiche Mensch und die harte Natur

Die gestiegene Empfindsamkeit für die Belange der Natur, die Kritik an der Wachstumsgesellschaft und dem okzidentalen Naturverständnis gehören zur *sanften* Oppositionshaltung gegenüber der modernen Zivilisation. Folglich wundert es auch nicht, daß diese Thematik schnell von links her aufgegriffen und besetzt wurde, ökologische Zielsetzungen somit im allgemeinen als »links« gelten, wohingegen die Rechte sich diesem Anliegen durch Assoziationen mit »Heimat« und »Lebensraum« zwar ein wenig zu nähern vermag, es aber aufgrund ihrer immer wieder durchschlagenden Vorliebe für »Härte«, »Männlichkeit« und »Heroismus« nicht vereinnehmen, keine originär »rechte« Position hierzu entwickeln konnte.

Dabei müßte dies gar nicht so sein. Wer nämlich nur die Härten unserer Zivilisation zum Gegenstand einer von Sorge um den Erhalt der Natur motivierten Kritik macht, hat die Tragweite der ökologischen Thematik unvollständig, weil nicht in ihrem ambivalenten Gehalt erfaßt. Denn auch das Verhältnis des modernen Menschen zur Natur ist ein doppelgesichtiges: In *Gesellschaft* und *mittelbar* hat der Mensch sich die Natur bedingungslos unterworfen und praktiziert an ihr einen aberwitzigen Raubbau. Als *Individuum* in *unmittelbarem* Kontakt mit der Natur jedoch ist er ohne zivilisatorische Stützen völlig hilflos und schwächlich, ihren Unbilden restlos ausgeliefert, ohne Widerstandskraft und bar jeglicher »Härte«. Wer die Verweichlichung des modernen Menschen beklagt, findet diese wohl nirgends so eindringlich dokumentiert wie anhand der Unfähigkeit, in bezug auf die Natur



Unmittelbarkeit *ertragen* und *bewältigen* zu können, wie umgekehrt vom rein ökologischen Standpunkt aus betrachtet eben hierin die *Entfremdung* des Menschen von seiner Mit- und Umwelt zum Ausdruck kommt.

Man denke doch nur einmal an die neonlichtgebleichten, speckigen, von konstanten Zimmertemperaturen, warmem Wasser und Fertigmahlzeiten verwöhnten Zivilisationsmollusken, an jene während sonniger Tage an den Kiesstränden der heimischen Flüsse auszumachenden mehlweißen schwammigen Gestalten, die, unter dem Gewicht ihres erschlafften Bindegewebes leidend, sich mit schmerzverzerrten Gesichtern auf ihren klobigen Füßchen über den steinigen Boden quälen. Welch ein Anblick! Was für ein verkümmertes, entartetes Wesen der im Rudel einer organisierten Gesellschaft so herrisch-mächtige Mensch, was für eine Karikatur seiner selbst er doch ist! Wie anschaulich wird da, daß Verhärtung und Verweichlichung *zwei Seiten einer Medaille* sind, daß der zivilisatorische Fortschritt im Äußerlichen mit einem Zerfall im Innern, mit der *Domestikation* des Menschen korrespondiert!

Böte sich hier nicht eine Möglichkeit, die heroisierenden Maßstäbe »rechter« Gesellschafts- und Zivilisationskritik zur Geltung zu bringen, mithin also der Ansatzpunkt für eine originär »rechte« Ökologie, welche die Verweichlichung des Menschen als Charakteristikum seines gestörten Verhältnisses zur Natur als einen dem Raubbau gleichwertigen Aspekt der ökologischen Krise deutlich werden läßt? Die »linke« Ökologie greift nämlich zu kurz, wenn sie meint, die der häuslichen Topfpflanze entgegengebrachte Zuneigung könne auf die gesamte Biosphäre transzendiert und so zur alleinigen Grundlage einer neuen Naturverbundenheit gemacht werden, wohingegen sie das Kämpferische, dem konsumgesellschaftlichen Wohlleben Entsagende, Willenskraft, Abhärtung und körperliche Tüchtigkeit Erfordernde einer regenerierten Naturunmittelbarkeit nicht wahrhaben will, entspricht es doch linker Ideologie, diese männlichen Aspekte eines naturintensiven Lebens als dem Bereich der »faschistischen Ästhetik« zugehörig zu betrachten und zu verdammen.

So wäre es an der Zeit, die »linke« Ökologie durch eine »rechte« zu ergänzen. Wohlgemerkt zu *ergänzen*, nicht zu *ersetzen*. Denn Raubbau auf der einen, Degeneration des Menschen auf der anderen Seite sind *gleichwertige* Aspekte der ökologischen Krise, die in ihrem ambivalenten Charakter verstanden sein will.





Schlesischer Adler auf gelbem Grund (oben), Blick vom Reichenbacher Torturm in Görlitz ins Schlesierland

Wir Schlesier sind keine Sachsen

Gespräch mit Franz Erward in Görlitz

Auf einer DDR-Rundreise besuchte ich den Juristen Franz Erward in der schlesischen Stadt Görlitz, dem Geburtsort des Schusters und Philosophen Jakob Böhme (1575—1624). Daß ich, von Vorpommern kommend, nicht nach Sachsen fuhr, sondern nach Schlesien, das wußte ich. Dennoch berührt es mich, selbst kleine Kinder in schlesischer Mundart reden zu hören. An manchen Häusern, auch an dem, in dem der 1944 geborene Franz Erward wohnt, sah ich die weißgelben Fahnen Schlesiens, die sich von den grünweißen Sachsens abheben. In dieser, im Zweiten Weltkrieg weitgehend unzerstörten Stadt gibt es noch schlesische Traditionen, die sich jetzt, nach vollzogener Einheit, zunehmend entfalten.

Seit der Wende vom 9. November 1989 bekennen sich die Schlesier in der Lausitz wieder zu ihrer Geschichte und nationalen Eigenart. Welche politischen und kulturellen Aktivitäten sind innerhalb dieses Jahres zu verzeichnen?

Franz Erward: Das ist eine Frage, die man eigentlich umfassender beantworten muß. Nicht erst seit der Wende bekennen sich die Schlesier dazu, aber sie haben es nur hinter vorgehaltener Hand tun dürfen. Es war also durchaus vor dem 9. November so, daß man sich dreimal entschuldigen mußte, wenn man einmal das Wort »Schlesien« in den Mund genommen hat. Das ist nun endgültig vorbei. Wir haben uns eigentlich im kleinen Kreis schon immer darüber Gedanken gemacht: Was wird aus unserer Region? Irgendwie auch darüber, daß die staatliche Struktur mit den Bezirken nicht aufging und daß die DDR kein Identifikationsangebot als »sozialistisches Vaterland« war. Und daß es schon immer darüber Gedanken gab, bei der Länderbildung und dergleichen mehr — übrigens kein DDR-eigenes Problem, auch in Polen denkt man gegenwärtig daran —, sieben Länder zu bilden. Es ist also in Osteuropa überall so. Wir haben uns, wie gesagt, dazu durchgerungen, also wir geben dieser Gegend doch wieder den Namen, den sie eigentlich hat. Konkret, was heißt das? Am 6. Januar 1990 gab es einen »offenen« Brief, zunächst von mir allein, aber von einem Freundeskreis getragen. Er ging an die beiden deutschen Regierungen, an unsere beiden Görlitzer Bischöfe, an verschiedene andere Träger. Ich muß Ihnen sagen, die Resonanz ist sehr unterschiedlich. Einige scheinen bis heute diesen Brief noch nicht erhalten zu haben! Wir hatten es einfach satt, schön lieb zu sein. Ich will Ihnen sagen, was heute hier in Görlitz steht: Es ist einmal eine »Unabhängige Initiativgruppe Niederschlesien«, das sind vornehmlich viele junge Menschen, sie hat um die 150 eingeschriebene, sehr aktive Mitglieder. Es gibt dann seit dem 7. April das Kuratorium »Schlesische Lausitz«, dessen Präsident ich bin. Dieses Kuratorium versteht sich als Dachorganisation über allen Initiativen, die in Richtung Schlesien für diese Region überhaupt gestartet und vollzogen werden. Es gibt seit einigen Wochen den »Verein schlesischer Musikfreunde und Kulturfreunde«, und es gibt schließlich, aus der ehemaligen Musikschule für Görlitz-Land herausgegründet, eine schlesische Sing- und Musizierschule. Und in der vergangenen Woche ist eine eigener Schlesische Jugendorganisation hier in Görlitz gegründet worden, es sind meines Wissens 60 eingetragene Mitglieder. Ich denke also, das ist ein guter Start, daß man auch in die Breite kommt und die Menschen anspricht.

Wie Vorpommern zu Mecklenburg wurde auch die schlesische Lausitz 1945 zu Sachsen geschlagen und 1952 auf die Bezirke Cottbus und Dresden aufgeteilt. Wie erklären Sie sich, daß die DDR-Schlesier in den vier Landkreisen Görlitz, Weißwasser, Niesky und Hoyerswerda über 45 Jahre ihr Schlesiertum bewahren konnten?

F. Erward: Ich bestätige durchaus, daß in den vier Kreisen und der kreisfreien Großstadt Görlitz diese schlesische Identität bewahrt worden ist. Ich will zuerst die Sprache nennen, die ja augenscheinlich ist, der Dialekt ist erhalten, vor allem im Kirchenlied sehr viel. Besuchen Sie eine Maiandacht oder eine Rosenkranzandacht in einer beliebigen Görlitzer Kirche — katholischen Kirche, wohlgemerkt —, dann werden Sie schlesisches Liedgut mit Sicherheit vorfinden. Wir haben auch

Kinderspiele, die unsere Kinder unbewußt spielen, die schlesisch geprägt sind. Ich denke da an diesen kleinen Holzkreisel, oder ich denke an dieses Tunzelbettel, wie die Schlesier sagen, also dieses kleine zusätzliche Kopfkissen, das man den Kindern in den Wagen oder ins Bett gibt, und vieles mehr und natürlich die ganze Frage der Mentalität. Ich meine, die Schlesier sind fleißig, sie können was und sie können improvisieren. Das Improvisieren haben wir 40 Jahre nötig gehabt, vielleicht haben das die DDR-Bürger von den Schlesiern übernommen.

Sie haben recht, wenn man sich in Görlitz umhört, so merkt man sofort, daß Schlesisch und nicht sächsisch gesprochen wird. Gab es denn vor dem 9. November keinerlei Möglichkeit, die schlesische Regionalgeschichte der Lausitz zu pflegen, und wie verbreiten Sie heute Geschichtskenntnisse über Schlesien in der Bevölkerung?

F. Erward: Es gab in der Vergangenheit absolutes Totschweigen der Geschichte Schlesiens in dieser Region. Das war staatlich verordnet, das mußte so sein! Nehmen Sie also beispielsweise »Die schlesischen Weber«, die waren Pflichtstoff — ich glaube, in der sechsten oder siebenten Klasse in allen Deutschunterrichtsstunden —, sie hießen nur noch »Weber«, der Terminus »Schlesien« wurde auch schon gestrichen, es durfte einfach das Wort »Schlesien« nicht in den Mund genommen werden. Wer Schlesien sagte, war also schon als Revanchist abgestempelt und ähnliches mehr. Schlesien war gleichzusetzen mit Polen! Aber ich meine, und an dieser Stelle muß ich das so sagen, an dieser Auffassung sind auch die frühere Bundesrepublik Deutschland und die Politiker weitestgehend schuld. Warum? Bis zur Stunde hat kein einziger Bundestagsabgeordneter ein Wort für die schlesische Lausitz gesprochen. Ich bin deshalb Herrn Dr. Hupka persönlich sehr dankbar, daß er eigentlich als einziger in Vorbereitung des Kanzlerbesuches hier in Görlitz sich an den Kanzler gewandt hat mit der Bitte, die schlesische Identität, die Probleme der Schlesier doch hier in Görlitz, in Schlesien, besonders anzusprechen. Das ist eine Ausnahme. Schauen sie sich die Medien in der Bundesrepublik Deutschland an, schauen Sie sich Literatur und Kunst an, selbst Atlanten und dergleichen mehr. Schlesien ist Ostdeutschland und nicht Mitteldeutschland, aber wir sind Mitteldeutschland. Man hat in der Bundesrepublik Deutschland bis heute noch nicht richtig zur Kenntnis genommen, daß eben ein Stück Schlesien von etwa der Größe des Saarlandes in die deutsche Einheit miteingebracht worden ist. Das ist natürlich sehr betrüblich. Wir haben ein Positionspapier von Mitte Juni [vgl. wir selbst, Nr. 3-4/1990], dort haben wir unsere Gedanken niedergeschrieben, was aus dieser Region werden sollte. Und um Ihre Frage noch erschöpfender zu beantworten: Geschichtskenntnisse werden jetzt in den Schulen vermittelt, auch Geschichtskenntnisse zu Schlesien. Bei der Initiativgruppe, beim Kuratorium stehen Lehrer Schlange, um an Material zu kommen. Das größte Problem ist, auch die Lehrer wissen nichts, und sie erlesen sich jetzt einiges zur schlesischen Geschichte und sind wirklich ernsthaft bemüht, aus meiner Sicht, auch den Kindern schlesische Geschichte beizubringen. Das Problem ist, daß der Lehrer dann selbst dem Stoff nur eine Stunde voraus ist.


Görlitz, Haus Neißstraße 29

Nach dem 9. November gab es Stimmen in der Lausitz, die ein Bundesland Schlesien forderten. Ist man, bei der geringen Zahl der Schlesier (360000), davon wieder abgekommen? Wie will man schlesische Eigenart im Bundesland Sachsen bewahren?

F. Erward: Es gab solche Gedanken von einem eigenen Bundesland. Das war seinerzeit auch gut so, weil wir damit damals auf uns aufmerksam gemacht haben. Aber wir sind Realisten und sagen, also ein Bundesland ist für diese Größenordnung mit 360000 Menschen und einem Territorium etwa des Saarlandes zu klein. Wir haben uns entschlossen und uns dabei auch auf die Geschichte besonnen, daß wir gemeinsam mit der Oberlausitz doch möglicherweise einen Regierungssitz bilden sollten, das wäre dann eine Bevölkerung von 750 bis 800000, durchaus eine tragfähige Größe mit Kreisen Zittau, Löbau, Bautzen, Kamenz, Bischofswerda. Das wäre auch die Struktur des ehemaligen Städtebundes, der ja im Bereich der gesamten Lausitz existiert hat und fast 500 Jahre lang, wenn man so will, die Regierung eines relativ selbständigen Gebietes in Deutschland gewesen ist. Die Lausitz war zwar personell mal nach Böhmen, mal nach Sachsen und mal nach Polen und mal nach Preußen gebunden, aber sie war von der Region her immer relativ eigenständig. Also wir würden hier zu alten, aber bewährten, historisch überkommenen Strukturen zurückfinden wollen. Nur muß man sagen, daß es natürlich keine Liebesheirat zwischen Schlesien und Sachsen gibt. Es ist sicherlich mehr eine Vernunftehe. Wir wollen nicht, daß es eine Nottrauung wird. Es ist meines Erachtens nach eine gesamtdeutsche Aufgabe auch in Anbetracht der drei Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen aus Schlesien, hier wieder ein Stück Schlesien als Heimat zu schaffen. Nirgends anders ist das möglich als in der schlesischen Lausitz. Andere Länder wie Ostpreußen, die sind nun mal in ihrem gesamten Territorium und damaligen Staatsgebiet in Polen und in der Sowjetunion, und deshalb meine ich, diese Region muß ein Brückenpfeiler im Haus Europa werden. Sie muß ein Brückenpfeiler nach Osten werden. Nicht Brückenkopf, sondern ein stabiler Brückenpfeiler, auf den was draufgesetzt werden muß. Ich denke, daß einige Instanzen und auch Behörden hier in Görlitz ihren Sitz haben müßten, wenn sie weiterhin gläubig sein wollen. Ich denke, aus dieser Stadt kann man so etwas auch wie das Straßburg des Ostens machen, denn hier an der Grenze, ich sag es mal, von zwei Kulturkreisen — dem westeuropäischen und dem osteuropäischen, der ja hier also unmittelbar vertreten ist — muß man einfach diese Chance erkennen und sich in dieser Richtung was einfallen lassen.

(Das Interview führte Jörg Bernhard Bilke / KK)

BAYERN

Auf der Aschermittwochskundgebung seiner Partei hat der Vorsitzende der **Bayernpartei**, **Hubert Dorn**, die nationalstaatliche Lösung der *»deutschen Frage«* in Gestalt einer *»verkleinerten Neuauflage des Bismarck-Reiches«* als einen historischen Fehler bezeichnet, der hinsichtlich der Ostgebiete *»neue Problemfelder«* schaffen wird. Die **Bayernpartei** sei der Auffassung, daß die Wiedervereinigung nicht über den Artikel 23, sondern über eine neue, föderativ geprägte deutsche Verfassung hätte vollzogen werden müssen. *»Deutschtum ist kein nationalistischer, sondern ein kultureller und ethnischer Begriff«*, erklärte Dorn. *»Es muß klar gesagt werden, daß das Deutschtum nicht an der Oder-Neiße-Linie endet, daß ein Kufsteiner genauso ein Deutscher ist wie ein Rostocker oder ein Bremerhavener. Wenn ich Deutscher bin, dann bin ich es als Hesse oder Brandenburger genauso wie als Österreicher, Schlesier oder Pommer.* [...] *Statt sich um Polen, Rumänen, die UdSSR oder den Irak zu kümmern, hätten die Deutschen allen Grund, sich dafür einzusetzen, daß auch in Südtirol oder Schlesien das Deutschtum erhalten bleibt.«* Eine echte Lösung der deutschen Frage könne es nur in der Umwandlung des Nationalstaates in einen *»Deutschen Bund«* geben, in dessen Rahmen dann auch die übrigen deutschsprachigen Länder und Regionen einbezogen werden können, so Dorn.

*

KÄRNTEN

Der Landeshauptmann des Bundeslandes Kärnten, der **FPÖ**-Vorsitzende **Jörg Haider**, hat der österreichischen Regierung damit gedroht, nach dem Beispiel Bayerns einen ***»Freistaat Kärnten«*** auszurufen. Haider begründete seinen Vorstoß damit, daß den Bundesländern in Österreich zu wenig Rechte zugestanden würden und folglich in der Republik kein echter Föderalismus herrsche. Er forderte eine klare Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern, die Stärkung des Bundesrates und die Schaffung einer echten Länderkammer mit Vetorecht. Seine Forderung findet offenbar bei der Kärntner Bevölkerung große Zustimmung. Bei den Kommunalwahlen im März konnte sich die **FPÖ** nochmals erheblich steigern und erhielt 21,5 % der Stimmen.

*

PROVENCE

Die **Alliance Régionaliste de Provence — Aliança Regiounalisto de Prouvènco** (ARP, 2 rue de Beausset, F-13001 Marseille), die 1989 auf Initiative von **Pierre Louis Causse**, Gemeinderat von Salon-de-Provence, Regionalrat und Präsident der Kommission für Soziale Angelegenheiten und Wohnungsbau der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur, gegründet wurde, legte jetzt ein umfangreiches regionalistisches Manifest für die Provence vor. Die ARP wendet sich darin sowohl gegen die innere Kolonisierung Frankreichs als auch gegen den künftigen europäischen Superstaat und den transnationalen Kapitalismus. In ihrem ***»Manifeste pour la Provence«*** heißt es wörtlich: *»Die Provence, schon vor Zeiten* ,französisiert', *d.h. unterworfen und nivelliert durch die Truppen und Intendanten des Königs von Frankreich, dann durch die* ,Schwarzen Husaren der Republik' *und die Präfekten, ist heute voll dem Prozeß der Mondialisten ausgesetzt, einer Mondialisation der Seelen, die die Form einer* ,Amerikanisierung' *der Lebensumstände und des Denkens annimmt, einer Mondialisation der Bevölkerung unter dem Einfluß der Einwanderung seit Jahren schon, die nicht nur unsere Nachbarn aus dem Maghreb umfaßt, sondern die Staatsangehörigen aller Länder der Welt, politische und wirtschaftliche* ,Flüchtlinge'.«



Die ARP hat sich die (Wieder-)Gewinnung der provencalischen Identität und Autonomie im französischen und europäischen Rahmen zur Aufgabe gemacht und unterstützt alle Initiativen, die das provencalische Erbe verteidigen. Sie will den Regionalismus zu einer politischen Kraft umformen, die allein die Öffentlichkeit zwingen kann, die provencalische Sache wieder zur Kenntnis zu nehmen. Inzwischen unterhält die ARP Sektionen in Marseille, Salon-de-Provence, Aix-en-Provence und im Pays d'Aigues.

*

POMMERN

Trotz des schlechten Abschneidens bei der Landtagswahl im vergangenen Jahr (wir selbst 3-4/1990, S.52) will der **Landesverband Vorpommern** (LVP) in der gewohnten Struktur weiterarbeiten und sich neue Betätigungsfelder erschließen. Der Verband, der eng mit der **Pommerschen Landsmannschaft** innerhalb des **Bundes der Vertriebenen** zusammenarbeitet und sich dem *»gemeinsamen Ziel verpflichtet«*



weiß, will nun vor allem auf die Gründung lokaler Heimatvereine hinwirken, die sich dem Schutz der regionalen Kultur widmen sollen. Fernziel solle die Schaffung eines Pommerschen Heimatbundes als Dachorganisation werden. Der LVP hält es für seine Pflicht, gerade in einer Zeit, die von vielfältigen Nöten geprägt ist, die historisch gewachsene Identität Pommerns zu schützen. Für September plant der Landesverband in Stralsund erstmalig Pommersche Kulturtage.

*

TESSIN

Nach dem Vorbild der außergewöhnlich erfolgreichen norditalienischen **Lega Lombarda** bzw. **Lega Nord** wurde nun im schweizerischen Kanton Tessin eine **Lega dei Ticinesi** gegründet. Initiatoren sind der Herausgeber der italienischsprachigen Sonntagszeitung *»Mattino della Domenica«*, **Giuliano Bignesca**, und sein Chefredakteur **Flavio Maspoli**. Sie wollen bei den Regierungsrats- und Großratswahlen im Tessin diejenigen Wähler ansprechen, die der bestehenden Parteien überdrüssig sind.

*

BERLIN-BRANDENBURG / PREUSSEN

Nachdem sich zunächst die Spitzenpolitiker der CDU-Landesverbände von Berlin und Brandenburg für die Bildung eines gemeinsamen **Bundeslandes Berlin-Brandenburg** bis zum Jahre 1995 eingesetzt hatten, äußerten sich nun auch die dort ansäßigen Sozialpartner zu diesem Thema. In einer in Potsdam verbreiteten gemeinsamen Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbezirk Berlin, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Berlin und Brandenburg, sowie der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg sprechen sich die Unterzeichner — allerdings nur aus wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und sozialpolitischen Gründen — für eine Zusammenführung beider Länder aus. Überlegungen des brandenburgischen Ministerpräsidenten **Manfred Stolpe (SPD)**, für sein Bundesland den traditionellen Namen *»Preußen«* wieder anzunehmen, fanden bisher kaum Resonanz.

Die **Brandenburgische Gesellschaft für Landesgeschichte und Denkmalpflege e.V.** veranstaltete im April in Frankfurt/Oder den 1. Brandenburg-Tag.

Dokumentation von Reiner Kunze

Reiner Kunze: Deckname »Lyrik«, Frankfurt/Main: Fischer, 1990.

Da hat Reiner Kunze eine böse Dokumentation »Deckname ‚Lyrik'« als Sachbuch beim Fischer Taschenbuchverlag herausgebracht. Wohl einer der seltenen Fälle, daß eine sprachlich erbärmlich verfaßte Lektüre selbst von vielen anspruchsvollen Lesern nicht aus der Hand gelegt werden wird, bis sie die letzten Seiten inhaliert haben. Voll ausgebreitet liegen da die schönen, vollen Spitzelleben vieler kleiner dienstbarer »Rädchen« zum Wohle des Volkes vor uns — so richtig zum Kotzen.

Auch Reiner Kunze bedauert, daß er so hilflos dem Spitzelundeutsch in den verfaßten Berichten ausgesetzt war. Da kommt mir spontan zur Sache eine Einschätzung von Günter Gaus in den Sinn. Der wendewütige Schöngeist, Journalist, Exdiplomat, einstiger Jagdgesellschafter hoher DDR-Prominenz, Nischenausmacher im eben aufgegebenen Staate hat den Oberspitzelführer Erich Mielke anders empfunden als seine Opfer — er, Gaus, hält den Ex-Armeegeneral Mielke für nachdenklich und zu witzigen Bemerkungen fähig. Na, da schießt es mir wieder durch den Kopf; wenn der Mielke doch wenigstens mit eigener Hand die Spitzelberichte gegen Reiner Kunze redigiert hätte — bei seinen Fähigkeiten, wie witzig mögen sie wohl geworden sein?

Ein Aufgebot von Krämerseelen an der inneren Front gegen den Klassenfeind Kunze sind am Werke, manches Seelchen ist sogar bereit, Löcher in die Wände zu den Observierten bohren zu lassen. Unerbittlich kommt manches an die Öffentlichkeit aus den verborgenen Dossiers — die Einschätzung sogenannter Kulturträger und jämmerlicher Schriftstellerkollegen. Da ist der vom »Wundertäter« zum Überzeugungstäter mutierte Erwin Strittmatter, der den Kunze aus dem Lande jagen will — dazu der unsägliche Harry Thürk und der rabulistisch formulierende Hermann Kant. »Kommt Zeit, vergeht Unrat!«

Ach Reiner, warum wolltest du so hartnäckig neugierig sein, deine Akte zu lesen? Das mußte an die Gesundheit gehen. Die vielen falschen Freunde! Und doch müssen wir dir dankbar sein für die Abschreckung. Nun weiß ich, was sein wird, wenn ich erst meine Akte in die Finger bekomme. Diese wird mir vorerst von den Leipziger Behörden und Gerichten erfolgreich vorenthalten.

Die Verschlepper warten auf meinen Tod. Aus dem Leipziger Oberrichter Bachert, einem schrecklichen Juristen, der mich in Haft brachte, meine frühen Bilder konfiszierte, ist inzwischen ein schrecklicher Rentner geworden, der sich bereits 1988 nach Bayern aus dem Staube machte in den Wohlstand.

Warum muß ich meine Akte überhaupt lesen? Sehnsucht nach möglicher Lebensverkürzung? Nein — ich denke, ich möchte nur meine ermordeten, eingesperrten Bilder zurückhaben, diese frühen Kinder wiederhaben — Vielleicht hat ein Kryptograph Hinweise verfaßt, wo ich sie aufspüren kann. Ob ich meine Akte überstehe?

Sieghard Pohl

Breslauer Industrieller und die Vernichtung der Juden

Walter Laqueur/Richard Breitman: Der Mann, der das Schweigen brach, Wie die Welt vom Holocaust erfuhr, Berlin: Ullstein-Verlag 1988.

Noch 1982 konnte Raul Hilberg in der deutschen Bearbeitung seiner Monumentalstudie »Die Vernichtung der europäischen Juden« nicht mit Bestimmtheit feststellen, wer sich hinter dem Informanten verbarg, der im Sommer 1942 dem Vertreter des »jüdischen Weltkongresses« beim Völkerbund in Genf, Dr. Gerhart Riegner, über Mittelsmänner die Meldung überbracht hatte, wonach im Führerhauptquartier der Plan erwogen werde, die europäischen Juden nach Osten zu deportieren, auszurotten und so die Judenfrage endgültig zu »lösen«. Riegner, der als Jude Deutschland 1933 den Rücken gekehrt hatte, versuchte diese so ungeheuerliche Information über britische und amerikanische Regierungsstellen an jüdische Vertreter der beiden Länder sowie an das Rote Kreuz weiterzuleiten. Ein schweres Handicap hatten Riegners Informationen: Ihre Glaubwürdigkeit ließ sich nicht überprüfen, denn Riegner hatte sich aus Sicherheitsgründen zur strikten Geheimhaltung der Identität seines Informanten verpflichten müssen. Nur soviel gab er preis: Bei seinem Boten handelte es sich um einen der größten Industriellen Deutschlands, der mehr als 30000 Menschen beschäftigte und der über umfassenden Einblick in höchste militärische und politische Kreise Berlins, ja bis ins Führerhauptquartier hinein, verfügte. Erst 1986 gelang es den beiden arrivierten Historikern Laqueur und Breitman, dieses sorgsam gehütete Geheimnis zu lüften: Dr. Eduard Schulte, Generaldirektor der Giesche-Werke in Breslau, war der ominöse Informant.

Den beiden Autoren geht es in ihrer Arbeit um die Persönlichkeit und den Lebensweg Schultes. Mittels zahlreicher Dokumente und Interviews haben sie ihm akribisch nachgespürt: Geboren am 4. Januar 1891 in Düsseldorf und in einer anfangs noch wohlhabenden Familie mit konservativer, aber toleranter Haltung in preußischer Tradition erzogen, erlernte Schulte zunächst das Bankfach und studierte anschließend Jura. Er arbeitete vorübergehend in Berlin, gab ein kurzes Intermezzo bei Sunlicht in Mannheim, bevor er 1925 überraschend zum Generaldirektor der traditionsreichen Giesche-Werke in Breslau avancierte.

Die Giesche-Werke waren als Folge der Teilung Oberschlesiens nach dem Ersten Weltkrieg zwischen Polen und Deutschland zerrissen worden; nur noch ein Fünftel des Vorkriegsbesitzes dieses Schwerindustriekonglomerats verblieb in Deutschland. Schulte gelang es, eine amerikanische Gesellschaft am polnischen Besitz zu beteiligen und umgekehrt neues Kapital für den deutschen Geschäftsteil zu erschließen. Vor allem die Zinkproduktion machten die Giesche-Werke zum kriegswichtigen Betrieb, der in den Wiederaufrüstungsplänen des Reiches eine elementare Rolle spielte. Zur Kreditbeschaffung unternahm Schulte daher regelmäßig ausgedehnte Auslandsreisen, die ihn vor allem in die Schweiz führten. In der Seele seines Herzens ein scharfer Gegner des Nationalsozialismus, suchte Schulte bei seinen Geschäftsreisen seit Kriegsbeginn Kontakt zu Geheimdienstkreisen, um seine vielfältigen Informationen weiterzuleiten.

Die Lektüre dieses sorgfältig recherchierten Buches, das jetzt erstmals als Taschenbuch vorliegt, ist in erster Linie jedem anzuempfehlen, der sich mit dem Menschheitsdrama der Judenvernichtung und mit dem facettenreichen Widerstand gegen den Nationalsozialismus befassen will. In zweiter Linie gewährt es wichtige Einblicke in das bisher nur schwer durchschaubare Unternehmungsgefüge und das Management der Giesche-Werke, wofür vor allem diejenigen dankbar sein werden, die sich für die Region Schlesien interessieren.

Nicht zuletzt legen Laqueur und Breitman aber mit ihrer Arbeit einen Finger in die unverheilte Wunde »Nachkriegsdeutschland«, denn am Beispiel des Entnazifizierungsverfahrens Schultes zeigen sie die Unzulänglichkeit stereotyper bürokratischer Entscheidungen auf: Als Wehrwirtschaftsführer seit 1941 und Träger des Kriegsverdienstkreuzes Erster Klasse — die Auszeichnung war ihm nach seiner Emigration vermutlich als Köder zur Rückkehr verliehen worden — wurde er, der sich den Amerikanern in Berlin schon im August 1945 zur Verfügung gestellt hatte, als Nazi verdächtigt und nicht mehr mit einer Führungsposition für Wirtschaftsfragen beauftragt: »Die Behandlung, die Schulte nach dem Krieg zuteil wurde, sollte als ein nahezu perfektes Beispiel für eine wildgewordene Bürokratie in die Lehrbücher aufgenommen werden.«

In Zürich, der Stadt, in die Schulte 1946 zurückgekehrt war, starb er am 6. Januar 1966 ohne jegliche öffentliche Ehrenbezeugung. Laqueur und Breitman haben dies nun nachgeholt; ein weiter Leserkreis bleibt ihrer Arbeit zu Ehren Schultes zu wünschen.

Pia Nordblom (KK)

Initiativkongreß Deutschland '90 am 3.November 1990 in Koblenz

Der Koblenzer Kongreß, dessen Thema — die Vernetzung nonkonformer patriotischer Kräfte und Initiativen — hoffnungsvoller Anlaß für mich war, die Reise zum Rhein anzutreten, war bereits mehrfach Gegenstand der Betrachtung. Hier noch ein Nachtrag aus »mitteldeutscher Sicht«.

Vorab, ich habe meine Teilnahme nicht bereut. Der Grundgedanke der Veranstaltung war prinzipiell richtig, der große Zuspruch wie auch die intensive Auseinandersetzung mit dieser »Bestandsaufnahme« bestätigen dies. Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung bleibt zu hoffen, daß dieser Anfang — trotz mancher Widersprüchlichkeit — eine Fortsetzung findet und die Einsicht um sich greift, daß sektierische Enge jeden konstruktiven Ansatz im Keim erstickt und alle noch so gut gemeinten Anstrengungen chancenlos bleiben müssen, wenn es nicht gelingt, aufeinander zu hören, Unterschiede in der Auffassung gelten zu lassen und das Verbindende zu suchen.

So boten dann auch die den Kongreß einleitenden Beiträge — Kopp / Bublies / Thomas / Stein — Gelegenheit, eine beachtliche Bandbreite nonkonformen Engagements vorzustellen, eine Vorgabe, die leider nicht durchgehalten werden konnte. Auffallend war auch der fehlende Bezug zu Mitteldeutschland, man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Ausführungen ebensogut vor zwei Jahren aktuell waren, die Herausforderung der um fünf Länder vergrößerten Bundesrepublik fand wenig Beachtung. Hier besteht Handlungsbedarf; »sektorenübergreifende« Konzepte fehlen.

Der Kongreß »kippte«, als sich einige Kameraden nicht mehr zurückhalten konnten und in peinlicher Weise über Detlef Kühn vom Gesamtdeutschen Institut herfielen, dessen Vortrag aus nationalliberaler Sicht ihnen Anlaß war, eigenes Unvermögen zu jeglicher »Vernetzung« hinreichend zu dokumentieren. Die sich anschließende Oder/Neiße-Diskussion führte endgültig weg vom eigentlichen Anliegen und auch die »Lieder gegen den Zeitgeist« ließen die nötige Sensibilität vermissen.

Hätte man die Veranstaltung unter Einschluß der Öffentlichkeit in Dresden, Leipzig oder Chemnitz durchgeführt, wären bekannte Vorurteile bestätigt und die guten Absichten der Veranstalter in ihr Gegenteil verkehrt worden. Denn das allgemeine, instinktive Mißtrauen allem »nationalen« gegenüber hat auch reale Gründe. [...]

Gerade in Hinblick auf Mitteldeutschland ist es notwendig, manch alten Ballast endlich über Bord zu werfen. Die »Gretchenfrage« lautet dabei wohl: »Wie hältst du's mit dem III. Reich?« Offen Position zu beziehen und die Traditionen aufzuzeigen auf die man sich beruft, könnte manchen Zweifel ausräumen; wichtig für diejenigen, die man über den Kreis der Insider hinaus anzusprechen gedenkt. Auch der Begriff des »nonkonformen Patriotismus« bedarf noch einiger Erhellung, sicher nicht nur für »Einsteiger«.



Foto: Claus-Georg Pleyer

So könnte manch hoffnungsvoller Ansatz aus der Weimarer Zeit vor dem Hintergrund gänzlich veränderter Verhältnisse neue Bedeutung erlangen. Dabei werden die Meinungen sicher auseinandergehen. Trotz der gern offerierten »Verständigung aller nationalen Kräfte«, dem Wunsch des »jenseits von rechts und links«, glaubt wohl niemand so recht an eine Neuauflage des Nationalkommunismus, nichts »scheringert« auf der Linken, die internationalistisch »bis auf die Knochen« ist. Doch wo sind die Nationalen, wenn PDS und Grüne in Bonn Tausende Menschen gegen den Einsatz deutscher Soldaten am Golf mobilisieren, und damit ureigensten nationalen Boden »beackern«?

Die Situation, mit der wir es zu tun haben, ist nicht ohne Chancen, existiert doch zwischen Elbe und Oder/Neiße ein nach wie vor starkes sozialistisches Potential, unter welchem Vorzeichen auch immer. Visionen sind eben nicht totzukriegen. Die Menschen in den neuen Bundesländern sind auf der Suche nach ihrer Identität. Besonders die Jugend wird bei fortschreitender Ernüchterung über eine Gesellschaft, in der Konsum und Wohlstand die entscheidenden Inhalte darstellen, beginnen, auch die »heilige Kuh« — westliche Wertegemeinschaft — kritisch zu hinterfragen. Die eigene Vergangenheit aber wird zunehmend einer unbefangeneren Sichtweise unterzogen werden und es ist abzusehen, daß es dabei nicht nur um Stasi und die SED gehen wird. Insofern wird auch die von Bonner Anschlußstrategen gern strapazierte Frage, »was denn die DDR überhaupt einzubringen hätte«, einen ganz anderen Inhalt erfahren, der manchem Bayernparteiler noch schlaflose Nächte bereiten wird.

Die Visionäre des deutschen Sonderweges aber haben nun die Möglichkeit, nationale und soziale Themen zu artikulieren, letztere sind in Mitteldeutschland akut. Aus dieser Sicht ist der Gedanke einer »Querfront«, die Notwendigkeit einer ehrlichen Verständigung jenseits ausgetretener Pfade, weniger abwegig, als der x-te Aufguß einer »Ausländer-raus!«-Partei.

***Bert Wawrzinek*, Dresden (Sachsen)**

wir selbst - Büchermarkt

Bestellungen an: wir selbst, Postfach 168, 5400 Koblenz

Geschichte

Peter Bahn
Druiden und Rebellen
3000 Jahre keltische Geschichte und Kultur, 99 S., Pbck., DM 12,80

Hans Rustemeyer
Schwert und Strick
Die Geschichte der Feme
Femegerichte und ihre mittelalterlichen Ursprünge.
110 S., DM 19.80

Zeitgeschichte

Rainer Dohse
Der Dritte Weg
Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955
239 S., Pbck., jetzt DM 16,80

Erich Müller
Nationalbolschewismus
Überblick über Entwicklung und Positionen der verschiedenen nationalrevolutionären Gruppen und Strömungen der Weimarer Republik, 48 S., brosch., DM 9,80

Ernst Niekisch
Deutsche Daseinsverfehlung
Resignativ-schonungslose Bilanz deutscher Geschichte des bekannten Nationalrevolutionärs, 90 S., Pbck., DM 14,80

Harro Schulze-Boysen
Gegner von heute — Kampfgenossen von morgen
Weimarer Kampfschrift des wegen seiner Mitarbeit bei der Widerstandsgruppe »Rote Kapelle« nach wie vor umstrittenen Nationalbolschewisten, 32 S., brosch., DM 7,80

Elsa Boysen
Harro Schulze-Boysen — Das Bild eines Freiheitskämpfers
Nach Briefen, Berichten der Eltern und anderen Aufzeichnungen differenziert gezeichnetes Bild Schulze-Boysens, 42 S., brosch., DM 7,80

Armin Mohler
Die Konservative Revolution 1918—1932
Ein Handbuch mit der umfassenden Bibliographie über die Ideengeschichte bündischer, völkischer, jungkonservativer, nationalrevolutionärer Gruppen, sowie der Landvolkbewegung. Hauptband (553 S.) und Ergänzungsband (129 S.), Ln., DM 89,-

Ernst Niekisch
Widerstand
Aussatzsammlung aus der Zeitschrift »Widerstand« mit Zeichnungen von A.Paul Weber, 216 S., Pbck., DM 23,80

Uwe Sauermann
Ernst Niekisch und der revolutionäre Nationalismus
Eine grundlegende Arbeit über den Vordenker der Nationalrevolutionäre, 458 S., Pbck., früher: DM 32,-, jetzt: DM 28,-

Paulus Buscher / Bündischer Arbeitskreis Burg Waldeck
Dokumentation »Cliquen und Banden von Widerstands-Schmarotzern«
Wertvolle Hilfe zum Verständnis des wahren Widerstandes bündischer Gruppen während des Dritten Reiches, 20 S., brosch., DM 4,50

Ernst Niekisch
Hitler — ein deutsches Verhängnis
Reprint von 1932 mit Zeichnungen von A.Paul Weber, 40 S., brosch., DM 8,-

Hans Ebeling
Reaktionäre — Rebellen — Revolutionäre
Dokumentation über Jugendbewegung und Bündische Jugend, hrsg. von Dirk Hespers, 342 S., Pbck., DM 25,80

Karl O. Paetel
Sozialrevolutionärer Nationalismus
Reprint. Mit einem aktuellen Nachwort von Peter Bahn, 91 S., Pbck., DM 13,80

Wolfgang Venohr
Stauffenberg
Diese politische Biographie schildert den Lebensweg des Hitlerattentäters vom 20.Juli 1944, 411 S., TB, DM 12,80

Politik & Zeitgeschehen

Muammar Al-Qaddafi
Das Grüne Buch
Nationale Unabhängigkeit, beduinischer (antimarxistischer) Sozialismus und ein Modell direkter Demokratie sind die Grundlinien seiner politischen Lehre, 119 S., Pbck., DM 12,-

Vilfredo Pareto
Ausgewählte Schriften
Der Soziologe Pareto ist durch seine Abhandlungen ein Klassiker der »Theorie der Eliten«, 490 S., TB, DM 19,80

Günter Kießling
Nato, Oder, Elbe?
Modell für ein europäisches Sicherheitssystem, 176 S., geb., DM 28,-

Hellmut Diwald
Deutschland, einig Vaterland
Eine nüchterne Abrechnung mit dem verlogenen Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte, 385 S., geb., DM 39,80

Michael Wolffsohn
Keine Angst vor Deutschland
Wolffsohn, Sohn deutsch-jüdischer Emigranten, geht Ängsten vor einem starken Deutschland entgegen, 218 S., geb., DM 32,-

Rolf Stolz
Der deutsche Komplex
Ein Buch über die Selbstverleugnung der Linken, über Kollektivschuldvorwürfe, Verfassungspatriotismus und Westextremismus, 144 S., geb., DM 24,-

Henning Eichberg
Nationale Identität
Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, 196 S., Pbck., DM 9,80

Uwe Backes / Eckhard Jesse / Rainer Zitelmann
Der Schatten der Vergangenheit
Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus. U.a. Beiträge von Herbert Ammon, Andreas Maislinger, Ernst Nolte und Michael Wolffsohn, 650 S., geb., DM 68,-

Stefan Ulbrich
Gedanken über Großdeutschland
Kontroverses Nachdenken über Deutschlands Zukunft, 250 S., Pbck., DM 32,-

Bildbände

Gerd Wolandt
A.Paul Weber — Künstler und Werk
Bislang kaum bekannte Gemälde, Skizzen und Zeichnungen, Text-Bild-Band, früher DM 88,—, jetzt DM 39,80

Literatur

Ernst Jünger
Auf den Marmorklippen
138 S., Ln., DM 39,80

Sieghard Pohl
extra muros
Kurzprosa, Grafik, Malerei, Objekte, 161 S., Pbck., DM 28,-

Hiermit wird bestellt:
(Bitte ausschneiden und einsenden an **WIR SELBST, Postfach 168, 5400 Koblenz)**

Menge	Titel	DM

Alle Preise inkl. MwSt. zzgl. 3,50 DM Versandkosten.

- ☐ Ich füge einen Post/Bank-Scheck bei
- ☐ gegen Rechnung

Name: ....

Straße, Nr.: ....

PLZ, Ort: ....

Datum: .... Unterschrift ....

Nehmen wir mal an, Sie wollen eine konservative Zeitung lesen.



JUNGE FREIHEIT

Deutsche Zeitung für Politik und Kultur

Gregor Gysi und die SED-Nachfolgeorganisation PDS / Neue Volksfront?

Der Hoffnungsträger der Linken

Dann konnten Sie bisher im Zeitschriftenhandel lange suchen.
Ab sofort ist das anders: Die JUNGE FREIHEIT - Deutsche Zeitung für Politik und Kultur ist jetzt überall im Handel.
Startauflage: 30.000 Exemplare!
Die JUNGE FREIHEIT: das sind junge deutsche Journalisten, die eine junge Zeitung machen. Unbequem. Kontrovers. Nonkonform. Jeden Monat neu.

WS

Gutschein

Wenn Sie die JUNGE FREIHEIT unverbindlich kennenlernen wollen, dann schicken Sie diesen Gutschein ausgefüllt an die JUNGE FREIHEIT, Leserdienst, Postfach 147, 7801 Stegen /Freiburg.
Sie erhalten dafür

3 Probeexemplare gratis!

Vorname:______________ Name:______________

Straße:______________ PLZ, Ort:______________

Fischadler in Not!



Im Müritz-Seengebiet, 100 km nördlich von Berlin, ist der majestätische Fischadler noch ein fast alltäglicher Anblick.
Auf dem bisherigen Bundesgebiet ist er hingegen mit Anfang dieses Jahrhunderts ausgestorben.

Die Deutsche Umwelthilfe e. V. unterstützt seit der Wende konkrete Umweltschutzprojekte sowie den Aufbau der Naturschutzverbände in den neuen Bundesländern.

Unterstützen Sie diese wichtige Naturschutzarbeit durch eine Spende und fordern Sie unser Informationsblatt "Naturschutz im Osten Deutschlands" an.

☐ Ich bitte um Zusendung des Informationsblattes. DM 1,50 in Briefmarken liegen bei.

☐ Ich unterstütze die Aktion durch eine Spende. Ein Scheck über DM________liegt bei.

Name:______________

Straße:______________

PLZ/Ort:______________ O4



Deutsche Umwelthilfe
Güttinger Straße 19 7760 Radolfzell

Spendenkonto:

7997

Stadtsparkasse Frankfurt

(BLZ 500 501 02)



Henning Eichberg
Abkoppelung
Nachdenken über die neue deutsche Frage

Mit diesem Band setzt Eichberg die Diskussion um die nationale Frage der Deutschen fort, die er 1978 mit dem Band »Nationale Identität« mit angeregt hatte. Seine Thesen sind provozierend und wenden sich gegen so manches rechte Mißverständnis. Er setzt nationale Identität gegen das machtstaatliche Interesse, das Volkliche definiert er als demokratisch und emanzipatorisch. Zugleich sind seine kulturrelativistischen Überlegungen ein engagiertes Plädoyer für die Abkoppelung der Völker und Regionen von multinationalen Großstrukturen.

218 Seiten, Pb. **DM 24,—**



Andreas Zimmer
Friedensverträge im Völkerrecht

»Erörtert wird ein breites Spektrum von Bestimmungen, das von Amnestieklauseln über Gebietsabtretungen bis hin zur Wiederanwendung von Vorkriegsverträgen reicht. Der Verfasser geht dabei auch auf die grundsätzliche Frage ein, inwieweit der vom Siegerstaat gegenüber den Besiegten ausgeübte Vertragsschlußzwang völkerrechtlichen Bedenken unterliegt.«

Prof. Dr. Eckart Klein

Obwohl als Dissertation verfaßt, gibt diese Arbeit auch dem juristisch Ungeschulten eine wertvolle völkerrechtliche Verständnishilfe.

128 S., Pb. **DM 19,80**



Paulus Buscher
Das Stigma
Edelweiß-Pirat

Paulus Buscher, Jahrgang 1928, Sohn eines SS-Mannes, wurde 1936 in eine illegale dj.1.11-Horte gekeilt, wofür er mit Schulrelegation und Lagerhaft zu büßen hatte. Er nahm am Kampf der (echten) Edelweiß-Piraten gegen den Hitler-Staat teil und seziert als Zeitzeuge, warum »linke« Historiker den antinationalsozialistischen Widerstand der Bündischen Jugend entweder leugnen oder kriminalisieren.
Ein autobiografisches Stück Heimatkunde in großartigen Sprachbildern.

448 S., davon 32 S. Bilddokumente, Pb. **DM 39,70**



Sieghard Pohl
»extra muros«
Kurzprosa, Grafik, Malerei, Objekte

Der durch zahlreiche Einzelausstellungen und Ausstellungsbeteiligungen im In- und Ausland bekannte Maler Sieghard Pohl veröffentlicht in diesem Buch erstmals Kostproben seiner Kurzprosa. In einer phantastisch-skurrilen Erzählweise verarbeitet Pohl Erfahrungen seines Lebens in der DDR. Die geschilderten alltäglichen Absurditäten gewinnen dort, wo sie den Widersinn staatlicher Macht karikieren, eine über die DDR-Erfahrungen hinausweisende Bedeutung. Ein ästhetisches Erlebnis.

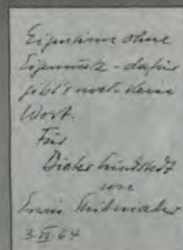
158 S., Pb. **DM 28,—**



Günter Bartsch
Zwischen drei Stühlen
Otto Strasser
Eine politische Biographie

Diese Biographie Otto Strassers, neben seinem Bruder Gregor sicherlich der gefährlichste Gegner Hitlers aus den Reihen des Nationalsozialismus, schließt eine zeitgeschichtliche Lücke. Zu lange galt vielen die Opposition gegen Hitler, die sich aus den Reihen der alten Kampfgenossen bildete, als moralisch diskreditiert. Bartschs Strasser-Biographie macht diese Zeit verstehbarer. Er zeichnet die Lebenslinie Otto Strassers, des theoretischen Kopfs der früheren NSDAP, in einer lebendigen und spannenden Erzählweise nach.

260 S., Pb. **DM 32,00**



Hans Dietrich Lindstedt
Jeder zweite Herzschlag
Erinnerungen an mitteldeutsche Autoren, Poeten und Bonzen

»Jeder zweite Herzschlag« des Lebens in der DDR müsse der Kultur gelten, hatte einst der Arbeiterschriftsteller Hannes Marchwitza, Aushängeschild des »ersten Arbeiter- und Bauernstaats auf deutschem Boden« gefordert. Hans Dietrich Lindstedt, selbst lange Jahre Kandidat des Deutschen Schriftstellerverbands und mit den Verhältnissen in der DDR intim vertraut, widmet seine Erinnerungen an Jahre der Hoffnung und Enttäuschung mitteldeutschen Schriftstellern.

168 S., Pb. **DM 19,80**

Bestellungen an: Verlag Siegfried Bublies, Postfach 168, D-5400 Koblenz
☎ 02 61 / 3 23 37